NR.74 22. Jahrgang 2/2002 4 €

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

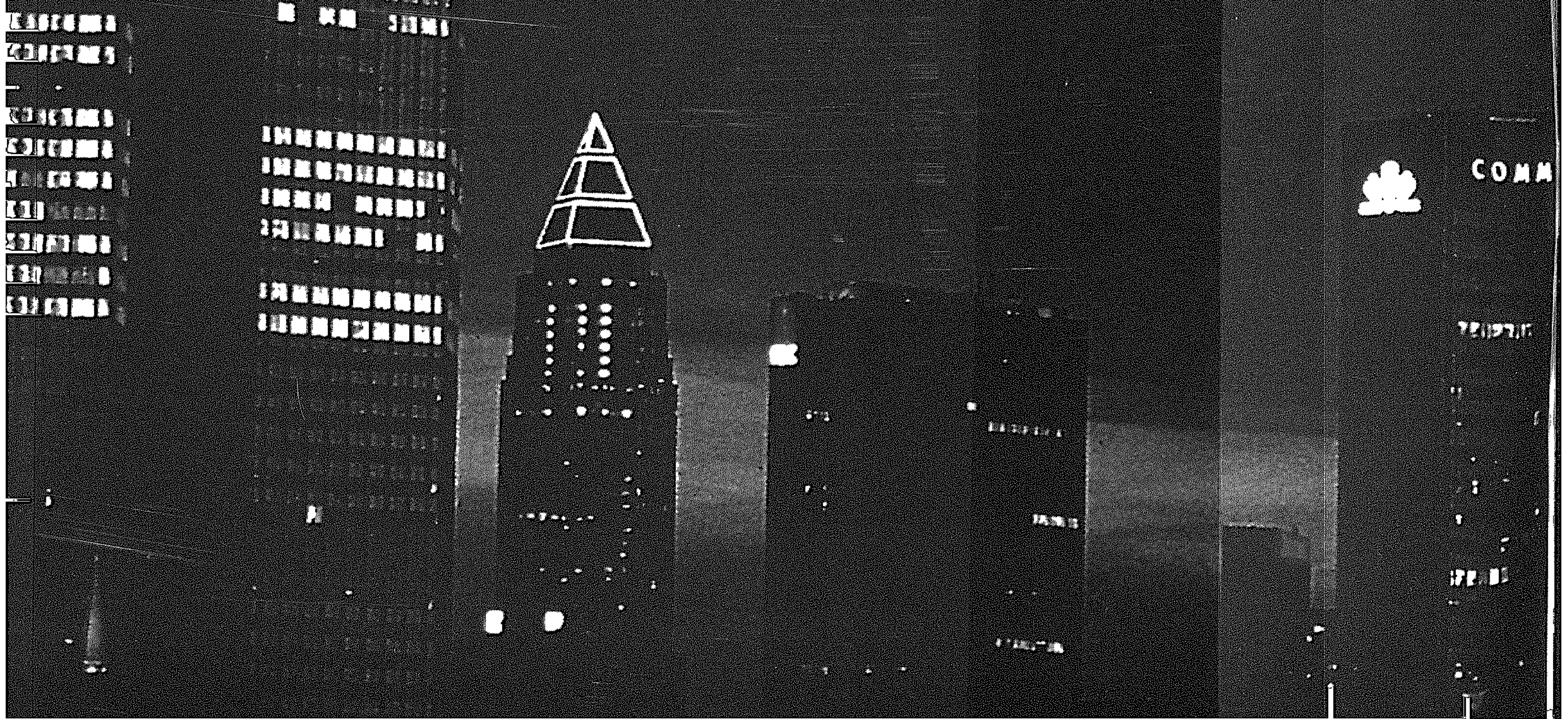


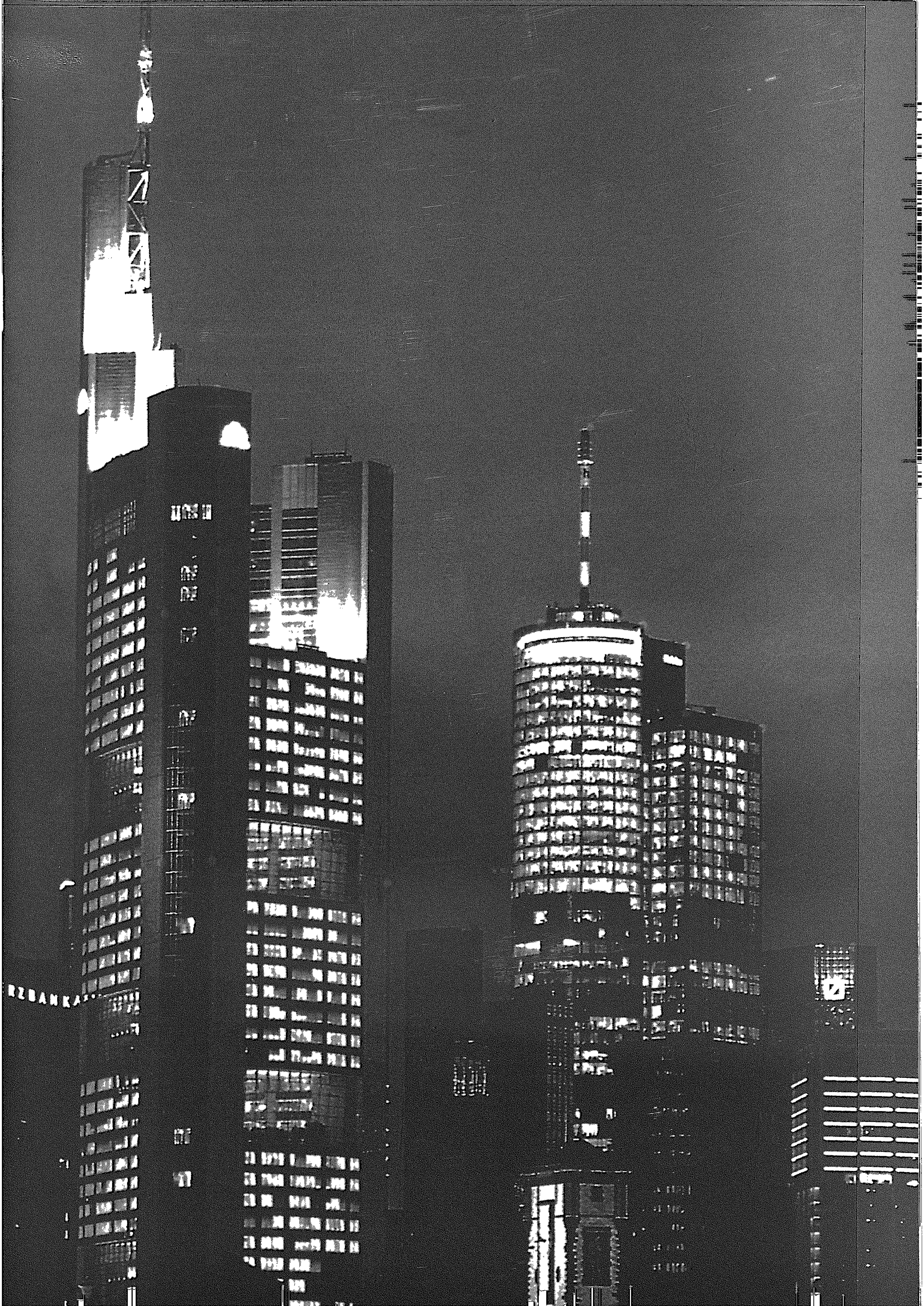
Krieg gegen den Terrorismus

Globalisierung

Geschichte der Flucht

Inhalt Nr. 74





Impressum:
Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: schwarzerfaden@gmx.de

Einzelpreis:	4,- €
ABO (4 Nrn.):	15,- €

Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz & Vertrieb:
Trotzdem-Verlag, Grafenau
Das Redaktionskollektiv entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. Anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Redaktion dieser Ausgabe:
Wolfgang Haug, Jan Jacob Hofmann, Kleister, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Michael Schiffmann.

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel per Datenträger. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word, als txt-Datei auf MAC-Basis, mcw-Datei auf DOS-Basis, als rtf-Datei oder als e-mail: schwarzerfaden@gmx.de

Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Anarchistische Buchh., Wien
Schweiz: Anares, Bern

Anzeigenpreise (zzgl. 16% MWST):	
Kleinanzeige:	15,- €
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	80,- €
ganze Spalte (5,4x27 cm):	150,- €
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	150,- €
1/2-A-4-Seite:	250,- €
1 A-4-Seite:	500,- €
Beilagen	300,- €

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Anzeigen, wenn es möglich als digitale Vorlagen. Am liebsten als EPS- (Text in Kurven konvertiert), PDF- (druckfähig!), oder TIFF-Dateien.

Der neue »Kalte Krieg«

»Der Krieg gegen den Terrorismus« sollte ein langer Krieg werden, er sollte den Boden für mehr »Innere Sicherheit« genauso bereiten wie die breite Zustimmung für höhere Militärausgaben. Endlich, so dürften sich die Regierungsverantwortlichen denken, scheint der so dringend benötigte Ersatz für den »Kalten Krieg« gefunden.

Wer an diesem Szenario gezweifelt haben mag, es für tendenziell richtig, aber übertrieben gehalten hatte, wurde durch George W. Bush's »State of Union«-Ansprache eines Besseren belehrt. Am 20. September, als er den neuen »Krieg« ausrief, konnten ihm noch so etwas wie mildernde Umstände zugesprochen werden, schließlich lagen die Ereignisse vom 11.9. noch nicht allzu lange zurück. Nach dem vermeintlich schnellen Sieg über das Taliban-Regime musste jedoch eine neue »Gefahr« beschworen werden, um den eingeschlagenen Kurs fortsetzen zu können. Wieder wurde auf die abgegriffene Kategorie, hier die »Guten«, dort die »Bösen« zurückgegriffen. Die »Achse des Bösen« umfasst nun den Irak, den Iran und Nord-Korea, mithin die Feinde der USA. Damit wird endgültig deutlich, dass es sich nicht um den vielbeschworenen Krieg gegen den Terrorismus handelt, sondern um einen Krieg gegen die noch verbliebenen Feinde der einzigen Supermacht.

In dieser Sprachregelung steckt aber auch noch etwas Anderes: Worte von der »zivilisierten Welt«, die gegen das »Böse« ankämpft, erinnern fatal an die Überheblichkeit und Selbstgefälligkeit kolonialer Mächte. »Wir«, die weiße USA (und das weiße Europa), entscheiden, dass wir »gut« und die anderen »böse« sind und wir bestimmen, wann wir wen angreifen. Bush im Originalton: »Einige Regierungen werden davor angesichts des Terrors zurückschrecken. Hüten sie sich vor falschen Annahmen: Wenn sie nicht handeln, Amerika wird es tun.«

Wer sich also der us-amerikanischen Denkweise widersetzt, hat Angst vor dem Terror, ist feige. In einfacheren oder besser dümmlicheren Schablonen könnte sich die »hohe Politik« kaum noch abspielen. Aber es hat doch Methode, wenn die anderen zögern sollten, müssen »wir« (die Amerikaner) erst recht gewappnet sein und so erhöht Bush ohne mit der Wimper zu zucken, den eh schon überhöhten Militäretat für das Jahr 2001 von 379 Milliarden $ um 48 Milliarden Dollar. Bush: »Mein Haushaltsplan beinhaltet den größten Anstieg an Verteidigungsausgaben in 20 Jahren, obwohl der Preis für Freiheit und Sicherheit hoch ist, er kann niemals zu hoch sein: Was es auch kostet unser Land zu verteidigen, wir werden es bezahlen.«

Um allein diesen Erhöhungsbetrag richtig einschätzen zu können, sei festgehalten, dass kein anderer Staat auf der Welt derzeit 48 Milliarden im Jahr für seinen gesamten Militärhaushalt ausgibt.

Für die »Nationale Sicherheit« braucht es aber die wirtschaftliche Sicherheit und so sollen – nicht ganz uneigennützig drei Vorlagen vom Repräsentantenhaus verabschiedet werden, die diesen Bereich der »Sicherheit« betreffen:

- sollen Gesetze erlassen werden, die eine erhöhte Ölförderung in den USA zulassen (wir erinnern uns daran, dass Bush direkt aus Ölfirmen sein Geld bezieht)

– soll dem Präsidenten erlaubt werden, Freihandelsabkommen abzuschließen
– sollen die Steuerermäßigungen für den Präsidenten auf Dauer gelten

Für die Normalsterblichen ist ein anderes Programm vorgesehen, sie sollen 2 Jahre ihres Lebens oder 4000 Stunden in den Dienst der Nation und der Nachbarn stellen. Die Heimatfront soll also aufgebaut werden, damit die Menschen für die bestehenden Machtverhältnisse vereinnahmt und an kritischer Distanz gehindert werden. Allein, dass dies recht durchschaubar ist, gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Rechnung nicht ganz aufgehen wird.

Doch die Offensive läuft: 58 Intellektuelle, darunter Samuel Huntington[3] und Fancis Fukuyama[4], haben in einem »Brief aus Amerika« der Bush-Regierung für einen »gerechten Krieg« gegen den islamistischen Terror ihre Unterstützung versichert. Dass ein Krieg allenfalls »zu rechtfertigen« ist, aber nicht »gerecht« sein kann, dürfte aus der Geschichte klar genug sein. Wenn wir suchen, wann diese Vokabel vom »gerechten Krieg« entstanden ist, landen wir bei den Römern, die ihren Krieg dann »gerecht« nannten, wenn er von ihren Göttern in Orakeln für gutgeheißen wurde. Das Christentum, das zunächst vollkommen pazifistisch war, wurde von Augustinus umgepolt. Er definierte einen Krieg als »gerecht«, wenn Gott ihn befiehlt. Doch wer interpretiert Gott? Spätestens seit der Reformation entstand die Situation, dass katholische und protestantische Kreise »Gottes Befehl« verschieden auslegten. Deshalb wurde der »gerechte Krieg« mehr und mehr von den herrschenden Normen der Gesellschaft abhängig gemacht und diese vertritt der Präsident.

George W. Bush arbeitet so sehr mit Vokabeln und Bildern, die diesem Denken entsprechen, dass die New York Times kürzlich andeutete, er halte sich wohl für ein »Werkzeug Gottes«.

Doch kehren wir zurück zur »Achse des Bösen«, die Hauptlast dieser neuen Zieloptik dürfte Saddam Hussein und der Irak zu tragen haben, dabei weisen die meisten konkreten Spuren nach Saudi-Arabien. Nicht nur dass Osama bin Laden von dort stammt, auch die Mehrzahl der Attentäter hatte saudische Pässe und viele der in Guantnamo auf Cuba Inhaftierten sind Saudis. Die Taliban, die von den Saudis ausgebildet und die auch die rückwärtsgewandte Staatsreligion von Saudi-Arabien, den Wahhabismus[2], übernahmen, bilden nur das letzte Glied in einer langen Kette von Belegen, die ñ handelte es sich um den Irak – dort längst zum Kriegsausbruch geführt hätten.

Die Brisanz dieser Connection war auch den Saudis sofort bewusst, wie sonst erklärt es sich, dass sie am Tag nach den Terroranschlägen einen kurz zuvor gefassten Beschluss der OPEC unterliefen und der USA erhöhte Öllieferungen zusagten.

Und darum geht es natürlich seit 1973 als die USA und Saudi-Arabien ein Abkommen schlossen, das den einen Sicherheit in der Ölversorgung (8 % des Ölverbrauchs der USA stammen von dort) garantierte und den anderen Sicherheit für das Regime versprach. Dieses Abkommen genießt Priorität und verhindert, dass Saudi-Arabien in die Schusslinie gerät.

Doch auch hier gibt es diese »private« Verquickung; eine Befangenheit, die einen Präsidenten eines demokratischen Staates eigentlich zum Rücktritt zwingen müsste. Die Familie Bush gründete ihren Firmenkonzern mit Hilfe von saudischen Geschäftsleuten, darunter dem Bankier Khalid bin Mahfouz, der im übrigen auch mit Geschäften der Familie bin Laden zu tun hat. Es lässt sich deshalb immer wieder dieselbe Doppelmoral in der us-amerikanischen Politik feststellen: so froren die Amerikaner vor kurzem die Gelder der palästinensischen Bank Al-Aksa ein, weil diese Bank die radikale Hamas-Bewegung unterstützen soll. Der Hauptaktionär dieser Bank ist aber ein saudischer Prinz, der nach wie vor frei über sein Vermögen verfügt. (Quelle: Interview mit Jean-Charles Brisard, Stuttgarter Zeitung, 7.2.02)

Während wir also auf der einen Seite mit hochtrabenden Idealen und Ansprüchen eingedeckt werden, bröckelt das vermittelte Bild vom »gerechten Krieg gegen das Böse«, sobald man nur irgendwo genauer hinschaut. Diesen Eindruck gewann wohl auch der FBI-Vize von New York, John O'Neill, der vor den Anschlägen die finanziellen Netzwerke von Al Quaida untersuchte und dessen Ermittlungen nach Saudi-Arabien führten. Er musste feststellen, so der französische Geheimdienstler Jean-Charles Brisard[5], der mit ihm in Verbindung gestanden haben will, (weil »sie dasselbe untersuchten«,) dass er von Regierungsseite an weiteren Nachforschungen gehindert wurde. O'Neill trat von seiner FBI-Funktion zurück und seine persönliche Tragik wollte es, dass er zum Sicherheitschef des World Trade Centers wurde und heute tot ist.

Wolfgang Haug

Anmerkungen

1 vgl. im Zusammenhang der Uneigenützigkeit auch den Artikel zum Enron-Konzerns in dieser Ausgabe des SF

2 vgl. Vorwort in W. Haug (Hg.): Angriff auf die Freiheit? Die Anschläge in den USA und die »Neue Weltordnung«; Trotzdem Verlagsgenossenschaft, Grafenau Dez. 2001

3 Samuel P. Huntington: nicht der Abgeordnete aus Connecticut gleichen Namens, der die amerikanische Unabhängigkeitserklärung für seinen Staat unterschrieb, sondern ein am 18.4.1927 geborener New Yorker, der in Yale studierte und heute Harvard Professor für internationale Beziehungen ist. Bekannt geworden u.a. durch sein 1993 erschienenes Buch »The Clash of Civilizations«. Dort stellte er die These auf, dass die zukünftigen Konflikte nicht politischer oder ideologischer sondern kultureller Art sein werden. Er unterschied neun Hauptkulturen. Die Kultur des Westens sieht er dabei besonders durch den Islam und die Sinic culture, die chinesische Kultur, herausgefordert. Er bestimmte damit den Diskurs einer neuen sozialwissenschaftlich verbrämten Herrschaftsideologie.

4 Francis Fukuyama heißt eigentlich Bernhard L. Schwartz, er wurde am 27.10.1952 in Chicago geboren. Er ist Professor für Politische Ökonomie an der John Hopkins Universität und gehörte seit 1979 zu den Beratern US-amerikanischer Politik, u.a. als Mitglied von Policy Planning Staff of the US Dept of State, Spezialgebiet Mittlerer Osten. Er gehörte auch zu der US-Delegation, die nach Israel und ƒgypten reiste, um über die Autonomie Palästinas zu verhandeln.

5 Jean-Charles Brisard, 1968 geboren, betreibt eine Wirtschaftsdatei und arbeitet für einen nicht näher bezeichneten Geheimdienst. Er veröffentlichte zusammen mit Guillaume DasquiÈ: Die verbotene Wahrheit. Die Verstrickungen der USA mit Osama bin Laden, Pendo Verlag, Zürich

Interview mit Noam Chomsky von Suzy Hansen, Salon

Noam

In Ihren öffentlichen Kommentaren nach dem 11. September, verglichen Sie die Anschläge mit unserer Bombardierung des Sudans, nach den Angriffen bin Ladens auf amerikanische Ziele im Übersee. Wollten Sie damit andeuten, dass wir sie uns selbst zuzuschreiben haben?

Natürlich nicht. Das ist idiotisch.

Das war nicht Ihre Absicht?

Niemand könnte das auf diese Weise interpretieren. Ich sagte, seht mal, das ist eine schreckliche Gräueltat, aber unglücklicherweise ist die Opferzahl nichts Ungewöhnliches. Und das ist lediglich eine Tatsache. Ich erwähnte die Opferzahl einer einzigen Bombardierung, eine unwichtige Fußnote zu US-Aktionen – eine bekannte pharmazeutische Anlage im Sudan, die die Hälfte der Landesvorräte herstellte. Diese eine Bombardierung, hat nach Einschätzung der deutschen Botschaft im Sudan und von Human Rights Watch wahrscheinlich zu Zehntausenden Toten geführt.

Ich sagte, seht mal, die Gräueltat war schrecklich, aber jenseits von Europa und Nordamerika verstehen die Menschen sehr gut, dass sie wie viele andere in der Geschichte ist. Ich bin irgendwie ein einfaches Gemüt. Ich glaube an elementare moralische Binsenweisheiten - nämlich, dass wenn etwas ein Verbrechen ist, wenn es gegen uns verübt wird, es auch ein Verbrechen ist, wenn es gegen andere verübt wird. Wenn es eine einfachere moralische Binsenwahrheit gibt, würde ich sie gerne hören. Ich denke es macht Sinn, sie den Leuten in Erinnerung zu rufen.

Waren sie überrascht zu sehen, wie viele Menschen ihre Erklärung fälschlich interpretierten?

Nein. überhaupt nicht. Das ist genau das Verhalten, das ich von der intellektuellen Klasse erwarte. Das ist ihre historische Rolle – die Staatsgewalt zu unterstützen, und Leute zu diffamieren, die versuchen moralische Binsenwahrheiten aufrechtzuerhalten.

Glauben Sie nicht, dass ihre Erklärungen die Ereignisse des 11. Septembers herunterspielten?

Indem ich sagte, dass sie eine schreckliche Gräueltat waren, die mit Hinterlist und unglaublicher Grausamkeit verübt worden sind, aber dass wir verstehen sollten, dass die geforderte Opferzahl leider nichts Ungewöhnliches ist? Was ungewöhnlich ist, ist die Richtung in der die Gewehrläufe zielten. Ich denke, wir sollten ehrlich genug sein das zu verstehen.

Sie haben wiederholt ausgesagt, dass die Vereinigten Staaten ein führender terroristischer Staat sind. Was ist ihre Definition des Terrorismus?

Meine Definition des Terrorismus stammt aus dem U.S. Code, was mir absolut angemessen erscheint. Es beschränkt sich auf die Erklärung, dass Terrorismus die berechnende Androhung oder Anwendung von Gewalt ist, gewöhnlich gegen die zivile Bevölkerung gerichtet, mit dem Ziel einzuschüchtern und Angst und Schäden zu verursachen, um politische, religiöse, ideologische und andere Ziele zu erreichen.

Unterscheiden Sie zwischen verschiedene Arten des Terrorismus, und wenn ja, wie?

Es gibt verschiedene Arten. Die Vereinigten Staaten haben natürlich vor 20 Jahren dem Terrorismus einen Krieg angesagt. Die Reagan-Regierung kam mit der Erklärung ins Amt, dass der Krieg gegen den Terrorismus die Grundlage der US-Außenpolitik sein würde. Um Reagan und George Schultz zu zitieren, wurde Terrorismus als ein Krieg verurteilt, der von verdorbenen Gegner der Zivilisation selbst geführt wurde, eine Rückkehr in die Barbarei in unserer Zeit, eine üble Plage. Ihre Aufmerksamkeit galt hauptsächlich dem was sie als staatlich unterstützten, internationalen Terrorismus bezeichneten. So war der Bombenanschlag in Oklahoma City Terrorismus, aber nicht staatlich unterstützter, internationaler Terrorismus.

Ich definiere Terrorismus genau so wie sie es tun. Nach dieser Definition ist es nicht kontrovers, dass die Vereinigten Staaten ein führender terroristischer Staat sind. Im Grunde, der einzige Staat, der jemals von den höchsten Instanzen wegen internationalem Terrorismus verurteilt worden ist: vom Internationalen Gerichtshof im Jahr 1986 [für die Unterstützung der Contras gegen Nicaragua] und der nachfolgenden Resolution des Sicherheitsrates kurz danach. Die Vereinigten Staaten haben sie durch ein Veto blockiert.

Wie unterscheiden Sie zwischen dem was Sie als US-Terrorismus ansehen, und dem al-Quaida Terrorismus am 11. September?

Der eine ist staatlicher Terrorismus, der andere ist privater Terrorismus.

Wie denken Sie, sollten beide Fälle behandelt werden?

Nicaragua ging das Problem des Terrorismus auf genau die richtige Weise an. Es befolgte das internationale Gesetz und die Verträge, denen es verpflichtet war. Es sammelte Beweise, legte die Beweise dem höchsten existierenden Tribunal vor, dem Internationalen Gerichtshof, und erhielt ein Urteil – das die Vereinigten Staaten natürlich mit Verachtung straften. Das Gericht rief die Vereinigten Staaten auf, das Verbrechen einzustellen und wesentliche Reparationszahlungen zu leisten. Die U.S. antworteten darauf, indem sie den Krieg unverzüglich eskalierten und neue Geldmittel zur Verfügung stellten. Tatsächlich gingen die offiziellen U.S.-Befehle zu einem noch extremeren Terrorismus über. Die Contra Streitkräfte wurden angehalten sogenannte »weiche Ziele« anzugreifen, also ungeschützte zivile Ziele, und den Kampf gegen die nicaraguanische Armee zu vermeiden. Das ging so weiter bis 1990. Nicaragua befolgte alle korrekten Prozeduren, konnte aber natürlich

Mit unserer Hilfe



Bild: Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn. Links: Stellvertretender UN-Sonderbeauftragter, Francesc Vendrell; mitte: Bundesaussenminister Joschka Fischer; rechts: Lakhdar Brahimi, UN-Sonderbeauftragter.

nichts erreichen, weil die U.S. sich einfach nicht an sie hielten. In diesem Fall war es nicht nötig eine polizeiliche Ermittlung durchzuführen. Die Fakten waren eindeutig.

Und die al-Qaida?

Im Falle eines Terrorismus wie dem der al-Qaida – ich nehme wie alle anderen an, dass al-Qaida für den 11. September verantwortlich gewesen ist, oder irgendein Netzwerk das ihnen sehr ähnelt – ist die richtige Vorgehensweise von anderen aufgezeigt worden. In der aktuellen Ausgabe von Foreign Affairs gibt es zum Beispiel einen Artikel von einem prominenten anglo-amerikanischen Militärhistoriker, Michael Howard, eine sehr konservative Persönlichkeit, der die US-Politik und die Politik Großbritanniens sehr unterstützt.

Ich stimme vielem was Howard über Geschichte sagt nicht zu, aber seine Empfehlungen erscheinen mir sinnvoll. Er sagt, die richtige Art mit kriminellen Verbrechen wie den al-Qaida Anschlägen umzugehen, sei eine polizeiliche Ermittlung durch internationale Autoritäten; die Anwendung international sanktionierter Mittel, die den Einsatz von Gewalt beinhalten könnten, um die Verbrecher zu fassen, sie vor Gericht zu bringen, und sicherzustellen, dass sie eine faire Gerichtsverhandlung und internationale Gerichtshöfe bekommen. Das klingt für mich nach einem gesunden Urteil. Also ist es nicht nur meine Meinung.

Glauben Sie, dass amerikanische Gewalt in einem Fall von Selbstverteidigung gerechtfertigt ist?

Natürlich, jeder hat das Recht sich selbst zu verteidigen. Das steht im Artikel 51 der U.N. Charta. Es ist jedoch sehr schwierig solche Fälle zu finden. Nicaragua, zum Beispiel, hatte das Recht, Gewalt zum Zwecke der Selbstverteidigung einzusetzen. Das haben sie nicht getan, aber sie hätten das Recht gehabt, weil sie unzweifelhaft angegriffen wurden.

Nicaragua ist nicht der einzige Fall. In ganz Lateinamerika werden die Verbrechen vom 11. Septembers scharf verurteilt. Aber das geht einher mit der Beobachtung, dass diese Gräueltaten, obwohl grauenvoll, nicht unvertraut sind. Die Jesuitische Universität schrieb in Managuas Forschungsjournal Envio, dass ja, der 11. September Amargeddon genannt werden könnte, aber dass wir mit unserem eigenen Amargeddon vertraut sind. Sie beschreiben den Angriff auf Nicaragua, der keine Kleinigkeit gewesen ist. Zehntausende von Menschen sind während des Contra Krieges getötet worden, und das Land wurde praktisch verwüstet.

Glauben Sie also, dass unser Krieg gegen Afghanistan ein Beispiel von Selbstverteidigung ist?

Befinden sich die Vereinigten Staaten unter einem bewaffneten Angriff?

Das würde ich so sagen.

Artikel 51 [der U.N. Charta] ist sehr explizit und ich denke, dass er zutrifft. Er besagt, dass Gewalt zur Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff eingesetzt werden kann. Ein bewaffneter Angriff ist im internationalen Gesetz definiert. Es bedeutet eine plötzliche, überwältigende, und unablässig andauernde Attacke. Niemand glaubt, dass die USA sich unter einem bewaffneten Angriff befinden.
[Anmerkung: Nach den Angriffen beriefen sich NATO Verbündete auf Artikel 5 des Nordatlantischen Abkommens, der besagt, »Ein oder mehrere bewaffnete Angriffe in Europa oder Nordamerika, werden als ein Angriff gegen sie alle betrachtet werden.«]

Wenn die Vereinigten Staaten sich auf Artikel 51 hätte berufen wollen, hätten sie es gekonnt. Die Vereinigten Staaten hätten mit Leichtigkeit die Autorisierung des Sicherheitsrates für ihren Gewalteinsatz gegen Afghanistan erhalten können, aber sie entschieden sich absichtlich dagegen. Wenn sie die Autorisierung erhalten hätten – und Großbritannien wäre zwangsläufig mitgezogen, Frankreich hätte keine Einwände erhoben, Russland wäre mit Begeisterung dafür, weil Russland begierig ist die US-Unterstützung für seine eigenen massiven Gräueltaten in Tschetschenien zu gewinnen. China wäre aus ähnlichen Gründen mitgezogen – wegen der Unterstützung für ihre eigenen Gräueltaten in Westchina. Also hätte es kein Veto gegeben. Aber die USA zogen es vor keine Autorisierung zu einzuholen, genau wie es die USA vorgezogen haben, keine Auslieferung zu fordern.

Was würde die Vereinigten Staaten motivieren so zu handeln?

Meine Vermutung ist, dass die Vereinigten Staaten das Prinzip nicht festigen wollen, dass sie sich an eine höhere Autorität wenden müssen, bevor sie Gewalt einsetzen dürfen.

Es ist eine sehr natürliche Haltung seitens eines mächtigen Staates; im Grunde denke ich, dass sie fast universal ist. Wenn ein Staat mächtig genug ist, will er das Prinzip begründen, ohne Autorisierung handeln zu können. Im Grunde ist das die offizielle US-Politik, die von Clinton und Madeleine Albright sehr klar verkündet worden ist: die USA werden multilateral handeln, wenn nötig und unilateral, wenn nötig.

Ich möchte nicht andeuten, dass die Vereinigten Staaten sich in dieser Hinsicht von anderen Länder unterscheiden. Andorra würde es auch tun, wenn sie damit durchkommen könnten. Aber wenn man kein mächtiger Staat ist, kann man damit nicht durchkommen.

Wieso denken Sie, dass der Angriff am 11. September kein bewaffneter Angriff auf unser Land gewesen ist?

Erstens, behaupten nicht einmal die Vereinigten Staaten selbst, dass es sich dabei um einen bewaffneten Angriff gehandelt hätte. Sie behaupten, es sei eine terroristische Handlung gewesen, was kein bewaffneter Angriff ist. Ein bewaffneter Angriff ist eine Kriegshandlung. Also behauptet niemand, dass dies ein bewaffneter Angriff gewesen ist. Aber nach dem 11. September gibt es keinen bewaffneten Angriff. Das einzige das dem nahekommt, ist die Anthrax-Panik gewesen, aber die scheint inländischer Natur zu sein.

Man muss sich gegenwärtig unter einer Attacke empfinden, und Sie denken nicht, dass dies auf uns zutrifft?

Ein bewaffneter Angriff, ist eine anhaltende, überwältigende Attacke. Aber meine Meinung ist nicht wirklich wichtig. Wenn die Vereinigten Staaten glauben würden, sich unter einem bewaffneten Angriff zu befinden, würden sie mit dieser Einschätzung zum Sicherheitsrat gehen. Die USA wollen das nicht. Tatsache ist, dass sie sich unter keinem bewaffneten Angriff befinden, und niemand behauptet, dass sie es wären.

Gibt es irgendetwas an der islamischen Bedrohung – wir haben so viel über ihren Hass gegen den Westen gehört – das unsere Intervention und unseren Gewalteinsatz erfordert?

In dieser Hinsicht neige ich dazu so radikalen Fetzen wie dem Wall Street Journal zuzustimmen. Gleich nach den Bombenanschlägen vom 11. September, war das Wall Street Journal, die erste und fast einzige Zeitung – der Christian Science Monitor tat es auch – die einen Blick darauf warf, wie die Meinungen in der islamischen Welt wirklich aussahen. Das Journal wandte sich an die Menschen mit denen es sich normalerweise befasst: reiche Muslime. Sie hatten einen Artikel – ich denke er hieß – »Moneyed Muslims« (»Wohlhabende Muslime«) – der die Haltungen sehr pro-westlicher, pro-amerikanischer Elemente in der islamischen Welt untersuchte: Bankiers, internationale Anwälte, Leute die für multinationale Unternehmen arbeiten. [Der Artikel] fragte sie was sie über die Vereinigten Staaten dachten.

Sie brachten ihre Haltung zum Ausdruck ... sie unterstützen die führenden US-Politik sehr – im Grunde sind sie ein Teil davon. Aber sie waren gegen die Vereinigten Staaten, wegen deren systematischen Behinderung der Demokratie in der islamischen Welt, deren Unterminierung der demokratischen Elemente, deren Unterstützung für repressive, korrupte und brutale Regierungen. Sie sind strikt gegen deren Politik, die der zivilen Bevölkerung im Irak schweren Schaden zufügt während sie Saddam Husseins Position stärkt. Und sie erinnern sich daran, auch wenn wir es vorziehen es nicht zu tun, dass die Vereinigten Staaten ihn während seiner schlimmsten Verbrechen unterstützt haben. Natürlich sind sie gegen die US-Unterstützung, die für die 35-jährige brutale militärische Besetzung der palästinensischen Gebiete ausschlaggebend gewesen ist. Sie sind gegen all diese Politiken, und das ist sehr weitverbreitet, nicht nur in der islamischen Welt, sondern in einem großen Teil der Dritten Welt.

Nehmen wir Lateinamerika. Nach dem 11. September fand dort eine internationale Gallup Umfrage statt. Die Frage war: sollte militärische Gewalt angewendet werden, wenn klar ist, dass militärische Gewalt Zivilisten schweren Schaden zufügen wird? Die Unterstützung war nicht sehr hoch, nicht einmal in Europa. Aber in Lateinamerika war sie besonders klein. Die letzten



Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn.

Zahlen, die ich habe, stammen aus dem Envio, dem Forschungsmagazin der Jesuitischen Universität in Managua. Ihnen zufolge liegt die Unterstützung am höchsten in Venezuela mit 11 %, und am niedrigsten in Mexiko, mit 2 %. Nun, Lateinamerika hat Erfahrung mit der US-Macht.

Aber Sie denken nicht, dass die Bedrohung durch die Extremisten der islamischen Welt unseren Einsatz von Gewalt rechtfertigt?

Die Bedrohung ist schrecklich. Tatsächlich hassen die Menschen, die vom Wall Street Journal interviewt worden sind diese Typen. Sie sind ihre größten Feinde. Leute wie Osama bin Laden haben sie im Visier.

Ich möchte hier Klarheit haben: Wollen Sie sagen, dass der Gewalteinsatz der Vereinigten Staaten, um diese Extremisten außer Gefecht zu setzen, nicht gerechtfertigt ist, weil wir uns der Vergehen gegen die islamische Welt und anderswo schuldig gemacht haben?

Ich hielt den Vorschlag von Michael Howard für ziemlich vernünftig, und der hätte durchaus den Einsatz von Gewalt beinhalten können. Im Fall eines kriminellen Verbrechens ist es legitim Gewalt anzuwenden, um die Schuldigen zu ergreifen und sie vor einem fairen Gericht zu bringen. Bemerken Sie bitte übrigens, dass niemand, einschließlich Ihnen und mir, glaubt, dass dieses Prinzip auch für uns gelten sollte. Also sind wir alle hoffnungslos amoralisch, ich eingeschlossen. Keiner von uns glaubt, dass dieses Prinzip für das Volk hätte gelten sollten, das vom Internationalen Gerichtshof verurteilt worden ist.

Sie unterstützen eine strafrechtliche Verfolgung bin Ladens und seiner Kohorten – aber wieso glauben Sie nicht, dass der Krieg in Afghanistan nach dem 11. September gerechtfertigt ist?

Der Krieg in Afghanistan richtet sich gegen afghanische Zivilisten und das ganz offen. Der britische Verteidigungsminister brachte das in einem Artikel auf der ersten Seite der New York Times sehr klar zum Ausdruck. Er sagte, wir würden die Afghaner angreifen, bis sie endlich einsehen, dass sie ihre Regierung lieber stürzen sollten. Das ist praktisch die Definition des internationalen Terrorismus.

Können Sie ein Beispiel dafür geben, wann militärische Gewalt gerechtfertigt wäre?

Gewalt war gerechtfertigt als Japan Pearl Harbor bombardiert hat und Deutschland uns den Krieg erklärte. Wenn man versucht sich an die letzten 50 Jahre zu erinnern, hat es da irgendwelche militärische Interventionen gegeben, die wirklich massive Gräueltaten beendet hätten? Tatsächlich gab es zwei Fälle, beide fanden in den 70'er Jahren statt. Im Jahr 1971, fiel Indien im damaligen Ostpakistan ein und setzte damit schrecklichen Gräueltaten ein Ende. Im Jahr 1979 fiel Vietnam aus Gründen der Selbstverteidigung in Kambodscha ein und trieb die Roten Khmer hinaus und setzte ihren Gräueltaten ein Ende. Wieso werden diese Fälle nicht als humanitäre Interventionen bezeichnet? Warum werden die 70'er nicht als das Jahrzehnt der humanitären Interventionen bezeichnet, wenn es damals wirklich zwei Fälle gegeben hat, bei denen massive Gräueltaten beendet wurden?

Dafür gibt es einen einfachen Grund: Die Interventionen wurden von den falschen Seiten ausgeführt – nicht von den Vereinigten Staaten. Und zweitens widersetzten sich die Vereinigten Staaten diesen zwei Interventionen aufs Heftigste und bestraften jene, die sie durchgeführt haben. Wenn wir ehrlich sein wollen, würden wir sagen, dass es in den letzten 50 Jahren zwei humanitäre Interventionen gegeben hat.

Denken Sie also, dass Gewalt Frieden herbeiführen kann?

Ja, der Zweite Weltkrieg brachte Frieden. Ich war noch ein Kind, aber ich habe zu der Zeit den Krieg unterstützt und im Rückblick tue ich es immer noch.

Glauben Sie nicht, dass wir uns jetzt unter derselben Art von Bedrohung befinden?

Wir, unter einer Bedrohung? Nein, nicht im mindesten. Wir sind von einer kriminellen Verschwörung bedroht, die auch wie eine kriminelle Verschwörung behandelt werden sollte, ziemlich genau so wie Michael Howard das sagte. Wir befinden uns vielleicht unter einer Bio-Terror Bedrohung. Was diese Anthrax Geschichte auch immer gewesen ist, ich nehme sie nicht auf die leichte Schulter, und ich denke, dass dies eine ernste Gefahr ist.

Was kann oder sollte gegen jemanden wie Saddam Hussein unternommen werden, jemand der Massenvernichtungswaffen zur Verfügung hat?

Nicht nur Massenvernichtungswaffen, aber das ist genau das was Clinton, Bush, Blair und alle anderen sagen. Er ist nicht nur ein Monster, sondern das einzig existierende Land, das Massenvernichtungswaffen, chemische nämlich, gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt hat. Das einzige, das bei dieser Beschreibung fehlt sind drei Worte: Mit unserer Hilfe.

Heißt das, dass wir ihn uns jetzt vornehmen sollten?

Augenblick noch. Das ist keine kleine Sache. Er hat mit unserer Unterstützung ein riesiges Massaker an seiner eigenen Bevölkerung verübt. Die Vereinigten Staaten genau wie Großbritannien, unterstützten ihn weiterhin bei seinen schlimmsten Gräueltaten, und wendeten sich erst gegen ihn als er Befehle missachtete. Das macht ihn nicht weniger zu einem Monster. Aber wir sollten die Wahrheit sagen. Wir sollten diese drei Worte, die sonst jeder auf der Welt kennt nicht verstecken.

Was sollten wir sagen?

Wir sollten sagen, »Ja, wir haben ihn bei seinen schlimmsten Gräueltaten unterstützt; jetzt mögen wir ihn nicht mehr, und was sollten wir gegen ihn unternehmen?« Und ja, das ist ein Problem.

Mein eigenes Gefühl sagt mir ehrlich, dass es in März 1991 eine große Gelegenheit gab, Saddam Hussein loszuwerden. Da gab es einen massiven shiitischen Aufstand im Süden, geführt von rebellierenden irakischen Generälen. Die USA hatten zu jener Zeit die totale Kontrolle über die Region. Die irakischen Generäle ersuchten nicht um Unterstützung der Vereinigten Staaten, aber sie baten um Zugang zur erbeuteten irakischen Ausrüstung, und sie ersuchten die USA Saddam daran zu hindern, seine Luftwaffe zu benutzen, um die Rebellen anzugreifen. Die Vereinigten Staaten weigerten sich. Sie erlaubten es Saddam Hussein, Militärhubschrauber und andere Mittel einzusetzen, um die Rebellion zu zerschlagen.

Sie können es in der New York Times nachlesen. Es war wichtiger, Stabilität zu bewahren – das war das Wort, das verwendet wurde – oder wie der diplomatische Korrespondent der New York Times es ausdrückte, für die Vereinigten Staaten wäre es das beste gewesen, wenn eine militärische Junta mit eiserner Faust die Macht ergriffen hätte, um den Irak auf die gleiche Weise wie Saddam Hussein zu regieren. Aber da wir das nicht haben konnten, müssten wir ihn akzeptieren. Das war die größte Gelegenheit ihn loszuwerden. Seit damals ist es nicht mehr so einfach. Die Widerstandkräfte sind nach dem Krieg mit unsere Hilfe zerschlagen worden.

Seit damals ist es fraglich, ob die irakischen Oppositionskräfte noch irgendwelche Mittel aufbringen könnten um das Monster zu stürzen. Das ist eine knifflige Angelegenheit. Die schlimmste Art es zu tun, ist es, seine Opposition zu unterminieren. Genau das tun die Sanktionen. Alle, die die Sanktionen analysiert haben sind zu dem Schluss gekommen – einschließlich der humanitären Beauftragten Dennis Halliday und Hans von Sponeck, die mehr darüber wissen als irgendjemand sonst – dass die Sanktionen der zivilen Bevölkerung ernsthaft geschadet und Saddam Hussein bestärkt haben. Menschen unter schweren Sanktionen, die ums Überleben kämpfen müssen, werden keine Aktionen gegen eine bewaffnete Militärmacht ausführen.

Was würden Sie also davon halten, wenn wir den Krieg gegen den Terrorismus hier weiterführen würden?

Es gibt keinen Krieg gegen den Terrorismus. Das ist ein Propagandabegriff. Es kann keinen Krieg gegen den Terrorismus geben, der von dem einzigen Staat auf der Welt geführt wird, der wegen internationalem Terrorismus verurteilt worden ist, und von führenden terroristischen Staaten, wie Russland und China unterstützt wird. Wir können es irgendwie bezeichnen, aber nicht als einen Krieg gegen den Terrorismus.

Aber denken Sie, dass wir jetzt gegen den Irak vorgehen sollten?

Nein, ich stimme mit praktisch der ganzen Welt darin überein, dass ein militärischer Angriff gegen den Irak ein schrecklicher Fehler wäre.

Wieso?

Aus demselben Grund aus dem die ganze Welt der US-Regierung sagen, es nicht zu tun. Sie haben anscheinend nicht den geringsten Beweis, der den Irak mit diesen Anschlägen in Verbindung bringen würde, also würde ein Angriff gegen den Irak aus irgendeinem anderen Grund erfolgen als dem bisherigen. Wenn es diese Gründe vorher gegeben hat, wieso haben es die USA dann nicht vorher getan? Zum anderen werden sie es nicht tun, weil sie Saddam Hussein – angesichts der möglichen Alternativen – nicht loswerden wollen; sie wollen das Land nicht auseinanderbrechen.

Welchen wirklichen Unterschied würde es Ihrer Meinung nach machen, wenn wir über einige der Dinge, die wir ge-


Foto: Christian Ditsch/version

tan haben ehrlicher wären? Eine ihrer Hauptanklagen richtet sich scheinbar gegen die amerikanische Rhetorik und Propaganda.

Wenn wir ehrlich wären, könnten wir das, was wir tun zumindest mit gesundem Menschenverstand bewerten. Wenn wir unehrlich sind, wissen wir, dass was wir auch immer tun, nur rein zufällig gerechtfertigt sein wird. Der erste elementare Schritt ist Ehrlichkeit. Danach kann man weitergehen und komplizierte Fragen nach ihren Vorteilen beurteilen.

Glauben Sie, dass die US-Außenpolitik immer nur unserem nationalen Selbstinteresse dient?

Nein, ich denke nicht, dass es nationales Selbstinteresse ist. Das ist ein Propagandabegriff. Er impliziert, dass es im Interesse der Nation geschieht. Kein Staat handelt im Interesse der Nation. Sie handeln üblicherweise im Interesse mächtiger interner Gruppen, die die Politik dominieren. Das ist wieder eine historische Binsenwahrheit. Ich glaube nicht, dass Nazi-Deutschland im Interesse des deutschen Volkes handelte. Im Fall der Vereinigten Staaten, wissen wir, wer die Planer sind und wo sie herkommen, und ja, ich denke, dass sie normalerweise in ihrem eigenen Interesse handeln. Das ist nicht sehr überraschend.

Glauben Sie dass Interventionen im Ausland immer von gemischten Motiven angetrieben werden?

Sicher, alle Gräueltaten in der Geschichte, einschließlich Hitlers Invasionen und die japanischen Eroberungen, hatten gemischte Motivationen. Nehmen wir Italiens Einmarsch in Äthiopien, sehen Sie sich die Rhetorik an: Sie würden die Eingeborenen christianisieren und die Sklaverei beenden und den rückständigen Afrikanern die Freiheit bringen. Das US-State Department glaubte es in jedem Fall; sie befürworteten es. Es ist immer gemischt.

Glauben Sie, dass wir von imperialistischen Vorhaben angetrieben werden?

Nicht mehr als jedes andere Land. Es ist nur so, dass die USA das überwältigend mächtigste Land auf der ganzen Welt sind, und das schon seit 50 Jahren, also ist ihre Reichweite viel größer. Luxemburg könnte von den selben Gründen angetrieben werden, kann aber in der Hinsicht nicht viel ausrichten.

Welche imperialistische Interessen hätten wir dann im Kosovo gehabt?

Ich nehme die offiziellen Gründe sehr ernst. Ich neige dazu alles ziemlich wörtlich zu nehmen; ich nehme an, dass Menschen die Wahrheit sagen. Es gab drei offiziellen Gründe, die immer und immer wieder von Verteidigungsminister William Cohen in seiner Aussage vor dem Kongress, ein Jahr nach dem Krieg, wiederholt worden sind: Der erste war es, ethnische Säuberungen zu verhindern. Der zweite war es, die Stabilität der Region zu sichern. Und der dritte war es, Glaubwürdigkeit zu festigen. Den ersten Grund können wir streichen, weil man sich auf allen Seiten darüber einig ist, dass die ethnischen Säuberungen erst nach Beginn der Bombardierung begannen.

Aber Milosevic hatte vor Kosovo bereits ethnische Säuberungen in anderen Regionen Jugoslawiens durchgeführt, und er bedrängte die albanische Bevölkerung in

Kosovo, also war die Gefahr – und die Absicht – eindeutig vorhanden.

Nun, ja, aber das ist sehr detailliert aufgezeichnet worden. Das State Department hat ausführliche Dokumentationen vorgelegt, genau wie die NATO, die Kosovo-Beobachter und so weiter. Es wurden viele Gräueltaten verübt. Tatsächlich machte die britische Regierung, die in Januar 1999 das kriegerischste Element der Koalition war, die Kosovo Befreiungsarmee für die meisten Gräueltaten verantwortlich. Schauen Sie, es war ein sehr hässlicher Ort – in den Jahren davor könnten von beiden Seiten insgesamt bis zu 2000 Menschen getötet worden sein und viele Menschen wurden vertrieben. Aber das war nicht die ethnische Säuberung von der alle sprachen. Die U.N. Beauftragte für Flüchtlinge hatte zu der Zeit als die Bombardierung begann keine Flüchtlinge registriert.

Die massiven ethnischen Säuberungen und Gräueltaten begannen kurz nach dem Rückzug der Beobachter am 22. März. Aber ernsthaft begannen sie erst nach der Bombardierung am 24. März. Das wird einfach nicht angefochten. Wir können anfechten, ob es eine Konsequenz der Bombardierung gewesen ist. General Wesley K. Clark, der Kommandant, gab bekannt, dass eine vorhersagbare Konsequenz der Bombardierung ethnische Säuberungen sein würden. Vielleicht hat er recht, vielleicht auch nicht. Wir wissen also, dass die Bombardierung nicht durchgeführt wurde, um die ethnischen Säuberungen zu verhindern, die ihr ja gefolgt sind. Clark selbst wurde drei Wochen nach dem Krieg im britischen Fernsehen gefragt, ob der Grund der Bombardierung die ethnischen Säuberungen gewesen seien. Er sagte, natürlich nicht. Ethnische Säuberungen waren niemals ein Faktor. Bleiben uns also noch die nächsten zwei Gründe: die Sicherung der Stabilität und die Festigung der Glaubwürdigkeit. Ich denke, dass dies wahrscheinlich die Gründe sind. Stabilität zu sichern hat eine sehr besondere Bedeutung. Es bedeutet nicht, dass die Gegend ruhig ist. Stabilität bedeutet, unter westlicher Kontrolle. Was bedeutet Glaubwürdigkeit aufrechterhalten? Es bedeutet sicherzugehen, dass die Menschen sich vor einem und vor dem, was man tun wird, fürchten.

Was wären die Alternativen gewesen? Wenn der Westen nicht eingegriffen hätte, hätte Milosevic seine Gräueltaten ungestört weiterführen können.

In Kosovo lagen vor der Bombardierung zwei Positionen auf dem Tisch. Zum einen die NATO Positionierung, zum anderen die Positionierung der serbischen Regierung. Sie riefen beide nach einer internationalen Präsenz im Kosovo, aber sie hatten unterschiedliche Ansichten darüber, wie sie aussehen sollte. Die NATO-Position war, dass es eine von der NATO geleitete internationale Präsenz sein müsste, mit freiem Zugriff auf ganz Serbien. Die serbische Position war vage. Wenn Sie sich das Friedensabkommen betrachten, ist es ein Kompromiss zwischen den zwei Positionen. Nehmen wir mal an, sie hätten die Möglichkeit einer Kompromisslösung verfolgt, die, im Grunde, zumindest auf dem Papier erzielt worden war. Hätte das funktionieren können? Nun, wir wissen es nicht, weil das abgelehnt wurde.

Ich bin kein Pazifist. Ich denke, dass der Einsatz von Gewalt manchmal legitim ist. Aber wenn jemand zum Einsatz von Gewalt aufruft, müssen sie eine schwere Beweislast erfüllen. Die Beweislast liegt immer bei jenen, die zur Anwendung von Gewalt aufrufen, besonders von extremer Gewalt. Das ist eine moralische Binsenwahrheit. Die Frage ist, wurde diese Last erfüllt? Versuchen Sie irgendein Argument zu finden, das die Beweislast erfüllt. Verlassen Sie sich nicht auf meine Worte, untersuchen Sie die Fakten. Sie werden entdecken, dass die Literatur auf diesem Gebiet, die entscheidenden Beweise fast gänzlich übersieht, also die ausführliche detaillierten Beweise aus westlichen Quellen über das, was bis zu der Bombardierung passiert ist. Das einzige mir bekannte Buch, das dies behandelt ist mein eigenes.

Zweitens, sehen Sie sich die Argumente an, mit denen die Bombardierung gerechtfertigt wird. Sie behaupten entweder, dass die ethnischen Säuberungen und Gräueltaten schon vor der Bombardierung im Gange waren – was bekanntermaßen falsch ist – oder sie behaupten, dass die Bombardierung ausgetragen wurde, weil ethnische Säuberungen im Begriff standen stattzufinden. Nun, mit diesem Argument könnte man alles rechtfertigen.

Könnte die NATO ihre Aktionen mit dem begründet haben, dessen Milosevic, wie wir alle gesehen haben, in Bosnien und Kroatien fähig gewesen ist?

Das könnten sie. Aber mit diesem Argument, wenn man das wirklich glaubt, hätten sie Jakarta, Washington und London bombardieren müssen. Was natürlich niemand glaubt.

Zu genau der selben Zeit verübte Indonesien weitaus schlimmere Gräueltaten in Osttimor. Darüber hinaus verkündeten die indonesischen Generäle sehr laut und klar, dass sie den ganzen Ort ausradieren würden, wenn das Referendum nicht so ausfallen würde, wie sie es wünschten. Großbritannien und die Vereinigten Staaten unterstützten weiterhin die Indonesier, die ein Drittel der Bevölkerung ausgelöscht hatten. Also, mit dem Argument, das Sie vorschlagen, sagen sie, dass die Vereinigten Staaten sich selbst und Indonesien hätten bombardieren müssen.. Das glauben wir nicht.

Lassen Sie mich eine moralische Binsenwahrheit wiederholen. Wenn es ein Prinzip gibt, das wir auf andere anwenden, müssen wir darauf bestehen, dass dieses Prinzip auch auf uns angewendet wird. Wenn es ein Prinzip gibt, das die Bombardierung Serbiens rechtfertigte, muss man dieses Prinzip formulieren und fragen – trifft es auch auf uns zu?

Aber als die größte Supermacht der Welt werden wir gerufen, um in Konflikte einzugreifen, manchmal von Ländern, die uns kritisiert haben. Welche Rolle soll die Supermacht der Welt spielen?

Die erste, einfachste Rolle, die sie spielen sollte ist es, aufzuhören sich an Gräueltaten zu beteiligen. Im Jahr 1999 zum Beispiel, wäre eine Rolle, die die USA hätten spielen können, die gewesen, aufzuhören sich an den Gräueltaten in Osttimor zu beteiligen. Großbritannien hätte die selbe Rolle spielen können. Das hätte einen großen Unterschied ausgemacht. Und tatsächlich, als

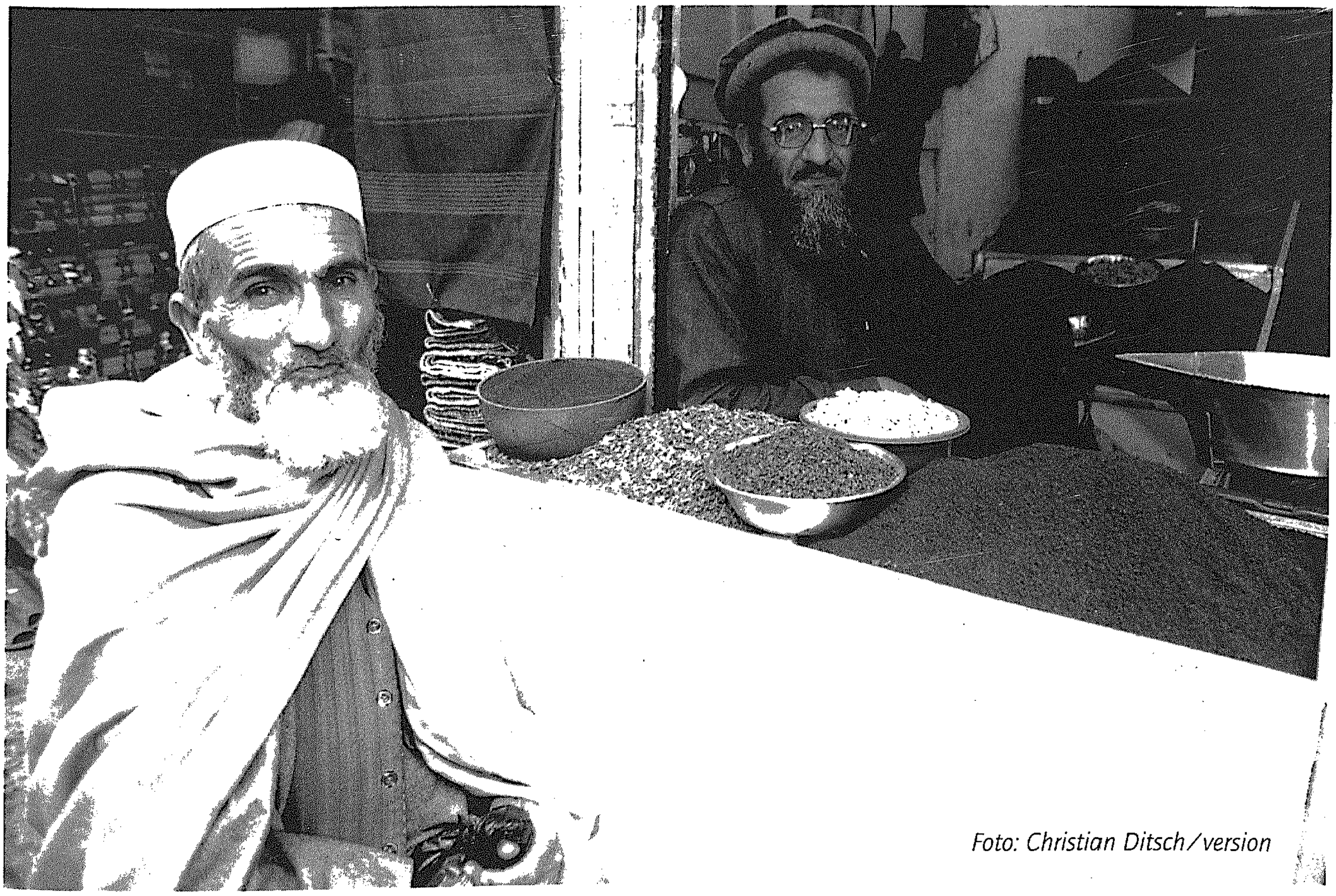


Foto: Christian Ditsch/version

die USA Indonesien am 11. September endlich darüber informierten, dass der Spaß vorbei sei, nachdem das Schlimmste bereits passiert war, zogen sie sich unverzüglich zurück. Die Macht dazu war immer vorhanden. Nehmen wir einen anderen Fall. Es war viel davon die Rede, dass die NATO Gräueltaten wie im Kosovo nicht in der Nähe ihrer Grenzen tolerieren könnte. Eine kleine Einzelheit wurde übersehen: die NATO tolerierte nicht nur, sondern unterstützte in Wirklichkeit noch schlimmere Gräueltaten innerhalb ihrer Grenzen – nämlich türkische Gräueltaten gegen die Kurden innerhalb der Türkei. 80% der Waffen kamen aus den Vereinigten Staaten. Das Ganze eskalierte in den späten 90'ern, und führte zu Tausenden von Toten und zu 3.500 zerstörten Dörfern. Es gab zwei bis drei Millionen Flüchtlinge. Eine Möglichkeit für die größte Supermacht zu handeln, wäre es, die massive und ausschlaggebende Unterstützung dieser Gräueltaten zu beenden.

Einige ihrer Haltungen, zu Kosovo zum Beispiel, haben sogar Leute des linken Spektrums dazu gebracht zu sagen, sie würden denken, dass alles was die Vereinigten Staaten tun nicht akzeptabel sei, einfach aus dem Grund, weil die Vereinigten Staaten es tun.

Wenn Leute das glauben, dann deshalb, weil sie auf purer Propaganda beharren und sich weigern sich die Fakten anzusehen. Man kann einfach herausfinden, ob ich das wirklich gesagt habe. Das habe ich nicht. Und ich glaube es auch nicht. Ich kann nichts dafür, was Intellektuelle glauben wollen. Wenn sie Propagandabilder fabrizieren oder Klatschgeschichten hören und glauben wollen, ist das ihr Metier.

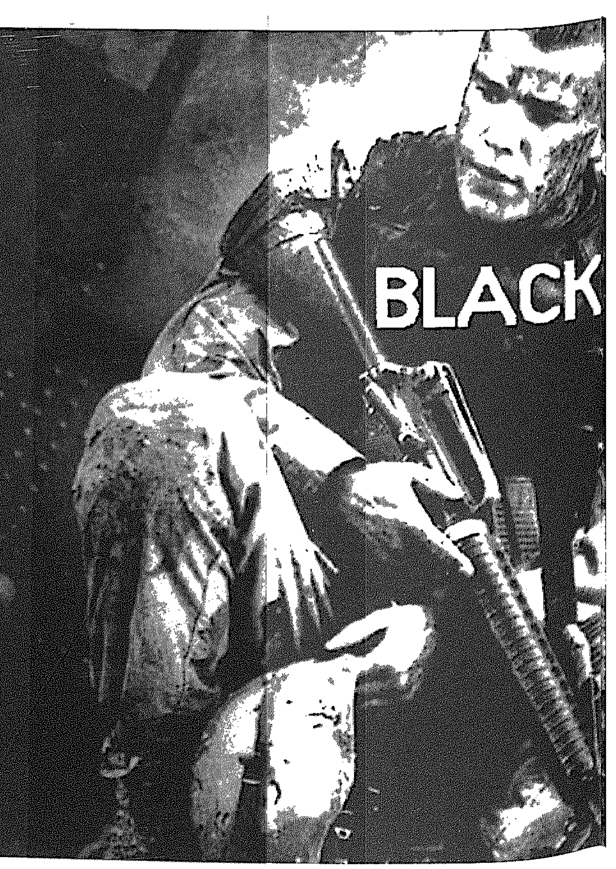
Wie Sie wissen, haben Menschen wie Sie und Susan Sontag durch das was sie nach dem 11. September gesagt haben, viele empörte Reaktionen erhalten – wieder auch von einigen Linken. Was denken Sie über die Zukunft der amerikanischen Linken?

Sie ist sicher viel besser als in der Vergangenheit. Die empörten Reaktionen kommen meistens von Intellektuellen, liberalen Intellektuellen. Aber das ist normal. Es war viel schlimmer in den 60'ern. Eigentlich neigen liberale Intellektuelle normalerweise dazu, den Einsatz von Staatsgewalt zu unterstützen. Wer initiierte den Vietnamkrieg? Liberale Intellektuelle, das war Kennedys Krieg. Ich kann mich gut an sehr gute Versuche, damals in den frühen 60'ern erinnern, auch nur die leiseste Kritik gegen den damaligen Krieg zu erheben. Man konnte keine vier Leute in einem Auditorium zusammenkriegen, die einem zugehört hätten. In Boston, einer ziemlich liberalen Stadt, konnten wir bis 1966 keine öffentliche Demonstration gegen den Krieg abhalten, ohne von Menschen physisch angegriffen zu werden und von der Polizei beschützt werden zu müssen. Es ist jetzt ungemein besser.

Übersetzt von Dana Aldea

GEORGE MONBIOT

RETTER UND OPFER



DER FILM BLACK HAWK DOWN HILFT BEI DER SCHAFFUNG EINES NEUEN MYTHOS ÜBER DIE AMERIKANISCHE NATIONALITÄT, DER JEDEN AUF DER WELT BEDROHT

Je mächtiger eine Nation wird, desto stärker sieht sie sich selbst in einer Opferrolle. In den Augen zeitgenössischer Briten waren die furchtbarsten Gräueltaten des 18. und 19. Jahrhunderts jene, die an ihren Landsleuten im Schwarzen Loch von Kalkutta verübt worden sind, oder jene während der indischen Meuterei und der Belagerung von Khartoum. Als extreme Manifestationen der schweren Bürde des weißen Mannes, wurden diese Ereignisse zum Symbol für die Barbarei und Undankbarkeit der wilden Rassen, die die Briten aus ihrer Dunkelheit zu retten gesucht hatten.

Heute wird der Angriff auf New York diskutiert, als ob er das furchtbarste sei, das irgendeiner Nation in der letzten Zeit zugestoßen ist. Wenige würden abstreiten, dass es sich um eine schwere Gräueltat gehandelt hat, aber man fordert von uns dem amerikanischen Volk eine einzigartige und exklusive Sympathie entgegenzubringen. Nun wird diese Forderung auch auf frühere amerikanische Verluste ausgeweitet.

Black Hawk Down verspricht zu einem der gewinnträchtigsten Filme aller Zeiten zu werden. Wie alle Filme des in Großbritannien geborenen Regisseurs Ridley Scott, ist er fesselnd, intensiv und von einer wunderschönen visuellen Kraft. Und er ist nebenbei eine erstaunliche Falschdarstellung dessen, was sich in Somalia ereignet hat.

Im Jahr 1992 marschierten die Vereinigten Staaten mit guten Absichten in Somalia ein. George Bush Senior verkündete, Amerika sei gekommen um »Gottes Werk« zu verrichten, in einer Nation, die von Klankriegen und Hungersnöten verwüstet war. Aber wie Scott Petersons persönlicher Bericht »Me Against My Brother« zeigt, war die Mission durch das Versagen der Nachrichtendienste, die parteilichen Einsätze und letztendlich, durch den Glauben, dass man eine Nation zum Frieden und Wohlstand bombardieren kann, zum Scheitern verurteilt.

Bevor die US Regierung die Verwaltung Somalia 1993 der UN übergab, hatte sie bereits mehrere fundamentale Fehler gemacht. Sie hatte die Klanoberhäupter Mohamed Farah Aideed und Ali Mahdi gegen einen anderen Kriegsherren unterstützt, und deren Macht verankert, als sie gerade angefangen hatte zu zerbröckeln. Sie erkannte nicht, dass die konkurrierenden Klanchefs bereit waren, Entwaffnungen im großen Maßstab zu akzeptieren, wenn diese unparteilich verlaufen würden. Weit davon entfernt den Konflikt zwischen den Klans zu lösen, verstärkten ihn die USA versehentlich noch.

Nach der Übergabe versuchten die pakistanischen UN-Friedenstruppen Aideeds Radiostation zu erobern, die Anti-UN Propaganda verbreitete. Der Überfall versackte, und 25 Soldaten von Aideeds Unterstützern wurden getötet. Einige Tage später eröffneten pakistanische Truppen das Feuer auf eine unbewaffnete Menge, und töteten Frauen und Kinder. Die Streitmacht der Vereinten Nationen, unter dem Kommando eines U.S.-Admirals wurden in einer Blutfehde gegen Aideeds Milizen hineingezogen.

Als die Fehde eskalierte wurden U.S.-Spezialtruppen eingeflogen, um mit dem Mann fertig zu werden, der heute von den amerikanischen Nachrichtendienste als »der Hitler von Somalia« beschrieben wird. Aideed, der mit Sicherheit ein unbarmherziger und gefährlicher Mann gewesen ist, aber andererseits auch nur einer von mehreren Klanführern, die in dem Land um die Macht wetteiferten, wurde nun für alle Probleme Somalias verantwortlich gemacht. Die UN-Friedensmission hatte sich in einem Partisanenkrieg verwandelt.Die Spezialtruppen, strotzend vor Selbstvertrauen und hoffnungslos fehlin-

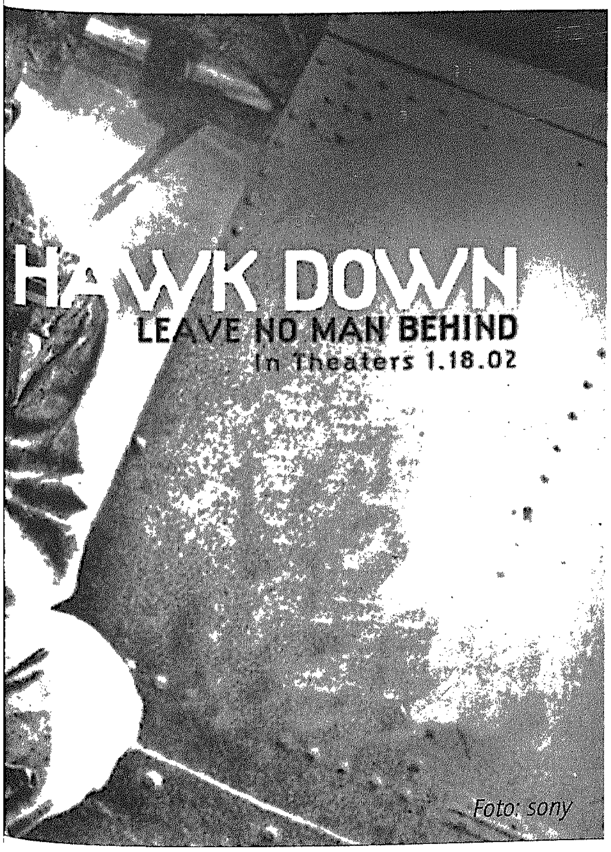


Foto: sony

formiert, überfielen in rascher Abfolge die Hauptquartiere der UN-Entwicklungsprogramme, den wohltätigen World Concern, und die Räume der Ärzte ohne Grenzen (Medecins sans Frontieres). Es gelang ihnen nicht nur Scharren unschuldiger Zivilisten und Hilfsarbeiter gefangen zu nehmen, sondern brachten es auch noch fertig darunter den Leiter der UN-Polizeitruppe festzunehmen. Aber die Farce wiederholte sich bald als Tragödie. Als einige der wichtigsten Mitglieder von Aideeds Klan sich in einem Gebäude in Mogadischu trafen, um ein Friedensabkommen mit den Vereinten Nationen zu besprechen, sprengten sie die US-Truppen – missinformiert wie immer – in die Luft und töteten 54 Menschen. So schafften sie es, sich alle Somalier zum Feind zu machen. Die Spezialtruppen wurden von allen Seiten von Schützen angegriffen. Als Reaktion darauf begannen die US-Truppen in der UN-Einrichtung Raketen auf Wohngebiete abzufeuern.

So war der Überfall auf eines von Aideeds Gebäuden am 3. Oktober 1993, die zu der Zerstörung zweier Black Hawk Hubschrauber und dem Tod von 18 amerikanischen Soldaten geführt hat, nur eine weitere Runde in Amerikas Grollwettstreit mit dem Kriegslord. Die Truppen, die Aideeds Beamte festgenommen hatten, wurden von allen angegriffen: sogar Kämpfer aus verfeindeten Milizen kamen, um die toten Zivilisten zu rächen, die von den Amerikanern getötet worden waren. Die US-Sondertruppen, aus der verständlichen aber unbarmherzigen Sorge um ihre eigene Sicherheit, sperrten somalische Frauen und Kinder in dem Haus ein, in dem sie belagert wurden.

Ridley Scott sagt, er wäre unpolitisch an das Projekt rangegangen, das sagen Menschen oft, wenn sie sich der dominierenden Sichtweise verschreiben. Die Geschichte, die er (mit Unterstützung des US-Verteidigungsministeriums und des ehemaligen Vorsitzenden des Stabsrates) erzählt, ist die Geschichte, die die amerikanischen Menschen sich selbst erzählen müssen:

Black Hawk Down erzählt, der Zweck des Überfalls vom 3. Oktober sei es gewesen, Aideeds mörderische Streitkräfte daran zu hindern, Somalia zu Tode zu hungern. Die Fehde zwischen ihm und der UN wird mit keinem Wort erwähnt, außer der anfänglichen Attacke auf die pakistanischen Friedenstruppen. Es wird nirgendwo erwähnt, dass die schlimmste Hungersnot bereits vorbei war, oder die US-Truppen schon längst aufgehört hatten ein Teil der Lösung zu sein. Die US-Geiselname, sogar die lebenswichtige Rolle der malaysischen Soldaten bei der Rettung der Rangers, wurden alle aus der Erzählung gestrichen. Stattdessen – und seit dem 11. September ist das ein vertrautes Thema geworden – war der Versuch Aideeds Untergebene zu fassen, ein Kampf zwischen Gut und Böse, zwischen Zivilisation und Barbarei.

Die Somalier in Black Hawk Down sprechen nur, um sich selbst zu verurteilen. Sie zeigen keine anderen Gefühle außer Gier und Mordlust. Ihr Erscheinen wird von einem finsteren arabischen Technosound begleitet, während die US-Streitkräfte von Geigen, Oboen und Enya-inspirierten Stimmen unterlegt sind. Die amerikanischen Truppen tragen furchtbare Wunden davon. Sie klammern sich an Bilder ihrer Liebsten, und bitten sterbend darum, ihren Eltern oder Kindern in Erinnerung zu bleiben. Die Somalier fallen wie die Fliegen, sauber getötet, entbehrlich, unbeweint.

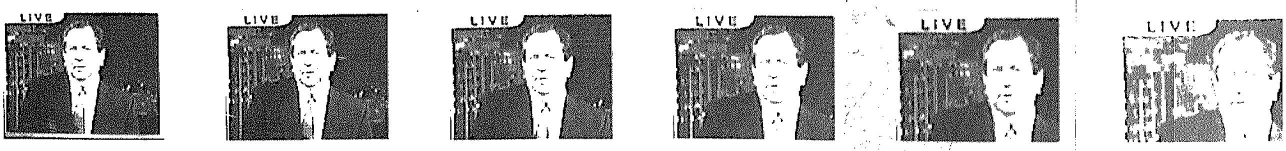
Einige haben Black Hawk Down mit dem britischen Film Zulu verglichen. An diesem Vergleich ist etwas dran, aber die Somalier hier bieten eine viel überzeugendere Personifizierung des Bösen, als die ungeschickten, kriegerischen Zulus. Sie sind finster, hinterlistig und unergründlich; eher wie die britischen Karikaturen der Chinesen während der Opiumkriege.

Was wir sowohl in Black Hawk Down als auch im gegenwärtigen Krieg gegen den Terrorismus beobachten können, ist die Schaffung eines neuen Mythos über die Nation. Amerika stellt sich selbst als Retter und gleichzeitig als Opfer der ganzen Welt dar, ein selbstaufopfernder Messias, auf einer Mission, um die Welt vom Bösen zu erlösen. Dieser Mythos enthält unberechenbare Gefahren für alle anderen auf dieser Welt.

Um das Gefühl ihres einzigartigen Kummers zu entlasten hat die US Regierung etwas angekündigt, das zu einem asymmetrischen Weltkrieg werden könnte. Es ist kein Zufall, dass Somalia an der Spitze der Liste der Nationen steht, die sie bereit sein könnten anzugreifen. Wenn dieser Krieg sich materialisiert, wird er nicht von Generälen in ihren Bunkern geführt werden, sondern von den Menschen, die eine Geschichte konstruieren, die die Nation zu glauben wünscht.

übersetzt von Dana Aldea

George Monbiot ist als Autor von »Captive State« bekannt geworden, in dem er deutlich macht wie das Big Business heute die Politik der Staaten bestimmt und kontrolliert.



Propaganda?

Nach Friedrich Kluges (Hg.) Etymologischem Wörterbuch (Berlin und New York 1989) bedeutet »Propaganda« die »gezielte Verbreitung von Meinungen, um andere in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen«. Der Begriff taucht im 19. Jahrhundert zum ersten Mal in dieser Bedeutung auf, also zeitgleich zur allmählichen Ablösung der feudalen Herrschaftsstrukturen in Europa durch moderne, demokratisch verfaßte Nationalstaaten.

In dieser Zeit findet noch ein anderer Wandel von Öffentlichkeit statt, denn in den europäischen und nordamerikanischen Staaten entstehen flächendeckend Presseorgane, die das erledigen, was vorher der Marktplatz oder andere öffentliche Orte leisteten: den Austausch sowie die Verbreitung von Informationen, Nachrichten, amtlichen Bekanntmachungen und Meinungen.

In seiner Untersuchung über die Kriegspropaganda, die die Menschen in den USA auf den Golfkrieg vorbereiten sollte, kann der libertäre Kriegsgegner und MIT-Professor Noam Chomsky auf ein frühes Beispiel kriegstreiberischer Propaganda in der US-amerikanischen Geschichte zurückgreifen: 1916 sah sich Woodrow Wilson dem Problem gegenüber, obwohl gerade erst mit dem pazifistischen Wahlslogan »Frieden ohne Sieg« zum Präsidenten gewählt, »aus nationalem Interesse« die Bevölkerung der USA auf den Eintritt in den Ersten Weltkrieg »einstimmen« zu müssen. Es wurde eigens ein »Regierungsausschuß für Propaganda«, die nach ihrem Vorsitzenden benannte »Creel-Commission«, konstituiert, welche es mit Unterstützung von Presse und Wirtschaft schaffte, die friedliebende Bevölkerung der USA innerhalb von sechs Monaten auf Kriegskurs zu bringen. Um diesen Hass und ein gewisses Überlegenheitsgefühl erzeugen zu können, wurden neben der Einschränkung zahlreicher Rechte, wie das der Meinungs- und der Pressefreiheit, den Menschen in den USA z.B. Deutschenfeindliche Lügen aufgetischt. So erfand u.a. das britische »Ministerium für Propaganda« barbarische Gräueltaten, die den »Hunnen«, wie man die Deutschen nannte, »angehängt« wurden.

Geheime Aufzeichnungen belegen, dass hinter den Aktivitäten dieses Ministeriums der Wille steckte, »die Gedanken auf der ganzen Welt zu kontrollieren. Noch spezieller, sie wollten die Gedanken der intelligenteren Teile der Gemeinschaft in den USA kontrollieren, damit diese die Propaganda verbreiteten, sich zusammenschlossen und eine pazifistische Bevölkerung in eine kriegslüsterne verwandelten. Das funktionierte. Das funktionierte sogar sehr gut. Und daraus zog man die Lehre, dass staatliche Propaganda, wenn sie von den gebildeten Schichten unterstützt und wenn keinerlei abweichende Meinung erlaubt wird, eine große Wirkung haben kann.« (Chomsky, Noam: Desinformation und der Golfkrieg. In: ders.: Die neue Weltordnung und der Golfkrieg. Grafenau 1992: 102)

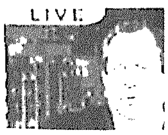
Nach dem Ersten Weltkrieg verlegte sich die »Creel Commission« darauf, die Mär von der »Roten Gefahr« zu installieren, um so die öffentliche Meinung in den USA kontrollieren zu können. Angesichts dieser »Gefahr« und ihrer »notwendigen Bekämpfung« waren die US-Bürgerinnen und -bürger im großen und ganzen bereit, auf einige Grundrechte zu verzichten. Hinter diesem Coup der Kommission stand das Interesse der herrschenden Eliten, die erstarkende Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen und einzudämmen.

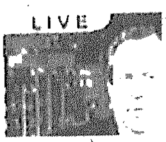
Mittlerweile ist nach Chomsky in den USA eine regelrechte »Public Relations-Industrie« herangewachsen, die bei ihrem Bemühen um Konsens bzw. um Kontrolle der öffentlichen Meinung jährlich ca. 1 Mrd. $ umsetzt.[1]

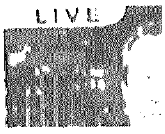
Die fünf zentralen Elemente »staatlicher Propaganda«

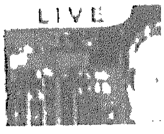
Chomsky beschreibt in der o.g. Untersuchung die folgenden zentralen Elemente »staatlicher Propaganda«:

1. die Definition und Auswahl des öffentlichen Interesses geschieht durch die Elite(n),
2. als dann findet mit Unterstützung der Medien und der Wirtschaft sowie in kulturellen Institutionen eine Art Konsensproduktion statt,
3. zudem werden passende Angst- und Feindbilder produziert,
4. bestimmte Meinungen werden in der »Berichterstattung« ausgelassen,
5. ausserdem geschieht die Bewertung von Ereignissen sowie das staatliche Handeln überhaupt unter dem Eindruck einer „selektiven Wahrnehmung".[2]









Hier stellt sich die Frage, ob das Bemühen um »Kontrolle der wilden Herde« durch die Elite(n) in den westlichen Demokratien immer so reibungslos klappt. Laut Chomsky gelingt es nie ganz vollständig, die öffentliche Meinung zu lenken, aber es gehe schließlich auch um mehr als nur darum, im Kriegsfall »Desinformation« zu betreiben: es gehe im Gegensatz zu einer »freien Gesellschaft« in der westlichen Demokratie um eine Art »selbstregulierten Totalitarismus«[3], in der die »wilde Herde« manipuliert werden und von Entscheidungsprozessen gleichsam ausgeschlossen bleiben will. So hat in der sog. »Zuschauerdemokratie« (Walter Lippmann) das Wahlvolk lediglich die Wahl zwischen dem einen und dem anderen Teil der Elite(n).

An anderer Stelle berichtet er, wie in den Medien bzw. in der Öffentlichkeit eine Art Selbstbeschränkung in der Berichterstattung und bei der Meinungsäußerung stattfindet, was er als »vorsätzliche Unkenntnis« bezeichnet.[4] Er stützt sich dabei auf die Begriffe von George Orwell, die dieser in der ursprünglichen Einleitung[5] zu seiner Parabel »Animal Farm« gebrauchte. Dort beschäftigt er sich mit den Formen, »in denen auch in freien Gesellschaften, unpopuläre Ideen zum Schweigen gebracht und unbequeme Tatsachen unter den Teppich gekehrt werden können, ohne dass dafür ein offizielles Verbot notwendig wäre. Diese üble Form der literarischen Zensur erfolgt, wie Orwell beobachtete, weitgehend freiwillig. Sie ist zum Teil Resultat einer guten Erziehung und Bildung, die für die stillschweigende allgemeine Übereinkunft sorgt, dass es unpassend wäre diese spezielle Tatsache zu erwähnen.« (Chomsky 2000: 13)

Nach der Vorstellung dieses »theoretischen Rüstzeugs« werde ich mich nun einem Beispiel zuwenden, an dem nachgewiesen werden kann, dass zumindest in der Bundesrepublik Deutschland der Demokratietyp der »Zuschauerdemokratie« vorherrscht.

Die »demokratische Propaganda« nach dem 11. September 2001

Am frühen Nachmittag (MESZ) des 11. September 2001 mußte jeder und jede, der bzw. die das Fernsehgerät eingeschaltet hatte, mitansehen, wie Selbstmordattentäter unbekannter Herkunft Jumbo-Jets von amerikanischen Luftlinien entführten und in die beiden Türme des World Trade Center (WTC) in New York lenkten. Später gelang es ihnen, eine weitere Maschine auf das Pentagon stürzen zu lassen, dem Sitz der wichtigsten militärpolitischen Behörden der USA. Während dieser Zeit wurden bereits die obersten Staatenlenker der USA in Sicherheit gebracht, denn es war noch eine vierte entführte Maschine Richtung Washington in der Luft, die aber bald, ohne ihr Ziel zu erreichen, in einem Waldgebiet nahe Pittsburgh, Pennsylvania, zerschellte. Und dann war da noch die Autobombe, die vor dem Gebäude des Aussenministeriums in Washington gezündet wurde, die aber in der Vielzahl von Horrormeldungen irgendwie »unterging«.



alle Fotos: Christian Ditsch/version

Alle TV-Sender berichteten live über das Geschehen, so dass die allermeisten Menschen zusahen, wie die beiden Türme des WTC schließlich in sich zusammenfielen und Tausende von Menschen unter sich begruben.

Sofort folgten stundenlange Sondersendungen auf allen Kanälen – alle unter dem eingeblendeten CNN-Motto: »America under attack«. Die Kirchgruppe hatte sogar ihre drei Sender SAT1, Pro7 und N24 gleichgeschaltet und zeigte den ganzen Tag dieses: Während sich im Hintergrund ca. fünfmal in der Minute die Apocalypse von New York wiederholte, berichteten links und rechts des »Spektakels« eine Sprecherin und ein Sprecher von diesem schrecklichen Ereignis. Im Vordergrund liefen zwei Textbänder in unterschiedlicher Geschwindigkeit, die sonst für die Börsenkurse reserviert sind. Da aber die Börse sofort nach den Ereignissen geschlossen werden mußte, wurden auf ihnen nun die Vorgänge des Morgens (Ortszeit) in zwei Sätzen zusammengefaßt und zudem pausenlos offizielle Stellungnahmen und Zitate

verlautbart. Das Ereignis wurde so unendlich wiederholt und definiert, bewertet, kommentiert ...

Interessanterweise gab es an diesem Tag keine Werbesendungen mehr, und im Rundfunk gerieten bestimmte Songs auf den Index, d.h. sie durften nicht mehr gespielt werden. Die Anteilnahme wurde auf unterschiedlichste Weise ausgedrückt: Viele Sportveranstaltungen wurden zunächst abgesagt, und als man am darauffolgenden Samstag wieder Fußball spielen durfte, hieß es beim FC Bayern statt der sonst üblichen Bandenwerbung: »Give Peace a chance!«; »Schumis« roter Ferrari trug eine schwarze »Trauerhaube«; in München wurde sogar darüber diskutiert, ob man die »Wies'n« heuer einfach ausfallen läßt. Trauergottesdienste, Schweigeminuten und Gedenkveranstaltungen reihten sich tagelang aneinander. Die Trauer sollte total sein. Alles, was irgendwie nach »Spaßgesellschaft« aussah, wurde »zensiert«. Entsprechend der Kommentar von Peter Scholl-Latour im ZDF als Experte für alles Islamische: »Das ist das Ende der Spaßgesellschaft!« Dies sollte nicht sein letzter Irrtum gewesen sein, aber die Zuschauerinnen und Zuschauer wurden in der Tat permanent einseitig emotionalisiert - in der ersten Phase der »Rund-um-die-Uhr-Berichterstattung« besonders intensiv.



Die rhetorische »Vergeltung«

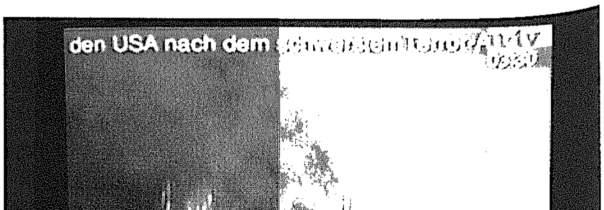
Eine der ersten Stellungnahmen war die Mutmaßung des US-Präsidenten über die Täter, die die »große Nation der USA mitten ins Herz getroffen« hätten: es seien »islamistische Terroristen«, die »von diesem Planeten zu entfernen« seien. Dieser Akt der Vernichtung einige Stunden zuvor sei der »Beginn des ersten Krieges im 21. Jahrhundert«. Aber zunächst einmal seien alle arabischen Staaten aufgefordert, sich von diesem Verbrechen zu distanzieren, denn: »Wer sich nicht distanziert, stirbt!«, wie es ein Journalist im ZDF ausdrückte.[6]

Und prompt trat auch schon ein Yassir Arafat, sichtlich verstört und vor Nervosität und aufgrund seines hohen Alters bebend, vor die Kameras und distanzierte sich: »Ich bin zutiefst geschockt. Das Geschehen ist für mich unbegreiflich, unbegreiflich, unbegreiflich!«[7] Auch die Vertreter anderer palästinensischer Organisationen beeilten sich, vor die Kameras zu treten. Dies war auch nötig, denn schon machte ein manipulierter CNN-Bericht über sich freuende Palästinenser und Palästinenserinnen irgendwo in den von Israel besetzten Gebieten die Runde. Schließlich erbrachte sogar die Taliban-Regierung in Afghanistan die geforderte Stellungnahme.

Bush, inzwischen in Fliegerjacke, fuhr in den Tagen danach fort, dass es nun in »Amerikas Neuem Krieg« darum ginge, »die amerikanischen Werte aufrecht zu erhalten«, und in Kommentaren forderten Journalistinnen und Journalisten, die USA müßten das Recht haben, sich und ihre »offene Gesellschaft« zu verteidigen und die Täter zu bestrafen. CNN »berichtete« zwei Tage nach den Anschlägen nicht mehr unter der Headline »America under attack«, sondern kündigte »America's New War« an. Das öffentliche Interesse schien also hinreichend geklärt.

Der zuvor in weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung eher unbeliebte Präsident stieg nun zur machohaften Wildwest-Ikone des US-amerikanischen »Anti-Terror-Kampfes« auf. Wendungen wie: »We want him; dead or alive!« oder »Either you're with us or you're with the Terrorists!« kamen wie in Stein gemeißelte John Wayne-Drohungen rüber – und beim us-amerikanischen »Publikum« gut an. Die Metapher von »Gut und Böse«, die Androhung eines Kreuzzuges sowie eines »neuen Kalten Krieges« gegen den »neuen Feind«, den islamischen Fundamentalismus, waren geeignet, den grössten Teil der US-Bevölkerung von der »Notwendigkeit« des bevorstehenden »Vergeltungskrieges« zu überzeugen.[8]

In der Folge konnte man einen nur vor Kriegen gekannten Patriotismus in der US-Öffentlichkeit beobachten: Innerhalb kürzester Zeit waren z.B. alle Stars-and-Stripes-Flaggen in den USA ausverkauft. Unternehmen verschenkten kleine US-Fähnchen, und alle schienen damit herumzulaufen, jedenfalls wenn man den Fernsehbildern aus diversen Nachrichtensendungen trauen kann. Nahezu alle Personen, die in der Öffentlichkeit auftraten, trugen plötzlich kleine metallene US-Sternenbanner als Anstecker am Revers. Es waren übrigens ausschließlich Männer, die vor die Kameras traten und Offizielles zu verlautbaren hatten, außer bei den nicht enden wollenden Interviews in New Yorks Straßen: dort wurden überwiegend kreischende, schockiert-heulende Frauen gezeigt. Jedoch am schlimmsten waren die Telefonate: Entweder aus dem entführten Flugzeug heraus, oder aus einem Büro des WTC; entweder auf einen Anrufbeantworter gesprochen, oder in den Hauptnachrichten zur besten Sendezeit »live und exklusiv« nacherzählt. Egal, aus welcher Perspektive, man wurde wieder und wieder »Augenzeuge« der Apocalypse. Und dann die Helden: New Yorks Feuerwehrleute und Polizisten sowie all, die freiwilligen Helfer; und nicht zuletzt die tapferen Todgeweihten, die die Flugzeugentführer daran hinderten, ihr viertes Ziel zu erreichen, und die kämpfend mit ihren Peinigern abstürzten. Mit ihrem »Heldenmut« wurde der Konsens gestiftet, den die Politiker –



und nach ihnen die Journalistinnen und Journalisten – verkünden durften. Und die letzten Zweifler und Zweiflerinnen änderten gewiß ihre Meinung unter dem in den Medien erzeugten Druck während der »heißen Phase« der angeblichen (und der wenigen tatsächlichen) Milzbrand-Attacken. Kurz nach Beginn der Bombardierung Afghanistans durch die US-Streitkräfte berichteten die westlichen Medien täglich über neue Fälle von Milzbranderkrankungen – immer rund um die Meldungen über den Afghanistan-Krieg. So wurde der Mythos von bis an die Zähne mit Chemiewaffen ausgerüsteten, mordlüsternen fanatischen Moslems erzeugt; er war in Sachen plumper Medienmanipulation nicht zu überbieten und erfüllte mit Sicherheit seinen Zweck: Alle, selbst im entfernten Europa, fühlten sich plötzlich bedroht.

Denn auch in Europa wurde eifrig am Konsens gebastelt: NATO-Generalsekretär George Robertson erklärte z.B. schon kurz nach den Anschlägen, dass »diese barbarischen Akte (...) einen nicht hinnehmbaren Angriff gegen die Demokratie« darstellten und »die Notwendigkeit« unterstrichen, »dass die internationale Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten der Allianz ihre Kräfte vereinigen, um die Geißel des Terrorismus zu bekämpfen. Täter, ihr werdet nicht davonkommen!« (activity-Verlag 2001)

Premier Blair wähnt im Terrorismus den »neue(n) Teufel der Welt. Großbritannien steht mit den Vereinigten Staaten Schulter an Schulter, um die Täter zu bestrafen. Dies ist kein Kampf der USA gegen den Terrorismus, sondern der ganzen freien Welt gegen den Terrorismus.« (a.a.O.)

Auch Bundeskanzler Schröder[9] wertete die Anschläge als »Kriegserklärung gegen die ganze Welt«[10] und korrigierte sich später: »gegen die zivilisierte Welt«. Daher gebühre »den Amerikanern unsere uneingeschränkte Solidarität«, und der Fraktionssprecher der SPD im Bundestag, Peter Struck, verstieg sich sogar zu der Äußerung: »In dieser Stunde sind wir alle Amerikaner!« und er war garantiert nicht der einzige, der so fühlte. Dies lag wohl vor allem an der nicht enden wollenden Flut von Kommentaren und Interviews, die in den Medien von Augenzeugen und -zeuginnen sowie von den Angehörigen der »Vermißten« zu hören waren. Tagelang wurde über Schweigeminuten und Solidaritätsbekundungen berichtet, die Nachrichtensendungen konnten nur noch anhand der ständig eingeblendeten Logos (ZDF:«Krieg gegen Terror«, SAT1: »Amerika schlägt zurück«, RTL: »Kampf gegen den Terror«, um nur einige zu nennen) unterschieden werden, was sehr an Orwell's düstere Zukunftsvision »1984« erinnerte. Ebenso wie der Umstand, dass die Frankfurter Rundschau seit dem Beginn des oft verharmlosend als »Luftschläge« bezeichneten »Angriffskrieges« der USA und ihrer Verbündeten täglich einen kleinen Kasten mit folgendem Inhalt abdruckt:

»In eigener Sache – Zensur
Wesentliche Informationen über die aktuellen militärischen Aktionen und ihre Folgen unterliegen einer Zensur durch diejenigen Stellen der beteiligten Konfliktparteien, von denen sie verbreitet werden. Eine unabhängige Überprüfung solcher Angaben ist der Redaktion in vielen Fällen nicht möglich. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, dies bei der Lektüre zu beachten.
Die FR-Redaktion«

Und auch die Nachrichtensprecher von ARD und ZDF wiesen in den vergangenen Wochen immer wieder darauf hin, dass die Meldungen, die auf ihren Schreibtischen landen, manipuliert sind, und dass es unmöglich sei, unabhängige Informationen zu bekommen. Jedoch hinderte sie dieser Umstand nicht daran, wenige Augenblicke später in gewohnter Weise fortzufahren, um über die angebliche Lage zu »berichten«. Über die international sehr starke Antikriegsbewegung wurde hingegen überhaupt nichts gemeldet, und der Vorfall um Ulrich Wickert zeigt, dass eben bestimmte Meinungen in den westlichen Medien nicht gefragt sind.[11] Und dass dies auch für kulturelle Einrichtungen gilt, zeigt das Beispiel eines Lehrers, der sich kritisch in aller Öffentlichkeit zum US-Krieg gegen Afghanistan äußerte, woraufhin er flugs vom Dienst suspendiert wurde – Berufsverbot![12]

Diese angsteinflößende mediale »Aufbereitung« der Ereignisse vom 11. September blieb nicht folgenlos. In der Bundesrepublik hieß es, die »Gefährdung durch islamistischen Terror« habe mit der »uneingeschränkten« Solidaritätsbekundung des Bundeskanzlers und deren Folgen sogar noch zugenommen, und es wurde der Boden bereitet für eine selbst zu »RAF-Zeiten« nie gekannte Aufrüstung im Bereich der sog. »Inneren Sicherheit«.



Gleichzeitig wuchs jedoch auch die Angst vor einem übereilten »Racheakt« der US-Regierung.[13] Doch die Beistandsbekundungen sowie die Bitten um eine »besonnene Reaktion« aus Europa und von den Tauben in den USA führten immerhin dazu, dass die US-Militärs von einem nuklearen Gegenschlag Abstand nahmen und sich auf einen »herkömmlichen Angriffskrieg« à la Golf- oder Jugoslawienkrieg vorbereiteten.[14]

Das Kriegsziel lautete offiziell, die Verantwortlichen für die Anschläge, das »Terrornetzwerk« um Osama Bin Laden, ausfindig zu machen und »auszuheben«. Bush übertrieb nicht, als er ankündigte: »Wir werden sie ausräuchern!«, und ein Kommentator des ZDF griff dies noch während einer Sondersendung in der ersten Bombennacht auf und forderte: »Holt sie aus ihren Löchern!« Müßig, zu erwähnen, dass alle Beteiligten (Eliten, Medien...) die Ideologie von »Gut und Böse«, die die US-amerikanische Regierung verbreitete, kritiklos aufnahmen und weitertrieben.

Die regierenden Eliten der NATO-Staaten definierten die Anschläge unisono als einen Angriff eines fremden Staates auf einen ihrer Verbündeten und erklärten den Beistandsfall nach Artikel 5 des Washingtoner NATO-Vertrages, der früher Verteidigungsfall (kurz: V-Fall) genannt wurde, und den sich über Jahrzehnte hinweg vermutlich alle Menschen in Europa und in Nordamerika ganz anders vorgestellt haben. Hierfür mußte die hahnebüchene Konstruktion herhalten, dass die »Verant-

wortlichen« von mindestens einem Staat »gedeckt« würden. Bush erklärte denn auch, dass die USA es sich vorbehalten würden, nicht nur die »Terroristen« auszumachen und zu bestrafen, sondern auch alle Staaten, die sie »schützten«, anzugreifen und zu »beenden« (ending states). Angesichts dieser klobigen Sprache und dessen, was sie bedeutete, kam man sich in den folgenden Tagen nun endgültig vor wie in einem schlechten Film!

Es begann nun ein Hin und Her: Bevor die NATO den V-Fall endgültig beschließen würde, sollten die USA stichhaltige Beweise für die Täterschaft des Al-Qaida-Netzwerkes vorlegen. Obwohl dies in der Öffentlichkeit nie geschah – und im übrigen auch nicht gegenüber den Taliban, die dies für eine Auslieferung Bin Ladens zur Bedingung machten[15], wurde schließlich der sog. Beistandsfall beschlossen. Somit war klar: die NATO zieht erneut in den Krieg. Nun boten fast alle NATO-Staaten den US-Streitkräften ungefragt ihre Hilfe an, jedoch wollten die USA lieber alleine über die sog. »Gegenschläge« entscheiden. Doch die USA brauchten auch die Unterstützung im arabischen Lager sowie in der gesamten zentralasiatischen Region: Nun, da alles, was irgendwie mit einem übersteigerten Islamismus zu tun hatte, zum Feindbild erklärt wurde, ließ sich innerhalb von Wochen unter äußersten diplomatischen Mühen eine sog. »Anti-Terror-Allianz« zusammenschmieden, in der die US-Regierung den Ton angibt, und in der sich neben den westlichen Demokratien auch Diktaturen und andere Unrechtsregime, Staaten, die die Menschenrechte eklatant verletzen, wiederfinden. Nie wurde dies so deutlich, als Rußlands Präsident Putin in Berlin plötzlich die Bundesregierung als neue Verbündete im Tschetschenien-Krieg präsentieren konnte, denn dort würden die Russen – seit jeher vom Westen »mißverstanden« – schon lange gegen »den Terrorismus« kämpfen.



Die militärische »Vergeltung«

Am 7. Oktober 2001, kaum ein Monat nach den Attentaten von New York und Washington, war es dann soweit: Die US-Streitkräfte begannen, Afghanistan die »dauerhafte Freiheit« zu bringen, da sich innerhalb der »Anti-Terror-Allianz« der Codename »unendliche Gerechtigkeit« für diesen brutalen Angriffskrieg doch nicht durchsetzen ließ.

Wie rund zehn Jahre zuvor während des Golfkriegs sah man vom Kriegsgeschehen nur soviel, wie die Zensurbehörden des US-Militärs preisgaben. Die ersten Bilder waren sehr undeutlich und hätten auch einem grünbeleuchteten Aquarium entstammen können. Und sie waren mal wieder gefälscht, wie das TV-Magazin Monitor beweisen konnte: ein bombardierter Schrottplatz wurde als exakt getroffener Flugzeugpark der Taliban präsentiert.[16] Dies hätte so wochenlang weitergehen können: ein »sauberer« Krieg scheinbar ohne Opfer – oder zumindest ohne »unschuldige« Opfer. Doch dann geschah für die US-Informationsstrategen der Super-GAU: Ein arabischer Sender namens Al-Dschasira sendete Bilder von den Zerstörungen der US-Bomben aus Afghanistan. Sofort war klar, dass es bald Tausende ziviler Opfer geben würde. Viele Bomben fielen auf die überlebenswichtige zivile Infrastruktur, so z.B. auf speziell markierte Krankenhäuser und Lebensmittellager des Roten Kreuzes. Spätestens seit dem Jugoslawienkrieg weiß man, dass dies eine bevorzugte Strategie der US-Streitkräfte ist, um »den Gegner« so schnell wie möglich zu zermürben. Der Begriff »Kollateralschäden« soll hierbei nur in die Irre führen!

Und ahnlich wie im Krieg um das Kosovo oder bei der Besetzung Mazedoniens i.B.a. die durch die USA ausgestatteten und trainierten UCK-Kämpfer, ließ sich die Nachricht nicht vollständig unterdrücken, dass der zum »Drahtzieher« erklärte Osama Bin Laden und die Taliban eine »Schöpfung« des CIA und des pakistanischen Geheimdienstes ISI waren, die für den Kampf gegen die in den achtziger Jahren Afghanistan besetzenden Sowjets ausgebildet und unterstützt wurden. Bin Laden war, wie die Mudjahedin und andere fundamentalistische Gruppierungen, ursprünglich eine Idee der US-Regierung. Sie sollten die zentralasiatischen Republiken destabilisieren und von der Sowjetunion abtrennen, was bis auf den »Fall Tschetschenien« auch gelang. Einige Anführer der tschetschenischen Rebellen wurden in Afghanistan ausgebildet, und es gibt von dort auch Verbindungen nach Bosnien und in das Kosovo, aber dies sei nur am Rande erwähnt.[17]

Übrigens wurden auch Lebensmittel aus den Bombern abgeworfen, angeblich um die in Afghanistan herrschende Hungersnot zu lindern. Für einen Krieg, der auch aus »humanitären Motiven« geführt wurde, schmissen die US-Flieger allerdings etwas viele Streubomben, die aufgrund ihrer Folgen international geächtet sind, da sie wie Anti-Personen-Minen wirken. Zudem sind sie leicht mit den abgeworfenen Lebensmittelpaketen zu verwechseln, aber nachdem dies durchsickerte, ordneten die Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte an, die Farbe der Lebensmittelpakete zu ändern.

Führt dies alles nicht notwendigerweise zu der Frage nach den tatsächlichen Motiven für diesen Krieg?

Der materielle Interessenhintergrund: Mal wieder Blut für Öl?

Die Kriegs- und Bombenstrategie des Westens, mit der angeblich »humanitäre Ziele« verfolgt werden, kann getrost als Chimäre bezeichnet werden. Das vorsätzliche Bombardieren der friedlichen Woiwodina durch US-Flugzeuge gleich zu Beginn des Angriffskrieges der NATO gegen Jugoslawien ist nur ein Beispiel für die Doppelzüngigkeit des »neuen militärischen Humanismus«.[18] (Durch das Bombardieren nicht-militärischer Ziele und die darauffolgenden Flüchtlingsströme sollte die Bundesrepublik Jugoslawien destabilisiert werden.) Aber noch krasser tritt dieser offensichtliche Widerspruch hinsichtlich der »Versorgung« der bombardierten und millionenfach vertriebenen Zivilbevölkerung in Afghanistan zutage – ebenfalls durch das US-Militär aus der Luft. Dabei geben die auf die Lebensmittelpäckchen aufgedruckten US-

Fahnen den entscheidenden Hinweis auf den Sinn dieser PR-Aktion.

Das Feindbild der »islamisch-fundamentalistischen Terroristen« hält die »Koalition gegen den Terror« (noch) zusammen. Wie lange? Vielleicht, bis die militärischen und die nicht zu vernachlässigenden ökonomischen Interessen des Westens offensiver verfolgt und damit offensichtlicher werden, was vermutlich erst nach den Kämpfen in Afghanistan der Fall sein wird:

- die Ausweitung der US-amerikanischen Einflußsphäre in Zentralasien aus geostrategischen Überlegungen, um den »Konkurrenten« Rußland, China und Iran zu begegnen;
- der Anti-Drogen-Kampf, der z.T. auch gegen CIA-Partner und hochrangige Mitglieder dieses sog. Geheimdienstes geführt werden müßte;
- die Ausbeutung des Erdgases, das in Afghanistan darauf wartet, gefördert zu werden;
- die Ausbeutung der zentralasiatischen Erdöl- und Erdgasfelder und der Bau von Pipelines durch Afghanistan nach Pakistan und Indien.

Seit 1998 waren die Verhandlungen zwischen der us-amerikanischen Ölindustrie und den Taliban über den Bau der Pipelines unterbrochen. (Damals war der heute amtierende Übergangspräsident Afghanistans, Hamid Karsai, Mitglied der Verhandlungsdelegation der US-amerikanischen Ölfirma Unocal.) Zum einen versuchten die Taliban, verschiedene Konzerne gegeneinander auszuspielen, zum anderen waren sie nicht in der Lage, die vollständige Sicherheit der Pipelines zu garantieren, da sie Afghanistan nur zum Teil beherrschten. Um den Verhandlungsprozeß wieder ingangzusetzen, gab es allein 2001 drei Konferenzen der Vereinigten Staaten mit den zentralasiatischen Staaten und einigen EU-Staaten, u.a. im Juli in Berlin. Da die Taliban sich weigerten, den westlichen Staaten verläßliche Zusagen über die Nutzung ihres Landes z.B. für den Transport des zentralasiatischen Erdöls Richtung Meer zu geben, drohte der US-Unterhändler dem Taliban-Regime mit möglichen Invasionsplänen seiner Regierung. Nach der Darstellung des Journalisten Pierre Abramovici erhielten daraufhin – im August – die Attentäter des 11. September ihre Befehle. Am 9. September erschossen dann einige Gefolgsleute Bin Ladens den Hoffnungsträger des Westens für ein Post-Taliban-System in Afghanistan, den als Integrationsfigur der Nordallianz geltenden Ahmed Masud.[19]

War der 11. September also eine Folge der »gescheiterten« Verhandlungen zwischen dem Westen und den Taliban – ausgelöst durch die Invasionsdrohung eines US-Unterhändlers?

Anmerkungen:

1 Vgl. Chomsky 1992: 105.

2 Vgl. Chomsky 1992: 105ff.

3 Chomsky 1992: 122.

4 Chomsky, Noam: Der Neue Militärische Humanismus. Lektionen aus dem Kosovo. Zürich 2000: 13.

5 Vgl. Chomsky 2000: 13. Dieses Vorwort blieb zunächst unveröffentlicht.

6 in einer mehrere Stunden dauernden Sondersendung am 11. 9. 2001.

7 activity-Verlag (Hg.): Amerika brennt und schlägt zurück. Aktuelle Sonderdokumentation. Ottobrunn 2001.

8 Die US-amerikanische Journalistin Ami Goodman äußerte in einer Radiosendung, dass die Massenmedien in den USA »die Kriegstrommeln rühren und deshalb abwägenden Positionen kein Platz mehr eingeräumt wird: In den USA sind Massenmedien direktes Eigentum von Großkonzernen. NBC z.B. gehört dem Waffenhersteller General Electrics, und solche Firmen profitieren vom Krieg. Außerdem, wenn Krieg vorbereitet wird, dann stellen sich die Massenmedien traditionell hinter den Präsidenten.« (zit. nach einer Sondersendung im WDR-Radio 5 vom 21. 9. 2001.)



9 In der ZDF-Nachrichtensendung heute wurde im Sommer 2001 die folgende Äußerung des Bundeskanzlers kolportiert: »Zum Regieren brauche ich nur BILD, BamS und die Glotze!« Zu Zeiten des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien bescheinigte der damalige NATO-Sprecher höchstpersönlich, der Brite »Jamie« Shea, der Bundesregierung ungeheures Geschick bei der Manipulation der »öffentlichen Meinung«: »Die politischen Führer spielten die entscheidende Rolle für die öffentliche Meinung. Sie sind die demokratisch gewählten Vertreter. Sie wußten, welche Nachricht jeweils für die öffentliche Meinung in ihrem Land wichtig war. Nicht nur Minister Scharping, auch Kanzler Schröder und Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterherrennen, sondern diese zu formen verstehen.« (zit. nach Angerer, Jo und Matthias Werth: Es begann mit einer Lüge. Film-Dokumentation ausgestrahlt am 8. Februar 2001 in der ARD.)

10 FR vom 12. September 2001.

11 Der Tagesthemen-Moderator und »Nachrichtenmann der Republik«, Ulrich Wickert, beging in seiner Sendung das »Sakrileg«, während des »Vergeltungskrieges« die Kritik der prominenten indischen Kriegsgegnerin und Schriftstellerin, Arundhati Roy, zu zitieren, die in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) veröffentlicht wurde. »Wer ist Osama Bin Ladin aber wirklich? (...) Er ist das amerikanische Familiengeheimnis. Er ist der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten. Der brutale Zwilling alles angeblich Schönen und Zivilisierten. (...) Nun, da das Familiengeheimnis gelüftet ist, werden die Zwillinge allmählich eins und sogar austauschbar. Ihre Gewehre und Bomben, ihr Geld und ihre Drogen haben sich eine Zeit lang im Kreis bewegt. (...) Inzwischen werden sich die beiden auch in der Sprache immer ähnlicher. Jeder bezeichnet den anderen als ‚Kopf der Schlange'. Beide berufen sich auf Gott und greifen gern auf die Erlösungsrhetorik von Gut und Böse zurück. Beide sind in eindeutige politische Verbrechen verstrickt. Beide sind gefährlich bewaffnet – der eine mit dem nuklearen Arsenal des obszön Mächtigen, der andere mit der glühenden, zerstörerischen Macht des absolut Hoffnungslosen. Feuerball und Eispickel. Keule und Axt. Man sollte nur nicht vergessen, dass der eine so wenig akzeptabel ist wie der andere.
Präsident Bushs Ultimatum an die Völker der Welt – »Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für die Terroristen« – offenbart eine unglaubliche Arroganz. Kein Volk will diese Wahl treffen, kein Volk braucht diese Wahl zu treffen und keines sollte gezwungen werden, sie zu treffen.« (FAZ vom 28. September 2001: 49f.)

12 Vgl. Drücke, Bernd: Feindbild Antimilitarist. Ein GWR-Interview mit dem vom Dienst suspendierten Lehrer Bernhard Nolz. In: graswurzelrevolution Nr. 265, Münster 2002: 3.

13 Diese Befürchtung war immer wieder in Interviews geäußert worden, die in den Tagen nach dem 11. September 2001 in TV und Radio gesendet wurden.

14 In der Presse war kurz nach den Anschlägen zu lesen, dass sich die US-amerikanische Regierung zunächst »alle Optionen für einen Gegenschlag« offenhielt.

15 Interessant ist noch ein Vorfall, der sich ca. eine Woche vor Beginn der Luftangriffe durch die USA ereignete: Die Taliban boten der »Anti-Terror-Koalition« an, Bin Laden an ein Drittland auszuliefern, jedoch die Briten konterten, dass selbst dies nichts nützen und einen Krieg nicht verhindern würde.

16 Vgl. den entsprechenden Bericht der ARD-Sendung Monitor vom 8. November 2001.

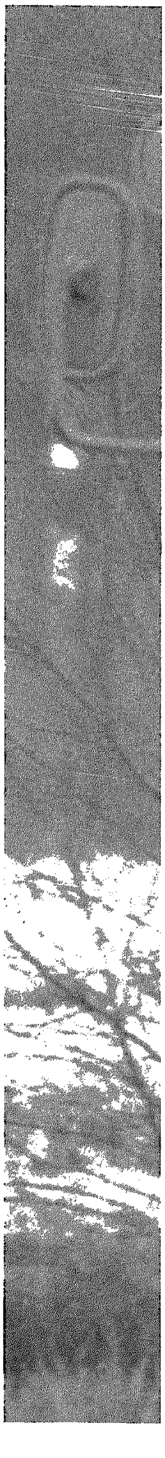
17 Vgl. Chossudovsky, Michael: Osama bin Laden – Der gelehrige Schüler der USA. Hintergrundinformationen zur US-Politik in Afghanistan. In: GEHEIM Nr. 3/2001. Köln und Hamburg: 9-12.

18 Vgl. Chomsky 2000: 54ff.

19 Vgl. Abramovici, Pierre: Erdölkonsortien, Geheimdienste und Internationale Vermittler. Dubiose Kontakte zwischen Washington und den Taliban. In: Le Monde diplomatique vom 11. Januar 2002: 6f.

von Tobias Pflüger
(Informationsstelle Militarisierung (IMI e.V.)

Kommand



Es war eine Frage der Zeit, bis die Information bestätigt würde, daß auch deutsche Elitekampfsoldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) aus Calw an den Kämpfen der US-Armee in Afghanistan beteiligt sind. Nur der Zeitpunkt der Bestätigung kam für viele überraschend. Die US-Armee startete Ende Februar ihre größte Offensive seit dem Kriegsbeginn am 7. Oktober 2001. (Damit wurden auch all jene Lügen gestraft, die schon in der Vergangenheitsform vom Afghanistankrieg sprachen.) Im Südosten Afghanistans an der Grenze zu Pakistan in der Provinz Paktia bei der Stadt Gardes starteten Truppen der USA ein umfangreiches Bombardement, dabei seien bisher bis zu 200 »versprengte Taliban- und El Kaida-Kämpfer« und ca. 7 US-Soldaten getötet worden. Die US-Truppen testeten dabei ihre neue »Thermobaric«-Bomben. Der offizielle Name ist »BLU-118/B«, sie soll »extrem zielgenau« sein und dringe besonders tief in Höhlenkomplexe ein. Dort entzündeten sich mit Benzin gefüllte Sprengköpfe. Diese explodierten mit gewaltigen Feuerbällen. Damit würden sie den Sauerstoff aus dem Höhlenkomplex förmlich aufsaugen. Wer nicht durch die Explosion selbst getötet werde, sterbe einen erbärmlichen Erstickungstod.

Geheimer Kampfeinsatz des Kommando Spezialkräfte

Nach Angaben des Pentagon waren an den Bodentruppenkämpfen zwischen ca. 3.000 »sich neu organisierenden Taliban- und El Kaida-Kämpfern« einerseits und der Terrorallianz andererseits auf US-Seite auch Spezialtruppen aus Australien, Kanada, Dänemark, Deutschland, Frankreich und Norwegen beteiligt. Der oberkommandierende Heeresgeneral Tommy Franks wird wie folgt in Erklärungen des Pentagon zitiert: »He said U.S. forces are joined by a like number of Afghan fighters and about 200 special operations troops from Australia, Canada, Denmark, Germany, France and Norway«. Außerdem bombardierten auch erstmals neben britischen und usamerikanischen Flugzeugen französische Flugzeuge.

Der deutschen Bundesregierung war die offizielle Mitteilung aus den USA nicht recht, der Einsatz der KSK-Soldaten sollte geheim bleiben. Der Sprecher des »Verteidigungsministeriums« Franz Borkenhagen meinte, es sei »außerordentlich sinnvoll, derartige Operationen mit entsprechendem Schutzgrad zu versehen«. Er kritisierte die US-Militärs und US-Regierung offen:

»Der Informationsbeitrag in den Vereinigten Staaten wäre meiner Meinung nach nicht notwendig gewesen«. Es sei falsch, daß der Einsatz »deutscher Kräfte in diesem Rahmen zum heutigen Zeitpunkt« bekannt gegeben würde.

Was die KSK-Soldaten in Afghanistan genau machen, erfuhr man aus Norwegen: Dort sagte der norwegische Stabssprecher Dag Aamoth zur Kriegsoffensive: »Die norwegischen Spezialeinheiten nehmen an andauernden Kampfhandlungen teil, bei denen Einheiten der Koalition versuchen, mehrere hundert Mann der El Kaida niederzukämpfen. Es handelt sich um eine koordinierte Operation von Luft- und Bodentruppen, die zähen Widerstand zu überwinden haben.« Daran sind also auch die deutschen KSK-Soldaten beteiligt. In einem kargen Nebensatz bestätigte dies auch Rudolf Scharping: »In laufenden Operationen werden Spezialkräfte eingesetzt«.

Nebelbomben für und gegen die Presse

Nebenbei wurden für die Presse noch Nebenbomben geworfen: Rudolf Scharping: »Wir haben sanitätsdienstliche Unterstützung geleistet, damit Soldaten von (dem Militärflughafen) Bagram nach Kabul kommen konnten«. Also ein weiterer Einsatz, der von den konkreten Kampfteilnahmen der KSK-Soldaten mal wieder ablenken sollten.

Ausführlich beschäftigte sich der Minister mit angeblichen oder tatsächlichen Drohanrufen bei Familien von KSK-Soldaten. Er bezeichnete Anfragen von Journalisten als »widerliches Verhalten«, die wohl versucht hatten, an Informationen über die KSK-Einsätze zu gelangen. Einige Familien von KSK-Soldaten hätten mit neuen Identitäten ausgestattet werden müssen. Zuvor hatte das »Verteidigungsministerium« über befreundete Medien wie die »Welt am Sonntag« eine Story von einer »Hysteriewelle« in Calw gegen Angehörige von KSK-Soldaten lancieren lassen.

Die politisch-militärische Führung produziert allerdings mit ihrer Geheimniskrämerei über die Einsätze des Kommando Spezialkräfte geradezu solche »Zustände«, wie sie die Welt am Sonntag beschreibt.

(Als jemand, der derzeit ebenfalls täglich mehrere Anrufe von Journalisten in Sachen KSK bekommt, kann ich dazu nur folgendes sagen: Unser Interesse ist die politische Bewertung und Kritik an der Existenz und den

o Spezialkräfte auf Terroristenjag

Foto: Christian Ditsch/version



konkreten Aktionen der Elitekampftruppe KSK. Für einen Teil der Journalisten steht wohl die Sensation des Geheimen im Vordergrund. Diese Journalisten wollen vor allem Kontakt zu (auch ehemaligen) KSK-Soldaten oder deren Angehörigen. Zwar liegen hierzu auch bei uns einige Informationen vor, wir haben jedoch kein Interesse, diese weiterzugeben. Für alle Journalisten, insbesondere diejenigen, die auch über die politische Kritik am KSK berichten wollen, stehen wir weiterhin selbstverständlich für Informationen, Berichterstattung aber auch Hintergrundgespräche zur Verfügung.)

Informationspolitik der Bundesregierung oder wachen die schlafenden Parlamentarier auf?

Parteivertreter von CSU bis PDS haben sich über die Informationspolitik der Bundesregierung in Sachen Bundeswehreinsätze und Einsätze des Kommando Spezialkräfte beklagt. Es hieß, der KSK-Einsatz sei nicht vom erteilten Mandat des Bundestages gedeckt. Den aufwachenden (?) Parteivertretern sei noch einmal die Lektüre des Bundestagsbeschlusses vom 16.11.2001 empfohlen. Darin wurde u.a. der Einsatz »ca. 100 Spezialkräften« freigegeben.

In unserer damaligen Analyse des Beschlusses haben wir darauf hingewiesen, daß der Bundestag der Bundesregierung für mindestens ein Jahr für den Einsatz von 3.900 konkret benannten Bundeswehr-Soldaten freie Hand gegeben hatte. Aktionen der Bundeswehr auf einem Drittel des Globus (»Einsatzgebiet ist das Gebiet gemäß Art. 6 des Nordatlantikvertrags, die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete«) in allen Optionen von sogenannter humanitärer Hilfe bis hin zum reinen Kampfeinsatz wurde zugestimmt.

Die ergänzende unverbindliche Protokollerklärung, die insbesondere zur Beruhigung von bündnisgrünen und linkssozialdemokratischen Gewissensbissen mit verabschiedet wurde, war schon damals politischer-militärischer Unsinn: Die Protokollerklärung umfasste einige Lügen: Die Aussage: »Dabei umfasst die Aufgabe der Spezialkräfte polizeilich-militärische Aufgaben wie z.B. Geißelbefreiung, Verhaftungen etc.« ist für Kenner des KSK sichtlich falsch, da es keine militärischeren Einsätze als die des KSK gibt. Auch die Aussage, daß der Einsatz deutscher Soldaten unter deutschem Kommando stattfände, war eine kalkulierte Lüge: Sowohl die deutsche Marine am Horn von Afrika als auch das KSK kämpfen derzeit unter us-amerikanischem Kommando.

Leider haben viele Parlamentarier aufgrund der Koppelung mit der Vertrauensfrage nicht begriffen oder begreifen wollen, über welch umfassende »Kriegsermächtigung« sie abgestimmt haben. Leider sind die KSK-Einsätze in Afghanistan vom Bundestagsmandat gedeckt. Voraussetzung ist allerdings, daß es tatsächlich 92 und nicht 200 sind, wie die Plaudertasche Helmut Wieczorek (Vorsitzender des Verteidigungsausschusses) behauptet.

Mit dem Einsatz des KSK ist seit dem 07.11.2001 zu rechnen gewesen. (»Zumindest die KSK- und DSO-Truppen werden sich ziemlich sicher direkt am Krieg beteiligen«, heißt es in unserer damaligen Analyse.) Seit November beteiligen sich die KSK-Truppen zuerst durch ‹bungen in Oman und im Iran und dann kämpfend in Afghanistan am Terrorkrieg.

Illegale Aktionen des Kommando Spezialkräfte

Die US-Truppen agieren bei ihrem Terrorkrieg in Afghanistan ja so, daß sie nur »wenn notwendig« Gefangene machen. Die Zahl der getöteten Zivilisten übersteigt nach Angaben von Marc Herold (Universitätsprofessor in New Hampshire) inzwischen sicher die 3.000er Grenze. ‹ber die getöteten örtlichen Kämpfer werden wir wohl entweder nie oder sehr spät (vgl. Golfkrieg 2) etwas erfahren. Die Gefangenen die die US-Truppen doch machen, werden nicht - wie im Völkerrecht und Kriegsvolkerrecht festgeschrieben - als Kriegsgefangene behandelt, sondern als sogenannte »unrechtsmäßige Kämpfer« festgehalten und zum Teil nach Guantanamo auf Kuba gebracht. Sollten die KSK-Truppen den ihnen zugeschriebenen Auftrag ernst nehmen (gegen El-Kaida- und Taliban-Kämpfer Krieg zu führen und diese »wenn nicht anders möglich«, gefangenen zu nehmen), handeln sie bei ‹bergabe von Gefangenen an die US-Truppen offen rechtswidrig. Wollten sie nach dem Kriegsvölkerrecht handeln, müßten die KSK-Soldaten ihre Einsätze sofort beenden. So bleibt abschließend nur festzustellen: die KSK-Soldaten führen Krieg in Afghanistan mit vollem Mandat des Bundestages und der Bundesregierung und mit einem illegalen, völkerrechtswidrigen Auftrag: Deutsche Militärpolitik 2002

Vom Fischerchor zum Fischerl

Redebeitrag von Dr. Bernd Drücke auf der Demonstration gegen Krieg und Militarismus am 1.12.2001 in Münster.

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich fange an mit zwei aufschlussreichen Zitaten. Arundhati Roy, die bekannteste lebende Autorin Indiens, schrieb am 15. November 2001 folgendes:

»Terrorismus ist das Symptom und nicht die Krankheit. (...) Wir können den Terrorismus nicht bekämpfen, indem wir uns an ihm beteiligen. Auf einen terroristischen Akt mit einem kriegerischen Akt zu antworten, bedeutet in einer seltsamen Weise ihn zu ehren. (...) Ich bin nicht gegen den Krieg in Afghanistan, weil ich vom Wesen her antiamerikanisch oder für die Taliban bin, sondern weil ich grundsätzlich gegen Gewalt bin.«

Einen Tag später, am 16. November, schenkten Grüne und SPD im Deutschen Bundestag Kanzler Schröder das Vertrauen und stimmten zugleich dem Kriegseinsatz von 3.900 Soldaten der Bundeswehr zu. Die Grüne Antje Vollmer begründete ihre Zustimmung folgendermaßen: »Mein Ja war eigentlich ein Nein.« Besser kann man diese Verlogenheit kaum ausdrücken. Dass die an die »Vertrauensfrage« gekoppelte Zustimmung zum Kriegseinsatz der Bundeswehr im Bundestag Jubel erzeugte ist schockierend. Es ist bezeichnend dafür, dass dieses Kleben der ParteipolitikerInnen an der Macht den Blick für die Tragweite eines Kriegsbeschlusses vernebelt.

»parteien sind zum schlafen da und zum schrecklichen erwachen«

So beschrieb 1968 die libertäre Berliner Zeitung agit 883 einen Sachverhalt, an dessen Richtigkeit sich bis heute nichts geändert hat. Die Grünen haben 1998 u.a. mit der programmatischen Erklärung »deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik« pazifistisch und antimilitaristisch denkende Menschen an die Wahlurnen geholt. Aber grüne Friedenspolitik ist Kriegspolitik. Das war 1999 so, als sie den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien (mit-) führten. Das ist jetzt so, wenn sie wie am 25.11.2001 mit rund 80% ihrer Parteitags-Delegierten eine militärische Beteiligung der Bundeswehr am Rachefeldzug des Todesstrafenkönigs George W. Bush zustimmen. Damit die grünen Parteisoldaten ihre Pöstchen behalten können, ist der zum Fischerkorps mutierte Fischerchor bereit über Leichen zu gehen. Und es werden nicht nur afghanische Leichen sein. Denn Bush hat erklärt es werde ein »langer Krieg gegen den Terror«. Das nächste Opfer zur Ankurbelung der Kriegswirtschaft wird voraussichtlich der Irak sein, vielleicht auch Somalia, der Sudan oder irgendein anderer »Schurkenstaat«. Hauptsache die Rüstungsindustrie und die Ölmultis, die George W. Bush schließlich an die Macht gebracht haben, verdienen sich eine goldene Nase und er kann als »Starker Mann« innenpolitisch punkten. Bei diesem Krieg geht es nicht zuletzt um eine hegemoniale Neuaufteilung der ölreichen Region. In der ehemaligen Sowjetrepublik Usbekistan sind bereits US-Soldaten stationiert, in weiteren Ländern sollen demnächst US- und andere NATO-SoldatInnen stationiert werden. Und wenn die erst mal da sind, dann bleiben sie und sichern den Einfluss des Westens. Das zeigt das Beispiel des ölreichsten Landes der Welt: In Saudi-Arabien sind seit 1990 US-Truppen, die eigentlich nach dem Golfkrieg wieder abziehen sollten, stationiert.

Nicht nur aus Bündnistreue zum großen Bruder USA, sondern auch, weil Deutschland ein Stück vom Kuchen abhaben möchte, sind deutsche »Krisenreaktionskräfte« diesmal mit dabei.

Aber zurück zu den Parteien. Warum regt sich kaum Widerstand gegen die Remilitarisierung und Kriegspolitik? Weil die Menschen den Parteien immer noch glauben? Weil sie 1998 ihr Kreuzchen gemacht haben und sich den erwählten Volksvertretern irgendwie verpflichtet fühlen? Weil sie die ständig wiederholten Fernsehbilder der Terroranschläge vom 11. September vor Augen haben, aber - dank perfekter Kriegsberichterstattung - die Opfer der neuen Kriege nicht zu Gesicht bekommen? Weil sie sich deshalb nicht betroffen fühlen, wenn Menschen massenhaft getötet werden? Aus Parteiräson? Aus Staatsräson? Aus Resignation? »Weil wir ja doch nix tun können«?

Oh doch, wir können und wir müssen etwas tun, wenn unsere Kinder nicht in einer lebensfeindlichen Welt aufwachsen sollen, in der Krieg, Terror und die »Auge um Auge«-Ideologie Alltag sind.

Auch der Vietnamkrieg war »ein langer Krieg«. Er ging für die US-Regierung vor allem an der »Heimatfront« verloren. Einer anfangs kleinen außerparlamentarischen Friedensbewegung in den westlichen Ländern gelang es die Stimmung in der Bevölkerung zu beeinflussen hin zu einer Anti-Kriegs-Mehrheit. Dies steht nun wieder an. Und wir werden einen langen Atem brauchen um den Menschen klar zu machen, dass Krieg Terror ist; dass Krieg keine Lösung sondern die Saat für weiteren Terror ist; dass die unschuldigen Opfer der US-amerikanischen Streubomben in Afghanistan (und demnächst da oder dort) ebenso Menschen sind, wie die unschuldigen Opfer der Terrorangriffe am 11. September in Washington und New York.

Das Recht auf Leben muss für alle Menschen gelten. Dies muss von uns, einer sozialen Bewegung von unten, durch den »Druck der Strasse« durchgesetzt werden. Lasst uns Sand streuen in den Motor der Kriegsmaschine.



Schneller höher stärker

Olympia 2012, Eintracht Fraport und der Flughafenausbau – Metropolenkonzepte für die Rhein/Main-Region

Von Rolf Engelke

Foto: Archiv

Sportmetaphern haben eine lange Tradition, wenn es gilt, vermeintliche Grundkonsense für Politik und Ökonomie zu popularisieren. In einem Interview mit der Extra-Nummer (Sommer 2000) von »Start frei« – einem Werbeblättchen des Flughafenbetreibers für »seine Nachbarn« in der Region – gab der damalige Trainer von Eintracht Frankfurt, Felix Magath, angeblich folgende fundamentale Erkenntnis aus der Welt des Sports zum besten. Auf die Frage: »Wie beurteilen Sie die Pläne, den Flughafen Frankfurt auszubauen?«, wurde Magath die Antwort in den Mund gelegt: »Genau wie sich die Eintracht ständig auf neue Gegebenheiten einstellen muss, muss auch der Flughafen mit der Zeit gehen. Unsere Konkurrenten heißen Schalke 04, Borussia Dortmund oder Bayern München – die des Flughafens Amsterdam, London und Paris. Wenn man da den Anschluss verpasst, ist man ganz schnell in der 2. Liga.« Magath musste bald nach dieser »Meinungsäußerung« seine Trainerkoffer in Frankfurt packen; mittlerweile spielt die Eintracht – zu allem Unheil auch noch gesponsert durch Fraport – wirklich in der 2. Bundesliga. Konkurrenten sind nicht mehr die großen Münchner Bayern, sondern SV Babelsberg, FC Schweinfurth und Mainz 05, und selbst die in Frankfurt meist ungeliebten Offenbacher Kickers sind bedrohlich nah auf den Pelz gerückt.

Einmal ernstgenommen: Lag Magath mit seiner Wahrnehmung über den Gang der Dinge – im harten Geschäft des Profifußballs wie in der Geschäftswelt überhaupt – trotz des sportlichen Desasters, das ihn und seine Eintracht wenig später traf, wirklich »voll daneben«? Oder zielte er doch auf weit verbreitete Stimmungen in der Region? Das Selbstbild des hart kämpfenden und trotz übermächtiger Gegner nie verzagenden »Praktikers« aus dem Wirtschaftsleben dürfte Magath zumindest doch recht genau getroffen haben. Und für die Ideologen und PR-Agenturen, die am politischen Konsens für den geplanten Flughafenausbau arbeiten, gehört das Bild von Frankfurt, das als etwas zu klein geratener »global player« im Überlebenskampf gegen die nie ruhende Konkurrenz der realen europäischen Weltstädte London und Paris steht, zweifellos zu den wirksamsten Spots.

Der kapitalistische Kern der Metropole

Tatsächlich muss Frankfurt am Main – die Kernstadt der Rhein-Main-Region – heute mit einiger Berechtigung als »europäische World City der ersten Ordnung« begriffen werden. Insbesondere als »Knotenpunkt« im internationalen Finanzgeschäft und dessen hier konzentrierten Steuerungsfunktionen wird Frankfurt von Stadtsoziologen mittlerweile »global city«-Status zuerkannt. Die traditionelle Rolle der Stadt als Handelsort am Fluss mit Messe, Börse und Banken hat sich im Laufe der letzten 20 Jahre dahingehend gewandelt, dass Frankfurt sich vom Finanzzentrum der BRD – bereits um 1950 als heimliche »Wirtschaftshauptstadt« der BRD bezeichnet –

zu einem »Entscheidungszentrum innerhalb der internationalen Ökonomie« entwickelt hat. »Hier wird die deutsche Ökonomie gemacht«, so der Soziologe Roger Keil, hier werden strategische Entscheidungen der europäischen Politik konzipiert und exekutiert (Europäische Zentralbank) und mit der globalen Ebene koordiniert. Frankfurt hat sich also zu einem der strategischen Orte entwickelt, von denen aus »die weltweiten Kapitalkreisläufe und industriellen Produktionsprozesse koordiniert werden.« (Ronneberger, Weltstadt und Quartier, S. 99).

Die materielle Basis für diesen Entwicklungssprung Frankfurts zur world city trotz relativ geringer Einwohnerzahlen von Stadt plus Region im Vergleich mit den europäischen Konkurrenten (London, Paris) oder gar den internationalen Mega Cities (New York, Los Angeles, Tokio, Hongkong, Sao Paulo...) liefert die in Frankfurt konzentrierte Zitadellenökonomie: »Eine vom Finanzsektor beherrschte Dienstleistungsökonomie, global vernetzt durch Börse, Messe und Flughafen, bildet die Basis für die fortschreitende Verflechtung Frankfurts in den Weltmarkt.« (Noller/Ronneberger, Die neue Dienstleistungsstadt, S. 66) »Zitadelle« ist dabei weniger ästhetische Metapher; sie umfasst als Begriff nicht primär die beeindruckende Frankfurter Metropolen-Skyline der Bankentürme, der Messe- und Hotelhochhäuser mit ihren verspiegelten Fassaden. Als Zitadelle ist der Ort weltweiter politisch-ökonomischer Interventionen zu begreifen, ein Ort, der sich gegen das »gemeine« Publikum abschottet; von hier aus werden Attacken gegen die Konkurrenten geplant und organisiert. Hier finden Übergabeverhandlungen statt und zu guter Letzt hofft man hier »Siege« zu feiern – über die konkurrierenden Metropolen wie über unterworfene »Sozialpartner«.

In Frankfurt basiert die Zitadellenökonomie (nach Noller/Ronneberger bzw. Ronneberger/Keil) in ihrem Kern auf

* der »Kapitalfabrik«, den über 420 Kreditinstituten, davon über 270 ausländische (Stand von 1994); die Stadt weist damit die höchste Bankenkonzentration des europäischen Festlands auf und hat selbst Paris in dieser Hinsicht hinter sich gelassen. Mehr als die Hälfte des deutschen Geld- und Kapitalverkehrs wird hier abgewickelt;
* der im Zeitalter von shareholder value wachsende Bedeutung gewinnenden Börse, die – in noch nicht endgültig geklärter Weise – mit der Londoner Börse kooperieren wird;
* einem eher postindustriellen Distrikt, den »unternehmensorientierten Dienstleistungen«, konzentriert um Banken, Flughafen und Messe, über 200 Agenturen und Unternehmensberatungen, außerdem Marktforschungsinstitute, überregional agierende Immobilienmakler sowie weitgehend global orientierte, hoch spezialisierte Anwaltskanzleien;
* einer »kapitalen Fabrik« klassischer Art, der in der Region ansässigen und besonders auf den Weltmarkt hin orientierten Industrie mit fortgeschrittener technologischer Basis: Computer- und Softwarebetriebe, Elektrotechnik, Maschinen- und Anlagenbau, nicht zuletzt und immer noch, wenn auch von abnehmender Relevanz, Chemie und Automobilbau.

Das »internationale Erfolgsmodell« von Frankfurt fußt außerdem auf einer fortschreitenden Integration der gesamten Rhein-Main-Region von Aschaffenburg bis Bad Kreuznach, die u.a. mit einem Set von global operierenden Unternehmen der Logistik-Branche die Ökonomie der global city komplettiert. Mit allein 80 High-Tech-Unternehmen und 30.000 Arbeitsplätzen bei nur 20.000 Einwohnern ist die Gemeinde Eschborn »Musterdorf« an der Peripherie der Kernstadt, so dass das Schlagwort von der »Eschbornisierung« der Region die Runde macht (FR, 16.11.2001). Diesen Sachverhalt umschreibt auch der Begriff der polyzentralen Metropolenregion, kreiert von dem überregional agierenden Architekturbüro um den »Meisterplaner« Albert Speer jr., den die politische Elite Frankfurts bemüht, um so manche Nachteile ihrer offensichtlichen Provinzialität ausgleichen.

Auf der politisch-planerischen Ebene existiert die anvisierte »Metropolenregion« aber erst in äußerst bescheidenen Ansätzen und ist in ihrer konkreten Ausgestaltung immer noch Gegenstand kontroverser, recht provinzieller Debatten, in denen sich Lokalfürsten gegen ihre Vereinnahmung durch die Herren der Zitadelle zur Wehr setzen. Von den europäischen Welt-



Foto: Jan Jacob Hofmann



städten London oder Paris ist Frankfurt heute jedenfalls noch fast ebenso weit entfernt wie der Stadtpark von Eschborn vom Jardin du Luxembourg. Aber: »Hochstapeln ist in unserer kleinen Möchtegern-Metropole zur zweiten Natur geworden« (Peter Bartelheimer, S. 73).

Durch ein besonders hohes Maß an (Selbst-)Überschätzung der »Möchtegern-Metropole« fielen dabei schon in den 80er Jahren die damaligen grün-alternativen, kulturellen Eliten auf. Die Selbstinszenierung ihres – untergegangenen – Sponti-Stadtblättchens »Pflasterstrand« als »Metropolenmagazin« sollte (halb-)ironisch den eigenen Anspruch auf Gestaltung der vermeintlichen Weltstadt programmatisch anmelden. In der Präambel der Frankfurter rot-grünen Koalitionsvereinbarung von 1989 endlich konnten sie den »Metropolenmythos« definitiv zum Minimalkonsens für jede künftige Kommunalpolitik Frankfurts festschreiben, der seitdem von den herrschenden urbanen Eliten getragen wird: »Die internationale europäische und multikulturelle Metropole Frankfurt, Ort einer liberalen bürgerlichen Tradition, (...) Zentrum einer intellektuellen Avantgarde, wagt heute einen neuen Weg in die Zukunft, der lebendige Traditionen und die Moderne miteinander verbindet.« (nach Bartelsheimer, ebd.).

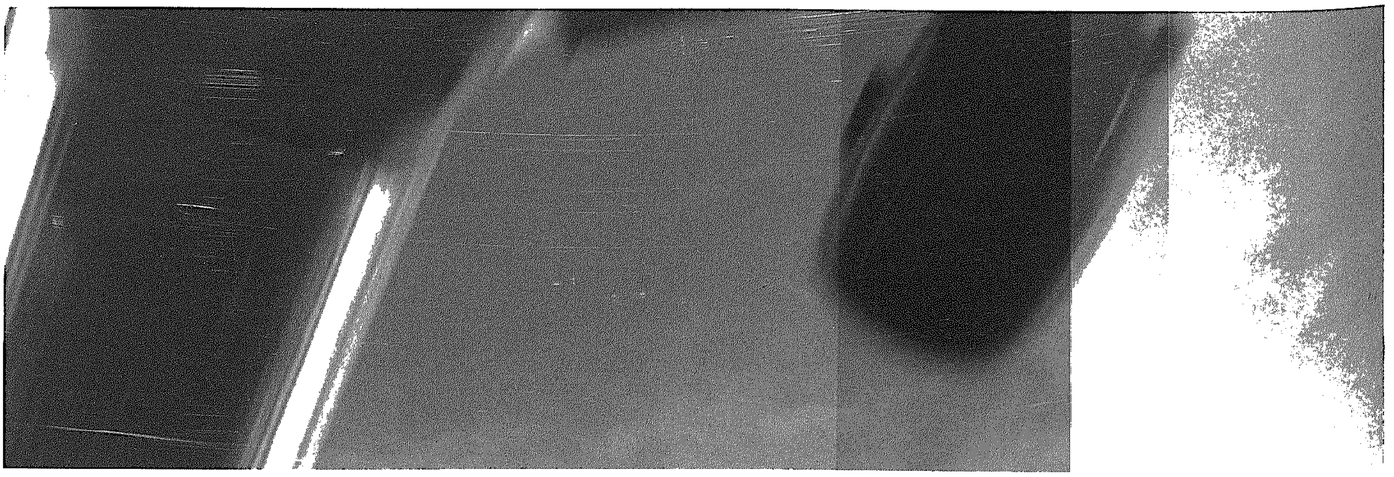
Mit diesem schon beinahe bizarren Metropolenpathos setzten sich die rot-grünen Gestalter Frankfurts deutlich von ihrer Vergangenheit als 68er-«out-casts« und fundamentale Kritiker der herrschenden Verhältnisse ab, die das »unwirtliche« Mainhattan immer mit Namen wie »Bankfurt« oder »Krankfurt« belegt hatten. Aber auch wenn die Luftballons der metropolitan ambitionierten Frankfurt-Macher schon immer viel (heiße) Luft enthielten, der Mythos der von den politischen wie den kulturellen Eliten beschworenen »boomenden Metropole Frankfurt-Mainhattan« hat auch einen realen materiell-ökonomischen Gehalt: das konzentrierte ökonomische Potenzial der Region.

Headquarter-Ökonomie und Flughafenausbau

Die Bedeutung der Zitadellenökonomie, von Stadtsoziologen im Hinblick auf die Unterwerfung der Region unter Verwertungskriterien der globalen Ökonomie kritisch analysiert, wird von Seiten der herrschenden Elite zum Non-plus-ultra jeder weiteren positiven gesellschaftlichen Entwicklung stilisiert: »Von entscheidender Bedeutung ist schließlich die Rolle Frankfurts und der Region als 'Headquarter' großer, vor allem international operierender Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen«, so der langjährige Frankfurter IHK-Präsident und Flughafenausbau-Mediator Niethammer (FR, 23.7.1995). Und er fügt hinzu: Diese Betriebe seien »ganz überwiegend nicht zuletzt deshalb hier, weil der Frankfurter Flughafen die erforderlichen Verbindungen bietet.« Wenn bei der Niethammer'schen Bewertung (auch) dessen Position als PR-Manager eben dieser Zitadellenökonomie in Rechnung zu stellen ist, so ist gleichwohl der Flughafen Rhein-Main realer Bestandteil des kapitalistischen Headquarters – und zwar nicht der unwesentlichste. Der Flughafenkomplex ist mit seinen ca. 60.000 Arbeitsplätzen gleichermaßen nationaler wie internationaler Verkehrsknotenpunkt - »Gateway to Global Markets« - und selbst wichtiger Standort für international operierende Unternehmen, darunter v.a. Betriebe, die kontinuierlich auf internationale Geschäftsbeziehungen angewiesen sind, wie Touristik, Unternehmen im Logistikbereich oder europäische Vertriebs- und Servicezentralen (nach Noller/Ronneberger, S. 67f).

Bei den politischen Repräsentanten gilt der Luftverkehr wegen seiner expansiven globalen Dynamik – seit Jahrzehnten steigende Fracht- und Fluggastzahlen – als synonym für Fortschritt überhaupt: »Neben dem Internet erscheint das Flugzeug als zentrales Sinnbild der Globalisierung. Es symbolisiert weltweite Mobilität als ein neues Kennzeichen ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Strukturen.« (Sack, S. 293). Die Zukunft der hessischen Metropole und deren ökonomischer Basis ohne Airport und Airportwachstum sieht beispielsweise der hessische Ministerpräsident Roland Koch ganz düster, Rhein-Main total im Abseits: »Das Entwicklungszentrum der Opel AG oder die Bankenstadt Frankfurt haben ohne einen sich weiter entwickelnden Flughafen keine Zukunft. Frankfurt wird zum Beispiel nur mit einem Top-Flughafen zu einem Internet-Zentrum, ohne ihn geht die Entwicklung an dieser Stadt vorbei.« (Interview mit R. Koch in »Start frei« extra, Herbst 2000).

Wenn man von den populistischen Vereinfachungen und der gegen die Ausbaukritiker zielenden offenkundigen politischen Marketing-Absicht Kochs absieht, so trifft sich der materielle Kern seiner Argumentation doch mit den nüchternen stadtsoziologischen Analysen über die infrastrukturellen Bedingungen, die die global city konstituieren: »Ohne Hochtechnologien und Flughäfen wären die Headquarter Economies Frankfurts (...), welche regionale Produktionsstrukturen direkt in die Weltwirtschaft integrieren, in ihrer heutigen Gestalt undenkbar geblieben.« (Kipfer/Keil, S. 79). Ja, das »wahre« Zentrum Frankfurts scheint sich mittlerweile immer mehr an die räumlichen Grenzen der Kernstadt zu verschieben: an den Flughafen selbst. »Dort, am Modem der globalen Wirtschaftsströme, schlägt das Herz der städtischen Ökonomie, laufen die Kraftlinien der



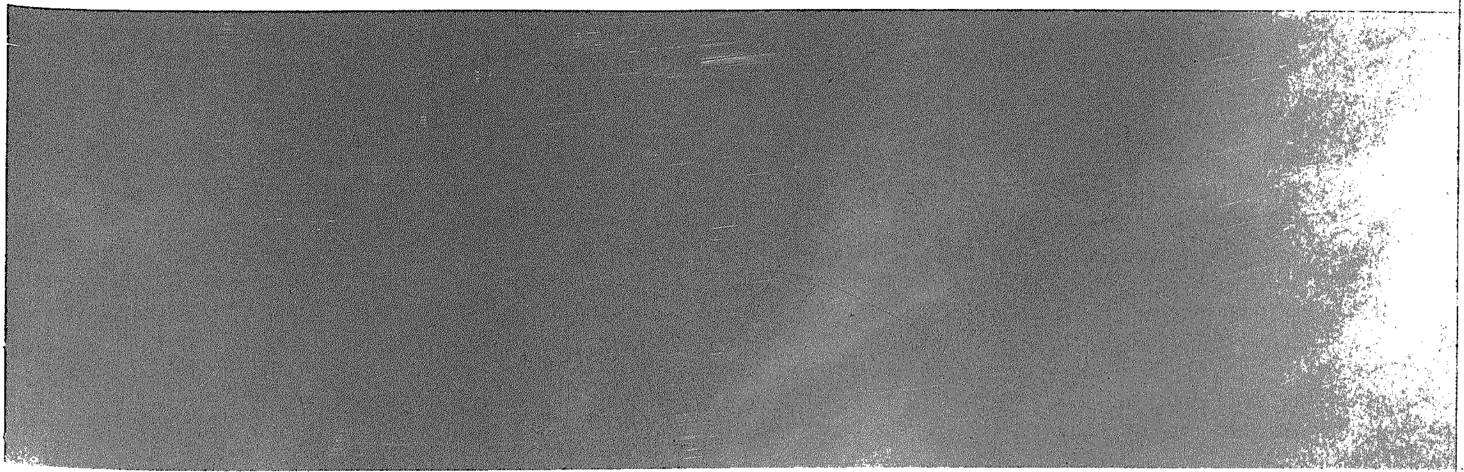
Welt-Stadt tatsächlich konkret zusammen.« (Ronneberger/Keil, S. 63). Die geplante Flughafenerweiterung würde einen weiteren Schub für diese Verlagerung metropolitaner Strukturen bedeuten und zugleich einen bedeutsamen Geländegewinn Frankfurts im Hinblick auf seine internationale Positionierung markieren. Denn im globalisierten Kapitalismus bestimmt die dichte »Verknüpfung mit dem internationalen Luftverkehrssystem (...) die Einbettung [der jeweiligen Metropole] in das internationale Städtesystem.« (Sack, S. 296) Ob ein Scheitern der Ausbaupläne zugleich einen Abstieg der Rhein-Main-Region aus der »ersten Liga« der Weltökonomie bedeuten würde, wie die Propagandisten des Ausbaus orakeln, ist damit aber noch lange nicht ausgemacht.

Global City – ein Erfolgsprojekt ohne Brüche?

Die politische Durchsetzung der grundlegenden Strukturen, die die heutige global city Frankfurt kennzeichnen, verlief keineswegs reibungslos. Das Projekt »Weltstadt Frankfurt« war (und ist?) gesellschaftlich und politisch umstritten. In den 70er und 80er Jahren war die Stadt nicht nur »Knotenpunkt« sich beschleunigender ökonomischer Konzentrations- und Umstrukturierungsprozesse, sondern zugleich »zentraler Ort« sozialer Unruhen gegen die unmittelbare Unterordnung der Infrastruktur von Stadt und Umgebung unter die Interessen der Kapitalverwertung und die Planungsvorhaben für die künftige global city. Protestbewegungen entwickelten sich insbesondere gegen die Umwandlung von Wohnquartieren in Standorte der headquarters sowie gegen den mit der Startbahn 18 West exekutierten Ausbau des Flughafens zum Airport mit Weltgeltung. »Die sozialen Auseinandersetzungen in Frankfurt/M. kristallisierten sich in den letzten Jahrzehnten meist an Punkten, wo Stadtentwicklung und Wachstum besonders hervortraten (...), wenn eine Veränderung des urbanen Charakters anstand. Die Umwandlung von Wohnraum in Büros, die Vernichtung von Wald für die Erweiterung des Flughafens und die Zerstörung von Stadtrandlandschaften durch Expansionspläne der Kernstadt haben häufig die städtische Gesellschaft (...) polarisiert. (...) Die sozialen Kämpfe um die Startbahn West waren von einigen der zentralen Konflikte gekennzeichnet, die typisch für die Formation einer World City sind: dem Eindringen superstruktureller Arrangements in die Lebenswelten und Ökologien der Stadtregion; dem Einschluss von Frankfurt Rhein-Main in ein zunehmend globalisiertes Produktionssystem; der Entmächtigung der lokalen Bevölkerung zugunsten von Interessen des globalen Kapitals und der völligen Unterordnung der Region unter diese Interessen. In gewisser Weise kann die Startbahnbewegung als Widerstand gegen die sich herausbildende Superstruktur der World City verstanden werden.« (Ronneberger/Keil, Außer Atem – Frankfurt nach der Postmoderne, S. 346f, S. 296)

Freilich gingen die »entscheidenden Schlachten« gegen die Formierung der global city verloren. Im Unterschied zu den gesellschaftlichen Startbedingungen der Häuserkampfbewegungen der 70er Jahre und der Anti-Startbahn-18-West-Bewegung hat heute jede soziale Bewegung gegen die Expansionspläne der global orientierten Flughafenökonomie von der Realität einer globalen Vernetzung der Rhein-Main-Region auszugehen. Forderungen nach Grenzsetzungen für die der global city immanenten expansiven Kräfte bleiben gleichwohl legitim – und notwendig -, auch wenn derartige Abwehrkämpfe die expansive Grundstruktur der weltmarktorientierten Wirtschaftsweise wohl nicht in die Schranken verweisen können.

Wegen der fundamentalen Bedeutung des Airports für die weitere Expansion der Zitadellenökonomie kann heute aber keine soziale Bewegung politische Perspektiven entwickeln, die als »Ein-Punkt-Bewegung« ausschließlich gegen lokale, bzw. regionale Emissionen und Belästigungen des Luftverkehrs agiert. Dem Globalisierungsdiskurs, in dem sich die Befürworter des Flughafenausbaus ja bewusst bewegen, kann sich eine soziale Bewegung nicht dadurch entziehen, dass sie die globale Bedeutung des Luftverkehrs schlicht bestreitet. Eher sollten sich die Bürgerinitiativen als »metropolitanes Element« der globalisierungskritischen Bewegung verstehen. Dies hieße aber zugleich, das Augenmerk auch auf andere Superprojekte der Stadt- bzw. Regionalentwicklung zu richten, die aufgrund der Standortkonkurrenz unter den global cities von den Planungsstäben in der Region und den politischen Entscheidungsträgern vorangetrieben werden. Dies gilt beispielsweise für die gigantischen Planungen Frankfurter »Europa-Viertel« (urban entertainment center) oder die Pläne für eine neue Hochhaus-»Generation«. Auch die »Durchsetzung des gigantischen Projektes Bahnhof 21« (s. auch Sälzer, S. 31), der projektierte Umbau des Frankfurter Hauptbahnhofs zu einen monströsen unterirdischen Fernbahnhof, steht in engstem Zusammenhang mit dem Ausbau Frankfurts zur internationalen Dienstleistungsmetropole, die mit dem Bahnhof 21 einen internationalen »flotten Umschlagplatz von Menschen, Informationen und



Wissen« benötigt. Dieses letztgenannte »Weihnachtsgeschenk« der Bundesbahn für die Region, so der damalige Frankfurter Planungsdezernent Wentz (SPD), kostenmäßig mit 2,9 Mrd. DM bewertet (FR, 19.12.1998), soll nach den Absichten der Planer nicht nur infrastrukturelle Mängel Frankfurts beheben, sondern zugleich Defizite des »Standortmarketings« angehen. Gerade auf diesem Feld habe die Rhein-Main-Region »im internationalen Vergleich erheblichen Nachholbedarf« (Wiesbadener Kurier, 23.5.2001), so Bärbel Schenker, Geschäftsführerin der »Wirtschaftsinitiative Rhein-Main«.1 Die widersprüchliche Beschreibung von Frankfurt Rhein-Main als »Wirtschaftsriese« und zugleich »Imagezwerg« (FR, 13.1.2001), die die Strategen der Stadt- und Regionalentwicklung schon seit geraumer Zeit quält, versprechen last but not least die Frankfurter Ambitionen für Olympia 2012 als weiteres metropolitanes »Superprojekt« aufzulösen.

Olympia 2012 - ein Identifikationsprojekt für die »polyzentrale Metropolenregion«

Anlässlich der hessischen Kommunalwahlen im Frühjahr 2001 ließ Innenminister Bouffier die Bewerbung Frankfurts für die Olympischen Spiele 2012 als weiteren Versuchsballon für ein regionales Superprojekt mit globalen Ausmaßen starten. Für das Image der »Metropolenregion« sei eine Olympiade trotz hoher Kosten nahezu unentbehrlich; es werde einen wirtschaftlichen Entwicklungssprung für die gesamte regionale – nicht nur die sportliche – Infrastruktur bringen und zugleich die Identifikation der Bürger mit ihrer Region stärken. Miesmacherei könne dabei nicht geduldet werden, so Bouffier anlässlich der Vorstellung dieses Projekts im März 2001: »Was wir im Grundsatz brauchen, ist Begeisterung und Aufbruchstimmung in Deutschland und insbesondere in der Region. Oder alle Bedenkenträger treten zusammen und diskutieren die Frage, ob die Bushaltestelle von A nach B wirklich verlegt werden kann. Dann werden wir im internationalen Wettbewerb keine Rolle spielen.« (Wiesbadener Kurier, 8.3.2001). Ein zögerliches Bedenkentragen, ob ökologisch oder globalisierungskritisch begründet, trage laut Bouffier bereits den Keim der Standortschädigung in sich.

Mit seiner Olympia-Initiative lief der hessische Innenminister bei der politischen Elite der Region offene Türen ein: Partei- und institutionenübergreifend signalisierten alle »Verantwortlichen« breite Zustimmung und versprachen sich Geländegewinn in der Standortkonkurrenz und einen kräftigen »Schub für die Region«, so der grüne Abgeordnete Tarek Al-Wazir (Wiesbadener Kurier, 26.10.2001). Ministerpräsident Koch erhob die Olympia-Idee zum identitätsstiftenden Vorhaben für die politisch zerklüftete Rhein-Main-Region: »Eine Region, die Schwierigkeiten damit hat, sich selbst zu finden, braucht eine paar gemeinsame Visionen.« Olympia eigne sich in besonderer Weise als »Katalysator für ein Rhein-Main-Regionalbewusstsein.« (FR, 10.5.2001). Der Multifunktionär der hessischen Wirtschaft und Flughafenausbaumediator Niethammer erklärte in seiner Funktion als Präsident der genannten »Wirtschaftsinitiative Frankfurt Rhein-Main« unbedingte Unterstützung für das metropolitane Projekt. Neben neuen Sportstätten und verbesserter Infrastruktur hebe Olympia 2012 das internationale Prestige des Rhein-Main-Gebietes: »Es entstehen Dinge, die sonst nie entstehen könnten.« (Wiesbadener Kurier, 9.5.2001).

Im Oktober 2001 stellten die Unternehmensberatung Arthur Andersen und das Architekturbüro Jourdan ihre »Machbarkeitsstudie des Projekts Olympia 2012« der Öffentlichkeit mit dem erwarteten Ergebnis vor: Frankfurt-Rhein-Main ist im »Turnier der Standorte« in der Lage, die Olympiade gegen nationale und internationale Konkurrenz an Land zu ziehen. Das Vorhaben wird finanziell derzeit auf ca. 3,2 Mrd. DM beziffert. Schon bei der Vorstellung seiner olympischen Idee hatte Bouffier geäußert, es gäbe seiner Auffassung nach »nicht viele Länder, die den logistischen Aufwand überhaupt leisten könnten.« Schließlich sei das Sport-Event ein »gigantisches Monopoly« (Wiesbadener Kurier, 8.3.2001), eine Terminologie, die recht genau beschreibt, was auf die Menschen zukommen könnte, wenn die »dezentrale Metropolenregion« Frankfurt sich zum Olympia-Standort mausert: Neue Luxushotels in der »Schlossallee«, Mietenexplosion in der »Turmstraße« der wenig Betuchten. Olympische Vorgänger wie Barcelona, Atlanta oder Sidney erwiesen sich als Experimentierfelder fundamentaler Umstrukturierung: von der Totalsanierung von Wohnquartieren im Interesse von Großinvestoren, der damit verknüpften Vertreibung von sozial benachteiligten Teilen der Bevölkerung, bis hin zu rücksichtslosen Ausbaumaßnahmen der Verkehrsinfrastruktur wie z.B. der Flughäfen, und das, ohne auf sozial und/oder ökologisch motivierte »Bedenkenträger« Rücksicht zu nehmen.

Auch der Bewegung gegen den geplanten Flughafen-Ausbau wird von der Pro-Olympia-Fraktion von Anfang an demonstriert, wohin die Reise geht und wer dabei im Abseits stehen wird: »Für Olympia

braucht die Region den Ausbau,« so Jürgen Hartwig, Vorsitzender des Unternehmerverbandes Frankfurt Rhein-Main.2 Schon jetzt entwickelt die Allianz der Betreiber des Flughafenausbaus eine Argumentation, die das »Zukunftsprojekt Olympia« an die geplante Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens koppelt: »Ein begeistertes Engagement für Olympia lässt sich nicht mit einem Engagement gegen den Flughafen-Ausbau vereinbaren,« so Hartwig (FAZ, 25.10.2001) anlässlich einer Tagung der genannten Wirtschaftsinitiative, denn die olympischen Spiele seien nun mal kein »Wandertag«; schließlich kämen alle Olympioniken und die erhofften Besucherströme aus aller Welt mit dem Flugzeug ins globale olympische Dorf.

Metropolenregion im globalen Kontext - keine räumlichen und zeitlichen Grenzen

»Auf die Wachstumsmaschine aus FAG [jetzt Fraport], Messegesellschaft, Zentralbanklobby, Handelskammer, Kulturindustrie etc. ist immer Verlass, wenn es darum geht, (...) die Einordnung [Frankfurts] in ein internationales Netz voranzutreiben« (Keil, S. 185) und die Einpassung aller sozialer Bedürfnisse in den Prozess der kapitalistischen Globalisierung als die Maßgabe politischen Handelns zu definieren. Auf politisch-propagandistischem Terrain ist nach den Niederlagen der sozialen Bewegungen in den 70er und 80er Jahren und der Einbindung der Grünen in das herrschende politische Kartell das Projekt »World City-kennt-keine-Grenzen« Konsens der Eliten Frankfurts wie der gesamten Region. »Die Weltstadt-Propaganda ist selbst materieller Teil des Umbaus der Stadt« (Keil, S. 184) und der seiner regionalen Umgebung: »Wachstum findet nicht nur in Form realer Bürotürme und Museen [und weiterer Start-/Landebahnen] statt, sondern die Idee des Wachstums, eingepackt in die Idee der Weltstadt, wird in den Köpfen eingepflanzt«, so der Regionalplaner Lorenz Rautenstrauch.

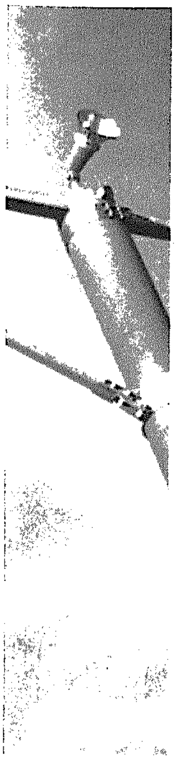
Die Konsensstrategie des »Standort, Standort über alles...« beherrscht auch (nahezu) alle politischen Parteien in der Region. In der Art des monotonen Gleichklangs der Verlautbarungserklärungen a la IHK durchzieht sie beispielsweise die grundlegende Schrift der SPD Hessen-Süd zur Umstrukturierung der Region, das Jordan'sche Positionspapier zum »Regional-Kreis Rhein-Main«: »In der konkreten Perspektive eines in einer ganzheitlichen Konzeption dynamisch sich entwickelnden Standorts Rhein-Main-Region liegt auch die mögliche regionale Antwort auf die aktuellen Probleme der Globalisierung wirtschaftlicher Konkurrenz (...) Die Rhein-Main-Region kann ihre Zukunft nur sichern, wenn sie in Zeiten weltweiter Unternehmensstrategien ihre Vorzüge als attraktiver, zum innovativen Engagement einladender Standort pflegt und weiterentwickelt ...« usw. usf. Unisono die Position der Frankfurter Jungliberalen zur regionalen Standortsicherung: »Die Rhein-Main-Region mit ihrer Kernstadt Frankfurt spielt eine herausragende Rolle in der Konkurrenz der Regionen Deutschlands und Europas. (...) Für das Land Hessen bedeutet dies, der besonderen Funktion der Rhein-Main-Region als Wirtschaftsstandort und europäischem Finanz- und Dienstleistungszentrum Rechnung zu tragen.« (zit. nach Ansichten zur Region, Bd. 6, hg. v. Umlandverband Frankfurt, 1997). Bekenntnisse zur bedingungslosen Standortlogik »Pro Rhein-Main« in der »Konkurrenz der Regionen« dürfen aber auch in CDU- oder Grünen-Parteiprogrammen nicht fehlen: Zur Kommunalwahl 2001 äußerte der Sprecher der Frankfurter Grünen Paulsen, die Stadt müsse »alle Möglichkeiten nutzen, den Standort und das Gründungsklima zu verbessern.« (FR, 24.8.2000). Um im Wettstreit der Metropolenkonkurrenz bestehen zu können, empfahl er, das »Profil Frankfurts als Stadt der neuen Technologien zu schärfen«, indem die Politik durch regional abgestimmte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung potenziellen Existenzgründern der global orientierten Branchen unter die Arme greift. Politik reduziert sich auf Optimierung der Standortbedingungen des »Unternehmens« Stadt bzw. Region.

Begrenzungen des Spielraums der Headquarter Economy, zu dessen Kern selbstverständlich auch der Rhein-Main-Flughafen gehört, lassen sich »angesichts



Foto: Jan Jacob Hofmann

des immer gnadenloseren Standortwettkampfes«, so CSC Ploenzke-Chef Stolorz (FR 24.6.2000), nur als ein anachronistischer Reflex oder lokalbornierte Eigenbrötelei begreifen. Stattdessen fordert die Wachstumskoalition weitere Entgrenzungen und treibt die Politik zu weiteren Vorleistungen im Kampf um die Spitzenplätze im europäischen Wettbewerb an. Unter dem Motto »Rhein-Main-Gebiet fit machen für Europa« fand im September 1999 eine Veranstaltung der bereits erwähnten »Wirtschaftsinitiative Frankfurt Rhein-Main« im Frankfurter Hilton statt, auf der Strategien für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Region diskutiert wurden (FR, 29.9.1999). Der ehemalige Prognos-Geschäftsführer Lutzky stellte hier Überlegungen in den Raum, von der sich die anwesende Prominenz von Wirtschaftsminister Posch bis zu IHK-Präsident Niethammer »äußerst beeindruckt« zeigte. Lutzky erläuterte, dass Frankfurt in der internationalen Geschäftswelt aller metropolitanen PR zum Trotz immer noch das Flair einer »netten Kleinstadt mit Banken im Hintergrund« habe. Durch die Entwicklung der »polyzentralen Struktur« der Region könne sie ihr »unterentwickeltes externes Image« durchaus noch steigern und Positionsgewinne im »Standortwettbewerb« erzielen. Dabei dürfe – entgegen den Behauptungen so mancher PR-Manager – die Bedeutung der »weichen Standortfaktoren« aber nicht überschätzt werden: Bei den Ansiedlungsentscheidungen von künftigen Investoren seien letztlich die »harten, rentabilitätsentscheidenden Faktoren« ausschlaggebend. »Marktvolumen und Umsatzpotenzial, Arbeits-, Grundstücks- und Bürokosten, Steuern, öffentliche Gebühren und finanzielle Förderungen – solche Faktoren können im Business-Plan direkt auf das Ergebnis durchgerechnet werden. Für das Konzern-Controlling haben rechenbare Argumente jedenfalls stärkere Durchschlagskraft als subjektiv gefärbte Bewertungen von qualitativen Faktoren.« Einen strategischen Vorteil könne sich die Region durch die visionäre Option verschaffen, sich als »24-Stunden-Wirtschaft« »neue Dimensionen des Lebens und Arbeitens jenseits vorgegebener Zeitfesseln zu eröffnen« und sich damit als rund um die Uhr funktionierender »Gateway zu den Weltmärkten« zu profilieren. Gegen die Gestaltung eines Zeit und Raum überwindenden Wirtschaftsregimes a la Lutzky müssen Forderungen nach Begrenzung der Flugbewegungen oder gar eines »rigiden« Nachflugverbots als vollkommen »unzeitgemäß« zurückgewiesen werden; ihnen kann allenfalls der »Wert einer Antiquität« eingeräumt werden. Als Mittel »politischer Regulierung in einer entterritorialisierten Konkurrenzsituation« (Sack, S. 303) gelten Begrenzungen in welcher Form auch immer als Beitrag zum drohenden »Kapazitäts-Infarkt« (J. Weber, Lufthansa) und werden konsequenterweise als prinzipiell standortgefährdend abgelehnt.



Globale Armut reist in die Metropolen - oder: Standortsicherung vs. Ghettoisierung

Es stellt sich die Frage, inwieweit es angesichts des offensichtlichen Interesses führender Vertreter der hessischen Wirtschaft und insbesondere der Flughafenbetreiber an einer Politik umfassender Deregulierung der Metropole einen Sinn ergibt, wenn sich Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung positiv auf das Bild der im internationalen Standortwettbewerb erfolgreichen Global City Frankfurt Rhein-Main beziehen, wie dies immer wieder in BI-Publikationen geschieht. So beispielsweise im BI-Info 47, wo die »eingleisige Denkweise der Flughafenplaner« deswegen kritisiert wird, weil diese den »Standortvorteil ... des funktionierenden Wirtschaftsraum rundum« ad absurdum führe. Wie kann ein auf den »Krieg der Standorte« ausgerichteter Wirtschaftsraum, in dem schon heute die ökologischen Belastungen an bestimmten Orten zerstörerische Ausmaße annehmen, »funktionierend« genannt werden?

In Texten der BI's werden nicht selten, wenn es um die negativen Folgen des Flughafenausbaus geht, in geradezu apokalyptischen Visionen die Bilder bedrohlicher Slums und wuchernder Kriminalität beschworen, die in »unsere« heilen, vom Fluglärm noch weitgehend unversehrten (Eigenheim-)Siedlungen eindringen. »Es wird mittelfristig eine Slum-Bildung einsetzen, d.h. die soziale Mischung der Wohnbevölkerung wird aufgebrochen, denn immer mehr Menschen flüchten in ruhigere Wohngebiete. Zurück bleiben die unteren Einkommensschichten, Problemgruppen und Randgruppen; sie stellen schließlich die Mehrheit der Bevölkerung. - Folge: Steigende Kriminalität, Ghettobildung, Abgleiten der Kommune in ihrer gesamten Leistungsfähigkeit und ihrem Image,« so einer der BI-Sprecher (W. Ehle, in: FR, 31.01.2000). Wahrlich ein Gemälde sozialen Zerfalls, das sich nicht selten mit Schreckensmeldungen über drohenden Wertverfall von Wohneigentum und sinkende Mieteinnahmen verbindet. Vergessen sollte man nicht, dass schon heute – nicht flächendeckend, aber in Form eines gefleckten Leopardenfells übers Land verteilt – Armutsregionen im Rhein-Main-Gebiet existieren. Denn: »Der Aufstieg zu einer World City oder Global City bedeutet nicht nur Prosperität und Wohlstand, sondern auch wachsende soziale Polarisierung. Mit dem Ausbau der Headquarter Economy kommt es in den Metropolen zu einer Dualisierung und Segmentierung des Arbeitsmarktes in einen hochqualifizierten Sektor und in einen Niedriglohnbereich.« (Noller/Ronneberger, S. 35).



Nicht nur New York mit South Bronx und Harlem oder der Gürtel der Trabantenstädte rund um Paris sind Agglomerationen sozialer Desintegration, wie sie einmal als typisch für Metropolen der Dritten Welt galten. Selbst in Deutschland, lange als »Hochburg sozialer Homogenität« gepriesen, lassen sich vergleichbare Entwicklungen zumindest in Ansätzen beobachten. »Frankfurt am Main ist nicht nur das bundesdeutsche Zentrum der Finanzwirtschaft und einer der dynamischsten Orte der Entwicklung und Anwendung neuer Dienstleistungstechnologien, sondern ebenfalls hochgradig mit sozialen Problemen befrachtet.« Und auch »im Frankfurter Gallus-Viertel oder am Frankfurter Berg verfestigen sich informelle Wirtschaftsweisen und soziale Strukturen, die kaum noch gesellschaftliche Teilhabechancen eröffnen, und in denen die meisten Menschen die Hoffnung auf eine Integration in das gesellschaftliche Gefüge schon längst aufgegeben haben.« (Neyer, S. 34).

Diese sozialen »Randgruppen« konzentrieren sich weniger in den innenstadtnahen Wohngebieten, sondern eher in den

abgelegenen Wohngegenden. Insbesondere in die randstädtischen Siedlungen des (ehemals) sozialen Wohnungsbaus der 60er und 70er Jahre werden diejenigen abgedrängt, die sich das Mietniveau der gentrifizierten Innenstadtlagen nicht mehr leisten können. »Daneben entstehen weitere 'Armutsinseln' in alten Arbeiterwohngebieten, die durch ihre Lage (Trennung vom Stadtkern durch natürliche Barrieren) und teilweise hohe Lärm- und Emissionsbelastungen durch Industrieanlagen [und Verkehrsinfrastruktur] für einkommensstarke Haushalte nicht attraktiv sind.« (Kecskes, S. 228). Die angedeuteten Entwicklungstendenzen, die für alle metropolitanen Regionen typisch sind, schlagen sich in Frankfurt in der Weise nieder, dass



Foto: Archiv

hier – einzigartig unter allen westdeutschen Großstädten - »gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten und die Zahl der Armen überdurchschnittlich schnell ansteigen.« (Bartelheimer, S. 89). In der Groß-Stadt Frankfurt, der »Armutsmetropole einer ganzen Region« (Bartelheimer, S. 76), aber auch in verschiedenen Orten seiner Umgebung bilden sich »in wachsendem Maße marginalisierte Räume heraus«. »Hand in Hand mit der Aufwertungsspirale von Wohnquartieren geht somit eine Abwertungsspirale anderer Viertel: Beide Prozesse sind nicht voneinander zu trennen.« (Kecskes, S. 228). Denn die Entscheidungszentralen der global city benötigen neben dem hochqualifizierten Dienstleister auch das schnell verfügbare, austauschbare Dienstpersonal, das von den Arbeitsplatz-«Angeboten« der Metropole angezogen wird.

Inmitten der »Weltstadt« treffen also auf engstem Raum »Metropole und Peripherie zu einem sozial schizophrenen Gebilde aufeinander.« (Neyer, S. 32). Zum gut verdienenden Management der weltmarktorientierten Rhein-Main-Region mit Kleinfamilie, Mittelklassewagen für gehobene Ansprüche, Eigenheim und Garten gehören unvermeidlich die in Ghettos abgeschobenen, miserabel entlohnten türkischen Arbeiterinnen der Putzkolonnen und der pakistanische Blumenverkäufer, der Schnittrosen aus Kolumbien oder Kenia in Frankfurter Restaurants anbieten muss, um »über die Runden« zu kommen. Eines ist ohne das Andere nicht zu haben. Eine Bürgerinitiativenbewegung aber, die die Zumutungen des Flughafenbetriebs erst dann zur Kenntnis nimmt, wenn durch Fluglärm bürgerliche Besitzstände in Gefahr geraten, und die sich vornehmlich den Interessen der Besitzenden an Wahrung ihrer durch soziale »Fremdkörper« möglicherweise bedrohten Idylle verpflichtet sieht, wird zu einer »Partei der Besserverdienenden« im »Kampf um die sozialen Räume«. Sie trägt – bewusst oder unbewusst – selbst zur Verschärfung der sozialen, häufig rassistisch aufgeladenen Konflikte in der Region bei.

Einfache, eindeutige Schlussfolgerungen lassen sich aus den beschriebenen Tatbeständen zunehmender sozialer Desintegration bei zunehmender »Unwirtlichkeit« der Region nicht ziehen. Forderungen nach einer Regionalentwicklung, die selbst auf der metropolitanen Ökonomie basieren und den gesellschaftlich widerspruchsvollen Charakter der in den »Krieg der Standorte« einbezogenen Global City ignorieren, können nur reaktionär enden. Gleichwohl ist der Anspruch auf Begrenzung der Expansion der metropolitanen Headquarter und ihrer belastenden Infrastrukturen berechtigt, wie er sich gegenwärtig u.a. im Kampf gegen die Flughafenerweiterung zuspitzt. Eine soziale Bewegung aber, die als pure »Anti-Lärm-Bewegung« und beflissene Mitgestalterin der Metropolen-Ökonomie der Ausgrenzung von Menschen nur zusehen und deren Abschiebung in Ghettos mittragen würde, kann keine Perspektive für gesellschaftliche Emanzipationsprozesse entwickeln, sie bräuchte selbst von ihren »Ein-Punkt-Gegnern« nicht ernst genommen zu werden.

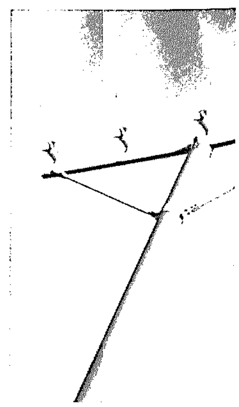
Fussnoten:

1 Zusammenschluss von bedeutenden hessischen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Kommunen, der schwerpunktmäßig Konzepte der Aufwertung des metropolitanen Charakters der Region entwickelt und deren öffentliche Darstellung betreibt.

2 Der Verband vertritt neben 120 Marketing-, Telekommunikations- und Dienstleistungsunternehmen auch 50 internationale Fluglinien.

Literaturhinweise:

* Peter Bartelheimer: Rot-Grün. Versuch einer Zwischenbilanz. In: Gotthard Fuchs/Walter Prigge u.a.: Frankfurter Aufklärung. Politische Kulturen einer Stadt, Ffm: Campus 1997, S. 73-95
* Robert Kecskes: Sozialräumlicher Wandel in westdeutschen Großstädten. In: Jürgen Friedrichs (Hg.): Die Städte in den 90er Jahren, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1997, S. 213-243
* Roger Keil: Globalität : Lokalität – Frankfurter Verhältnisse, in: Mythos Metropole, Ffm: Suhrkamp 1995, S. 178-194
* Dieter Maier: Ungebremster Flugverkehr. Transportwege des Weltmarkts belasten das Ökosystem Erde, in: epd – Dritte Welt-Informationen, 9/10 1994
* Jürgen Neyer: Mega Schizos. Die globale Armut reist in die Metropolen, in: IZ3W, 218/1996, S. 32ff
* Peter Noller/Klaus Ronneberger: Die neue Dienstleistungsstadt. Berufsmilieus in Frankfurt am Main, Ffm: Campus 1995
* Klaus Ronneberger/Roger Keil: Morgenland in Tomorrowland, in: Kommune 3/1991, S. 62-65
* Klaus Ronneberger/Roger Keil: Außer Atem – Frankfurt nach der Postmoderne, in: Hanruedi Hitz/Roger Keil u.a. (Hg.): Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich, Zürich: Rotpunkt 1995
* Klaus Ronneberger/Stefan Lanz/Walther Jahn: Die Stadt als Beute, Bonn: Dietz 1999
* Detlef Sack: Glokalisierung, politische Beteiligung und Protestmobilisierung. Zum Mediationsverfahren Flughafenerweiterung Frankfurt am Main, in: Ansgar Klein u.a. (Hg.): Globalisierung, Partizipation, Protest, Opladen: Leske & Budrich 2001, S. 233-254
* Christian Sälzer: bahn exklusiv: ausschluß inklusive, in: diskus, Frankfurter StudentInnen Zeitschrift, 1/2 1998, S. 29-36



Kurzes Kurzes Kurzes

Gegen den Abbau von Grundrechten - Solidarität mit den KritikerInnen der Münchner Sicherheitskonferenz

Presseerklärung des BUKO

Der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), ein bundesweiter Zusammenschluss von 160 Dritte Welt und Solidaritäts-Gruppen, kritisiert die Kriminalisierung und Unterdrückung der Proteste gegen die sogenannte Münchner Sicherheitskonferenz und fordert die sofortige Freilassung aller DemonstrantInnen. Das repressive Vorgehen gegen die KritikerInnen der Militärkonferenz reicht vom Verbot von Informationsveranstaltungen und sämtlichen Demonstrationen an diesem Wochenende, über die Festnahme und »In Gewahrsamnahme« mehrerer hundert DemonstrantInnen« und von zwei Sprechern des »Bündnisses gegen die Militärkonferenz« bis hin zum massiven Einsatz von Schleierfahndung und verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen. KriegsgegnerInnen aus Berlin und Freiburg, die an der nicht verbotenen Saalveranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München teilnehmen wollten, wurden an den Münchner Stadtgrenzen zurückgewiesen und mit der wahrheitswidrigen Begründung, die Gewerkschaftsveranstaltung sei verboten, mit einem »Platzverbot« für ganz München belegt. GlobalisierungsgegnerInnen aus der Schweiz und aus Österreich wurden an den Grenzen der BRD rechtswidrig zurückgewiesen. Mit diesem Vorgehen werden die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt. Die Begründung des Verbots, der Aufruf mit der die Überschrift »Von Genua nach München« sei ein Aufruf zur Gewalt, ist absurd. Die Gewalt in Genua ging in erster Linie vom Staat und nicht von den DemonstrantInnen aus. Letztere waren es, die einen Toten sowie zahlreiche Verletzte und Misshandelte zu beklagen hatten. Der Devise der Münchner SPD und der bayerische CSU zufolge kann gegen alles demonstriert und über alles diskutiert werden, solange nicht Militarismus, neoliberale Globalisierung und staatliche Repressionsmaßnahmen kritisiert werden. Der BUKO wendet sich gegen das in dem Verbot zum Ausdruck kommende Freund-Feind-Denken, das nach den terroristischen Anschlägen vom 11.9. zur Leitlinie der westlichen Staaten geworden ist. Wer gegen diese Politik protestiert, wird systematisch in die »Terroristenecke« abgeschoben. Dazu passt auch die Meldung des Bayerischen Rundfunks, dass Ministerpräsident Stoiber Einsätze der Bundeswehr auch im Innern der BRD gefordert hat. Die Münchner Militärkonferenz muss im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsforum, das zur selben Zeit in New York tagt, gesehen werden. Auf beiden Konferenzen geht es um Strategien zur politischen, ökonomischen und militärischen Durchsetzung und Absicherung der Interessen der »westlichen Staatenwelt«. Diese Politik hat katastrophale Folgen für die Mehrheit der Menschen in der sog. Dritten Welt, wie erst zuletzt wieder die Entwicklungen in Argentinien gezeigt haben. Sie hat außerdem zur Folge, dass sich die Schere zwischen Reichen und Armen im internationalen und nationalen Rahmen immer weiter öffnet. Die NATO ist kein Verteidigungsbündnis, sondern hat die Aufgabe, die ökonomischen und politischen Interessen der NATO-Staaten ihrer Mitglieder militärisch abzusichern. Mit der neuen NATO-Doktrin hat sie sich 1999 selbst dazu ermächtigt, in der ganzen Welt militärisch zu intervenieren, sofern ihre Interessen als bedroht angesehen werden. Die nächsten Militäraktionen werden jetzt schon vorbereitet, wie die Drohungen der us-amerikanischen Vertreter Wolfowitz und McCain gegen den Irak auf der Militärkonferenz zeigen. Auch die Bundeswehr kann nach den derzeit geltenden verteidigungspolitischen Richtlinien überall in der Welt zur Verteidigung von Rohstoffinteressen eingesetzt werden. Wir werden es uns auch in Zukunft nicht nehmen lassen, gegen die katastrophalen Folgen einer neoliberalen Globalisierung und die Militarisierung der Außenpolitik Stellung zu beziehen. Die Verteidigung von sozialen und Freiheitsrechten ist nicht terroristisch. Wer - wie die TeilnehmerInnen des Weltsozialforums in Porto Alegre, die DemonstrantInnen gegen das Weltwirtschaftsforum in New York und die KritikerInnen der Militärtagung in München - aus emanzipatorischen Motiven gegen die neoliberale Globalisierung und ihre militärische Absicherung protestiert, genießt unsere volle Solidarität. Alexander Schudy (BUKO Geschäftsstelle)

Salud !

Hier gleich zwei wichtige Hinweise:

* Die Seite der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) wird zur Zeit regelmäßig aktuallisiert. Sie bietet im Info-Wust zum 11.Sept. einen Überblick über die anarchistischen/ anarchosyndikalistischen Standpunkte/Aktivitäten, ist mithin also recht interessant.

* Ich möchte Euch alle nun auch einmal propagandistisch auf die Café Libertad-Webseite hinweisen und Euch unseren Kaffee aus alternativem Handel und (fast) kontrolliertem ungÖko-Anbau vorstellen (ab kommende Ernte - Import 2002).

Also entweder www.free.de/cafe-libertad oder www.cafe-libertad.de
Sozialismus + Freiheit = Anarchie
@ljoscha

FLI Forum für Libertäre Informationen

Nächstes Treffen vom 29. Mai - 2. Juni 2002 in Bebra-Imshausen
Kommt aus den Nischen - zum Kennenlernen, Informieren, Diskutieren, Austauschen, Bewegen. Wir sind kinderlieb, tragen Wanderschuhe, reden bis zum Umfallen, kochen zusammen ...bringt Musik mit, Gitarren, Trommeln ...

Kontakt: FLI c/o Meeuw, Postfach 3643, 26026 Oldenburg
E-Mail: fli-treffen@gmx.de
Homepage: www.free.de/dada/fli

Together we stand - divided we fall

International Solidarity Conference 2002 (i2002)

in Essen 29.8.-1.9. 2002

Vom 29.8. bis zum 1.9.2002 findet auf Initiative der FAU (Freie ArbeiterInnen Union) die International Solidarity Conference 2002 (i2002) statt.
Ziel der Konferenz ist es, den Austausch und die Kooperation zwischen anarchosyndikalistischen, unionistischen und revolutionär-syndikalistischen AktivistInnen zu fördern.
Damit tritt die Konferenz die Nachfolge von i99 an, der ersten »International Solidarity Conference«, die im Mai 1999 in San Francisco stattfand. Damals folgten rund 80 TeilnehmerInnen aus Europa, Kanada, Australien und den USA dem Aufruf der WSA (Workers Solidarity Alliance) und der IWW (Industrial Workers of the World), und diskutierten vier Tage lang über ihre Erfahrungen in der revolutionär-gewerkschaftlichen Arbeit und Möglichkeiten der intensiveren Zusammenarbeit. Den positiven Impuls des i99, über alle Unterschiede hinweg, eine gemeinsame Kommunikation zu führen und nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen, will der i2002 weitertragen.
»Globalisierung« als inhaltlicher Rahmen der Konferenz soll die in San Francisco begonnenen Diskussionen fortsetzen und intensivieren. Neben einer Bestandsaufnahme der Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung auf die Lage der Arbeitenden werden vor allem die Möglichkeiten globaler Gegenstrategien und -Taktiken von revolutionär-gewerkschaftlicher Seite im Zentrum des Interesses stehen. Die Themen im Detail befinden sich noch in Vorbereitung.
Einzige Bedingung für die Teilnahme an der Konferenz ist die Übereinstimmung mit folgenden Grundsätzen:

1. Die Klasse derjenigen, die gezwungen sind ihre Arbeitskraft zu verkaufen (ArbeiterInnen-Klasse) und die Ausbeuter-Klasse haben nichts gemeinsam.
2. Die ArbeiterInnen-Klasse muss sich selbst organisieren um die Ausbeuterklasse zu bekämpfen.
3. Das wichtigste Kampfmittel der ArbeiterInnen-Klasse ist die Direkte Aktion
4. Nur die ArbeiterInnen selbst können das globale System der kapitalistischen Ausbeutung beenden.

i2002
International Solidarity Conference
www.fau.org/i2002 · i2002@fau.org

Verein zur Förderung der internationalen Solidarität e.V.
Wolfstraße 10 · Hinterhaus · D-53111 Bonn · Germany
Phone +49(0)228-963 7775 · Fax +49(0)228-963 7774

Buchneuerscheinung Gustav Landauer

Religiöser Gehalt des Anarchismus und anarchistischer Gehalt der Religion?
Anarchismus und Mystik, Atheismus und Religion - in der Person Gustav Landauers fließen solche »unvereinbaren« Elemente zu Beginn des 20. Jahrhunderts zusammen. Joachim Willems' Untersuchung setzt ein bei Einem jugendlichen romantischen Anarchisten, der wegen seiner politischen Überzeugung die kaiserlichen Gefängnisse kennenlernt, verfolgt seinen Weg in die Szene mystisch-sozialreformerischer Aussteiger, weiter in die Welten des europäischen Mittelalters und der jüdischen Tradition, und schließlich durch den Ersten Weltkrieg hindurch in die Münchener Revolution. In einem Kapitel zur Rezeption seiner Gedanken werden Spuren Landauers über seinen gewaltsamen Tod hinaus gesucht: in der anarchistischen Bewegung sowie in Teilen des Zionismus und des christlichen Religiösen Sozialismus, vor allem aber in der Philosophie seines Freundes und Nachlassverwalters, des großen jüdischen Denkers Martin Buber.
Immer wieder wird deutlich: Der zu Unrecht vergessene Philosoph, Politiker und Schriftsteller Gustav Landauer ist auch in unserer Zeit aktuell, in der erneut oder noch immer außerhalb und innerhalb von Kirchen und Parteien das Bedürfnis nach mystischem Heil und sozialer Gerechtigkeit besteht.

Joachim Willems

Joachim Willems:
Die Mystik Gustav Landauers zwischen Meister Eckhart und Martin Buber
ISBN 3-934869-16-5
337 Seiten, broschiert
19,80 EUR

Weitere Informationen über: www.ulmer-manuskripte.de
oder vom Autor: joachim.willems@gmx.de

Einladung

30 Jahre Graswurzelrevolution - Feier und Kongreß in Münster: 21-23.6.2002

Liebe Freundinnen und Freunde der »Graswurzelrevolution« - Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft,
vom 21.6. bis zum 23.6.2002 feiern wir mit einem bundesweiten Kongreß in Münster den 30ten Geburtstag der Graswurzelrevolution.
Mit li(e)bertären Grüßen, i.A. des Arbeitskreis Graswurzelrevolution Münster,

Euer Bernd Drücke (GWR-Koordinationsredakteur)

Redaktion Graswurzelrevolution, Breul 43, 48143 Münster, Tel.: 0251/4829057
Fax: 0251/4829032 email: redaktion@graswurzel.net

19.-29. Juli 2002 in Klein-Schwarzlosen / Sachsen-Anhalt:

3. Politisch-theologische Sommerschule des Institut für Theologie und Politik

In der Sommerschule wollen wir uns in ruhiger Atmosphäre ausführlich (entwicklungs-)politisch, ökonomisch und (befreiungs-)theologisch weiterbilden. Soziale Bewegungen, Befreiungstheologie, Globalisierung und Neoliberalismus sind die Themen. Wir setzen uns mit Schwierigkeiten und Perspektiven von Dritte-Welt-Arbeit auseinander. Gemeinsame Themenerarbeitung ist die Methode.
Anmeldeschluss ist der 30.5.2002.
Teilnehmerbeiträge: 300 _ (ermäßigt) / 400 _ (inkl. Unterk. Und Verpfl.)

Anmeldung und nähere Informationen:
Institut für Theologie und Politik,
Friedrich-Ebert-Str. 7, 48153 Münster,
Tel. 0251-524738; Fax: 0251-524788
itpol@muenster.de

1. Linke Buchtage Berlin

14.06. - 16.06.2002 im Mehringhof, Berlin
Vom 14. bis 16. Juni 2002 werden die Linken Buchtage Berlin, im Mehringhof (Gneisenaustr. 2 a), stattfinden.
Damit wird dem unabhängigen und linken Verlagswesen eine weitere Möglichkeit neben der Linken Literaturmesse in Nürnberg gegeben, seine Bandbreite an Publikationen mit Verkaufsständen und Veranstaltungen zu präsentieren. Mit dem Verschwinden von linken Buchhandlungen und Infoläden verliert auch die alternative Gegenöffentlichkeit mehr und mehr an Raum und Aufmerksamkeit.
Mit den Linken Buchtagen Berlin wollen wir dem interessierten Publikum wenigstens an einem Wochenende die Möglichkeit geben, sich über das Angebot unabhängiger und linker Verlage zu informieren. Darüber hinaus bieten sie eine hervorragende Möglichkeit durch Lesungen und Veranstaltungen den Dialog mit unserem Publikum zu intensivieren. Gebt uns deshalb frühzeitig, spätestens jedoch bis zum 30.04.2002, Bescheid, welche Veranstaltungen Ihr machen wollt. Das Programm der Linken Buchtage Berlin soll von allen teilnehmenden Verlagen selbst gestaltet werden. Wir, die Organisationsgruppe organisieren lediglich den Raum und die Öffentlichkeitsarbeit, koordinieren die Standvergabe und die Raumverteilung für die Veranstaltungen. Die Linken Buchtage Berlin sollen vor allem selbstorganisiert sein. Die Veranstaltungen müssen alle ohne Eintritt oder sonstiger Entlohnung seitens des Mehringhofes stattfinden. Die für den Standbetrieb nötigen Tische, Stühle, etc. bringen die Verlage selbst mit. Die Linken Buchtage Berlin werden von uns in der einschlägigen Presse, im Internet unter: www.verbrecherei.de/buchtage.htm, in den Frühjahrskatalogen von Versendern, mit Flyern auf der Buchmesse in Leipzig und andernorts beworben.

Kontakt:
Verbrecher Verlag
Telefon: 030 / 28385954
e-mail: joerg@verbrecherei.de
Fax: 030 /28385955

Die Organisationsgruppe

9. aktualisierte Auflage der Dokumentation

»BUNDESDEUTSCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK UND IHRE TÖDLICHEN FOLGEN »

- 1993 BIS 2001 -

Nach dem regierungsinitiierten »Aufstand der Anständigen« vom Sommer 2000 wurden die politisch Verantwortlichen jetzt »konkreter« und starteten mit dem Entwurf des sogenannten Zuwanderungsgesetzes und mit dem bereits in Kraft getretenen »Terrorismusbekämpfungsgesetz« einen weiteren Angriff auf Menschenrechte und die Menschenwürde von MigrantInnen und Flüchtlingen. Mit diesen Mammutwerken geraten Flüchtlinge und MigrantInnen per Gesetz unter Generalverdacht. Das ist staatlicher Rassismus, der auch den gesellschaftlichen Rassismus weiter salonfähig macht und legitimiert. Auch das erklärte Ziel, arme und verfolgte Menschen abzuwehren und ausschließlich für die Wirtschaft nutzbare SpezialistInnen in diesem Lande zu akzeptieren, findet in den Gesetzestexten seine Entsprechung. Ein Netz von repressiven Gesetzen, eine Armee von Schreibtischtätern und ein Heer von Polizei- und Bundesgrenzschutz-Beamten stehen den einzelnen Flüchtlingen gegenüber. Die gnadenlose Überwachungs-. Und Vertreibungspolitik wird verschärft fortgesetzt. Außer in Abschiebegefängnissen soll in Zukunft in sogenannten Ausreisezentren mit Psycho-Terror und polizeilicher Gewalt die staatliche Ausweisung forciert werden. Das Verbot, den zugewiesenen Landkreis zu verlassen (Residenzpflicht), das bisher für AsylbewerberInnen galt, wird nicht abgeschafft, sondern auf eine weitere Flüchtlingsgruppe ausgedehnt (auf den Personenkreis, der bisher eine Duldung hatte). Das ohnehin brutale Flughafenverfahren wird auch weiterhin für Kinder und unbegleitete jugendliche Flüchtlinge gelten. Der Zugriffsbereich des BGS, der sich bisher auf einen ca. 30 km Landstreifen an den Landesgrenzen, auf Flughäfen, Bahnhöfen und in Zügen erstreckte, wird im Küstenbereich auf 30 bis 60 km ausgedehnt werden. Die nördlichen Bundesländer werden mit erweiterter BGS-Präsenz rechnen müssen. Ein Grenzübertritt in die BRD bleibt für Flüchtlinge weiterhin lebensgefährlich und diejenigen, die durchkommen, werden mit High-Tech gesucht, oft aufgespürt und von Hunden gehetzt, gebissen und gestellt
Ein Ziel der vorliegenden Dokumentation ist es, anhand von vielen konkreten Einzelbeispielen, den staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus erfahrbar zu machen. Da in der Arbeit größtenteils Geschehnisse dokumentiert sind, bei denen Flüchtlinge und Menschen ohne Papiere körperlich zu Schaden kommen, zeigt sie nur einen kleinen Ausschnitt der Wirklichkeit der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland. DIE DOKUMENTATION UMFAßT DEN ZEITRAUM VOM 1.1.1993 BIS 31.12.2001:
130 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 100 an den deutschen Ost-Grenzen, 343 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 209 an den deutschen Ost-Grenzen, 99 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen; davon 45 Menschen in
Abschiebehaft, 338 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen; davon befanden sich 227 Menschen in Abschiebehaft, 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 171 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt, 16 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode und mindestens 321 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert, 46 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos, 11 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen; 230 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, 58 Menschen starben bei Bränden in Flüchtlingsunterkünften, 511
Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt, 11 Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße. EIN FAZIT: Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen mehr Flüchtlinge ums Leben (261 Flüchtlinge) als durch rassistische Übergriffe (69 Flüchtlinge).
Die Dokumentation ist bei uns auf Papier (DIN A4 - 216 Seiten, Ringbindung) und demnächst auf CD-Rom erhältlich zum Preis von 9,00 EUR (bei Versand: plus 1,60 EUR für Porto & Verpackung); im Netz ab Februar unter der Adresse: www.berlinet.de/ari Interessierte können einzelne Themen auf Papier oder als Datei bei uns anzufordern (z.B. Tote und Verletzte an den Grenzen, Selbsttötungen, Mißhandlungen auf Flughäfen, kurdische Flüchtlinge u.a.m.).

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.
ANTIRASSISTISCHES TELEFON *** ZAG REDAKTION
Yorckstr.59 - 10965 Berlin - Fon 030 - 785 72 81 - Fax 030 - 786 99 84
ari@ipn.de - www.berlinet.de/ari

social forum Tübingen/Reutlingen gegründet

Das »Hearing Tübinger und Reutlinger Initiativen zu den lokalen Folgen derneoliberalen Globalisierung« hat heute in der Eberhardsgemeinde in Tübingen unter aktiver Beteiligung von 25 Gruppen, Initiativen bzw. Einzelpersonen stattgefunden. Daran haben 200 ZuhörerInnen teilgenommen. Nach einem einleitenden Vortrag der Politologin Daniela Setton (Frankfurt) stellten zwöf Gruppen in Redebeiträgen ihre Arbeit und die Auswirkungen von Privatisierung, Mittelkürzung, Flexibilisierung, etc. auf ihr Leben bzw. ihre Aktivitäten dar. Weitere Initiativen waren mit Wandzeitungen und Infotischen vertreten. Dabei wurde deutlich: Die neoliberale Globalisierung zerstört das menschliche Zusammenleben in Tübingen/Reutlingen und weltweit. Dagegen wollen wir Protest und Widerstand organisieren. Eine andere Welt ist nötig - und möglich! In der abschließenden Diskussion über die Zusammenarbeit in einem lokalen »social forum« wurden Ideen gesammelt und weitere Zusammenkünfte zur Planung von ersten gemeinsamen Aktionen vereinbart. Das nächste Treffen wird am Sonntag, 17.3., 19 Uhr in der Tübinger Eberhardsgemeinde (Eugenstraße) stattfinden. Nach dem Vorbild des Genua social forum haben sich nach Protesten gegen den G8-Gipfel in ganz Italien »social forums« als gesellschaftliche Plattformen des außerparlamentarischen Widerstandes gebildet. Mit dem »social forum Tübingen/Reutlingen« ist damit das erste lokale »social forum« in der Bundesrepublik Deutschland gegründet worden.

Kontaktadresse: socialforum-tuebingen@gmx.de WWW: http://www.niatu.net/socialforum-tuebingen

Tatort Globalisierung - Internationalismus nach Seattle, Genua und dem 11. September

25. Bundeskongreß der BUKO (Bundeskoordination Internationalismus)

Frankfurt/Main, 9.-12. Mai 2002

Auch in diesem Jahr veranstaltet die BUKO (Bundeskoordination Internationalismus; früher »Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen«) wieder einen bundesweiten Kongress. Eingeladen sind die über 150 Mitgliedsgruppen und besonders alle interessierten Gruppen, Organisationen, Einzelpersonen, die sich gemeinsam über Themen internationalistischer Solidarität auseinandersetzen und über die eigene Praxis austa uschen wollen. Der Titel des Kongresses weist auf politische Zäsuren hin, die insbesondere für internationalistische Arbeit und entwicklungspolitisches Engagement neuen Diskussionsbedarf eröffnen, aber auch Handlungsoptionen erschließen. Der Kongress m öchte ein Forum sein für Gruppen mit unterschiedlichen Ansätzen, Arbeitsformen und Erfahrungen, die sich alle in dem gemeinsamen Ziel wiederfinden, diese Welt radikal verändern zu wollen. Zusammen mit antirassistischen, linksradikalen, feministischen, antimilitaristischen und Flüchtlingsgruppen, mit Jugend-, Bildungs- und entwicklungspolitischen Organisationen wollen wir ins Gespräch kommen, diskutieren und streiten, essen und trinken, tanzen und neugierig sein, lernen und Kontakte knüpfen. In 5 Podiumsveranstaltungen wollen wir uns von verschiedenen Seiten dem gewaltförmigen Wesen kapitalistischer Globalisierung nähern und unterschiedliche Möglichkeiten der Einflussnahme und des Widerstands ausloten. Die Titel der Podien s ind: Globalisierung/Imperialismus/Krieg; Straßenprotest und Netzguerilla; Nahostkonflikt und Solidaritätsbewegung; Organisation und Organisierung; Internationalismus in der »Neuen Weltordnung«. Daneben gibt es zahlreiche Arbeitsforen, die von vielen verschiedenen Gruppen angeboten und vorbereitet werden. Insbesondere hier laden wir Euch ein, Euch aktiv in den Diskussionen der Arbeitsgruppen einzubringen, oder einfach selbst ein e anzubieten. Meldet Euch bei Fragen, Ideen, Wünschen! Informiert Euch auf der homepage der BUKO (www.buko.info), fordert den Kongreß-Flyer oder die Kongreß-Zeitung an. Macht Werbung und seht die BUKO als Möglichkeit, Eure Politik einzubringen!

Mit besten Grüßen

Das BUKO 25 - Vorbereitungsteam

Kongreßbüro Frankfurt/Main:
Andreas van Baaijen, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt/M (medico), Tel. 069-94438-24
BUKO - Bundeskoordination Internationalismus, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040-393156, FAX 280 55 120, http://www.buko.info/

Camp-Termine

11. oder 18. mai:
demonstration gegen das azr in köln
www.infoladen.net/koeln

voraussichtlich 1.und 8. juni:
aktionstag gegen abschiebung und internierung rund um den frankfurter flughafen

15. juni:
dreiländermanifest (zur auflösung der grenzen) in weil am rhein/basel

19. juni:
aktionärsversammlung der lufthansa zum dritten !? in köln

voraussichtlich 29. juni:
demonstration gegen ausreisezentrum und abschiebeknast in ingelheim/mainz (und wann die demo gegen das projekt x in braunschweig??)

12. bis 19. juli:
5tes kein mensch ist illegal- grenzcamp in thüringen

19. bis 28. juli:
internationales nobordercamp in strasbourg
www.noborder.org

voraussichtlich anfang august:
antirassistisch-antisexistisches summercamp
www.summercamp.squat.net

voraussichtlich im august:
schill-y-out-days in hamburg

voraussichtlich ab 17.August:
2. karawane für die rechte der flüchtlinge und migrantInnen

voraussichtlich 12. (13.) oktober:
internationaler (dezentraler) aktionstag gegen iom
(international organisation of migration)
siehe auch bei www.noborder.org unter iom

Ab sofort erhältlich:

Dokumentation zum antirassistischen Grenzcamp im vergangenen Sommer bei Frankfurt/M

Sie hat 48 Seiten und einiges mehr als ein tolles Titelblatt zu bieten: Chronologie und Aktionsberichte, Einschätzungen und Debatten, Folgeaktionen und neue Campprojekte. Die Doku kostet 3 Euro (bis 10 Ex. plus Versandkosten, ab 11 Ex. incl.) und ist über den Infoladen in Hanau zu bestellen. Auch größere Stückzahl auf Kommission möglich...

Kontakt- und Bestelladresse:
Campdoku
c/o Infoladen, Metzgerstr.8, 63450 Hanau
Email: infoladen_hanau@gmx.net oder: ag3f@oln.comlink.apc.org

Forschung an »nicht-tödlichen« Waffen in den USA

Genmanipulierte Mikroorganismen zur Zerstörung von Materialien

Kaum ein Werkstoff ist vor natürlichen Zersetzungsprozessen sicher - vom Kölner Dom bis hin zu Unterwasserkabeln und Gartenstühlen sind praktisch alle erdenklichen Materialien allzeit gefräßigen Mikroorganismen ausgeliefert. Diese mikrobielle Zerstörungswut kann auch für konstruktive Zwecke gezielt eingesetzt werden, z.B. für die Aufreinigung von kontaminierten Böden. Die natürlichen Bakterien und Pilze sind in der Regel jedoch recht langsam und unzuverlässig. Erst mit Hilfe der Gentechnologie lassen sich sehr viel effektivere Mikroorganismen herstellen - so effektiv, dass die sich auch für den Einsatz als
Biowaffe eignen könnten. In einem Hintergrundbericht hat das Sunshine Project verschiedene militärische Forschungsprojekte in den USA zusammengefasst, die sich im Graubereich zwischen Umweltschutz, biologischer Abwehrforschung und der Entwicklung von offensiven Biowaffen bewegen. Schon werden erste Stimmen bei den US-Militärs laut, die eine Lockerung der Biowaffen-Konvention einfordern, um die neuen, nicht-tödlichen Organismen auch entwickeln und einsetzen zu dürfen. Die deutsche Bundesregierung leistet moralische Schützenhilfe und bewertet die Entwicklung und den Einsatz Material zerstörender Organismen schlicht als friedliche Maßnahme.
Noch steckt die Gentechnik an Material zerstörenden Mikroorganismen in den Kinderschuhen. Für die private Industrie rechnet sich die Technik in zivilen Projekten offensichtlich nicht, zudem ist die Freisetzung gentechnischer Organismen mit erheblichen Umweltrisiken behaftet und wird in den USA vergleichsweise rigide von der Umweltbehörde EPA reguliert. Damit erklärt sich, dass einschlägige Forschungsarbeiten zum größten Teil vom amerikanischen Militär betrieben werden. Einige dieser Arbeiten dienen offensichtlich und unzweideutig rein zivilen Zwecken, z.B. der Aufreinigung von verschmutzen Böden oder Gewässern. So wurde an der Uniformed Services University in Maryland ein gegen Radioaktivität resistentes Bakterium derart genverändert, dass es mit Quecksilber verseuchte Böden aufreinigen kann.
Eindeutig offensiven Charakter hingegen hat die Entwicklung von Pilzen, die den Kunststoff Polyurethan zersetzen. Zur Anwendung dieser mittlerweile patentierten Pilze und ihrer Produkte schreibt der Forschungsleiter aus den Naval Research Laboratories: »Es ist gut möglich, dass mikrobiell produzierte Esterasen benutzt werden, um den Schutzanstrich von Flugzeugen zu zerstören, um so deren Entdeckung und Abschuss zu erleichtern«.
Derartige Forschungsarbeiten werden flankiert von wiederholten verbalen Angriffen auf die Biowaffen-Konvention. Bereits 1995 hat ein Zirkel hochrangiger US-Militärs mit Blick auf die nicht-tödlichen biologischen Waffen eine »regelmäßige Aktualisierung« der Konvention gefordert. Nach bisheriger Lesart verbietet die Konvention jegliche Art von biologischer Kriegsführung, auch die nationale US-Gesetzgebung bezieht ausdrücklich Organismen in das Verbot mit ein, die gegen »Ausrüstung, Versorgungsgegenstände oder Material jeglicher Art« gerichtet sind. Deshalb wird die Forschung in den Naval Research Laboratories noch als Abwehrforschung deklariert, obwohl dies wenig glaubwürdig erscheint, wenn gleichzeitig die zerstörerischen Bakterien patentiert und Selbstmordgene entwickelt werden, um die Bakterien nach einer Freisetzung in die Umwelt zeitlich und räumlich kontrollieren zu können.
Kurz vor ihrem 30. Geburtstag am 10. April steht damit die Biowaffen-Konvention vor einem weiteren Problem. Das bislang geltende umfassende Verbot biologischer Waffen droht jetzt ausgehöhlt zu werden. Dahinter steht einerseits die Revolution in der Bio- und Gentechnologie, die erst die technischen Voraussetzungen für die Material zersetzenden Waffen liefert, und andererseits die veränderte Weltlage nach Beendigung des kalten Krieges, in der das Militär für die veränderten militärischen Konfliktformen - von friedensschaffenden Maßnahmen bis zum Krieg gegen den Terror - nach neuartigen Waffen verlangt.
Die Position des deutschen Auswärtigen Amtes in dieser Frage muss bislang als schweigende Zustimmung zu den US-amerikanischen Projektengewertet werden. Im vergangenen November hat es auf eine Anfrage der PDS-Fraktion nach der rechtlichen Bewertung der Entwicklung und des Einsatzes (!) von Material zerstörenden biologischen Agenzien schlichtgeantwortet: »Artikel I BWÜ [Biowaffen-Übereinkommen] erlaubt ausdrücklich Maßnahmen zu Vorbeugungs-, Schutz- und sonstigen friedlichen Zwecken«. Damit hat die rot-grüne Bundesregierung in ihrer bislang einzigen öffentlichen Stellungnahme zu diesem Thema, wohlwollend betrachtet, eine unkritische Haltung signalisiert. Solange aus Deutschland und Europa kein eindeutiger Gegenwind kommt werdendiejenigen Kräfte in den USA gestärkt werden, die jetzt schon massiv auf eine Aushöhlung der Biowaffen-Konvention hinarbeiten.
Auf internationalem Parkett wird es in den kommenden Monaten auf zwei Konferenzen die Möglichkeit zu einer Intervention geben. Zum einen wird die Fünfte Überprüfungskonferenz der Biowaffen-Konvention im November fortgesetzt. Dort können und müssen die Vertragsstaaten in der gemeinsamen Abschlusserklärung die Entwicklung Material zerstörender Waffen ausdrücklich ächten. Zum anderen findet im April in Den Haag eine Staatenkonferenz zum Cartagena-Protokoll statt, das international den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen regelt und inhärent ihren Einsatz zu kriegerischen Zwecken zumindest außerhalb der eigenen Staatsgrenzen verbietet. Der komplette englischsprachige Bericht sowie einige der Originaldokumente sind auf unseren Webseiten www.sunshine-project.de zu finden.

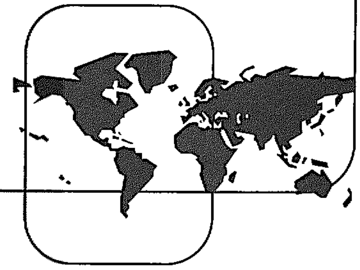
Sunshine Project, Dr. Jan van Aken
Gross Flottbeker Strasse 44, D-22607 Hamburg
Phone: ++49 40 431 88 001
Fax: ++49 40 67 50 39 88

Erste Virtuelle Austellung

Unter http://www.isk-muenchen.de ist die ausgezeichnet aufbereitete virtuelle Ausstellung über die Münchener ISK- Gruppe zu sehen. Der »Internationale Sozialistische Kampfbund« ISK wurde 1926 von Leonard Nelson gegründet. Als kleine Parteiorganisation setzte sich der ISK während der Weimarer Republik für die Verwirklichung eines »ethischen Sozialismus« in der Gesellschaft ein. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus gingen fast alle Mitglieder des ISK 1933 in den Widerstand oder ins Exil.



Ein fabelhaftes Laboratorium



Das Weltsozialforum von Porto Alegre begab sich in Widersprüche

Ein Kommentar von Wolf Dieter Vogel

Es gab auch Spielverderber. Wie zum Beispiel Hebe de Bonafini. Die Sprecherin der argentinischen »Madres del Plaza de Mayo« kritisierte, das Weltsozialforum sei entstanden, »um die Globalisierung zu bekämpfen, nicht, um sie humaner zu machen«. Und die Berliner »Jungle World« unkte: »Was die Redner auf den Gipfeltreffen in New York und Porto Alegre trennte, waren lediglich mehrere Flugstunden.«

So recht mögen solche Statements über das II. Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre nicht mit den Reden zusammenpassen, die in der südbrasilianischen Metropole Anfang Februar gehalten wurden. »Neoliberale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Vereinten Nationen haben keine Legitimation mehr«, erklärte etwa Walden Bello von der NGO »Focus on the Global South«. Der Lateinamerika-Experte James Petras forderte, man müsse »zu einer antiimperialistischen Bewegung« übergehen.

Der Theoretiker Immanuel Wallerstein fasste die historische Bedeutung des globalisierungskritischen Widerstands zusammen. Die alte Strategie der Linken habe auf kommunistische und sozialdemokratische Parteien aufgebaut, sei zentralistisch strukturiert gewesen und habe auf nationale Befreiung sowie staatliche Machtübernahme gesetzt. Das WSF sei nun Ausdruck einer Alternative: »Es existiert keine zentralistische Struktur, im Gegenteil, Porto Alegre ist eine sehr flexible Koalition transnationaler, nationaler und lokaler Bewegungen mit verschiedensten Prioritäten.«

Man kann das WSF nicht von den Ereignissen trennen, in denen sich die globalisierungskritische Szene in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Hier spielt der Zapatistenaufstand in Chiapas und ihr Prinzip des »Preguntando caminamos« (fragend gehen wir voran) eine große Rolle, ebenso die argentinischen Asambleas, in denen sich die Bevölkerung des Landes derzeit gegen die wirtschaftliche Krise organisiert. Nicht zufällig erklärt ein Genua-Aktivist in Porto Alegre, Argentinien sei »ein fabelhaftes Laboratorium für den Widerstand«.

Wer diese Entwicklungen ignoriert, bleibt hilflos gegenüber der hoffnungsvollen Dynamik, die durch das WSF zum Ausdruck kommt. Dass Bewegungslinke nun die »emanzipative Diversität« von Porto Alegre II bejubeln, in der »Dominanzverhältnisse« überwunden seien, ist jedoch naiv. Schon die Zusammensetzung des WSF spricht für sich: Unter den sechs teilnehmerstärksten Staaten finden sich Frankreich, Italien und die USA – neben Brasilien und den Nachbarländern Argentinien und Uruguay. Bewegungen und Organisationen, die nicht aus der Region kamen, sowie kleine NGOs mussten fernbleiben. Finanzkräftige NGOs oder Parteien (-stiftungen) erlangen so zunehmend mehr Einfluss.

Das bringt den vermeintlichen Gegner auf den Plan. Denn die Eliten aus Politik und Wirtschaft, die sich gleichzeitig auf dem New Yorker Weltwirtschaftsforum (WEF) trafen, waren für jede Anregung ihres Pendants im Süden Brasiliens offen. Nicht zuletzt die argentinische Krise hat deutlich gemacht, dass mit zügelloser Privatisierung und restriktiver Währungspolitik auf Dauer kein stabiler Staat zu machen, also auch keine Verwertung zu haben ist.

Damit treffen sich die Interessen des WEF mit denen des Netzwerks Attac oder der brasilianischen Arbeiterpartei (PT), die beide auf sozialdemokratische Regulierung setzen. Das von der PT regierte Porto Alegre und dessen Prinzip des »partizipativen Haushalts« wurde zum Vorzeigemodell des WSF: In der südbrasilianischen Millionenstadt entscheiden rund 100 000 Menschen mit, ob die Steuereinnahmen für Polizeiknüppel oder Kindergärten ausgegeben werden.

Zweifellos kann man dem »glücklichen Hafen« Südbrasiliens die eine oder andere soziale Komponente abgewinnen. Mit dem von vielen GlobalisierungskritikerInnen formulierten »Kampf gegen den Imperialismus« hat das alles jedoch wenig zu tun. Ob der ehemalige Innenminister von Frankreich, Jean-Pierre Chevènement, der brasilianische PT-Präsidentschaftskandidat Luiz Inacio Lula de Silva oder die baskischen Nationalisten von »Batasuna« - man vereint sich in der Gegnerschaft zum »Neoliberalismus«, dem Schimpfwort für alle Boshaftigkeiten, die kapitalistische Verwertung so mit sich bringt. Jenseits findet sich freilich zwischen Keynesianismus und sozialer Revolution ein weites, widersprüchliches Feld. Deshalb verständigt man sich lieber auf einen gemeinsamen Feind: die USA. Fast alle Regierungen der Welt hätten die USA zum »Agenten des permanenten Terrors« delegiert, heißt es in einer WSF-Erklärung zum »Antiterrorkrieg«.

Zum Abschluss des WSF mobilisierte man zu einer Kundgebung gegen die geplante FTAA, einer gesamtamerikanischen Freihandelszone von Alaska bis Feuerland. Damit können sich die GlobalisierungskritikerInnen gleich zweier Partner sicher sein: Der brasilianische Präsidentschaftsanwärter de Silva kritisiert die FTAA, weil sie in Konkurrenz zum Mercosur, dem gemeinsamen Markt Argentiniens, Brasiliens, Uruguays und Paraguays steht. Und auch in der EU, dem wichtigsten Handelspartner des Mercosur, freut man sich über die Kritik am FTAA. Schließlich arbeiten die Europäer derzeit auf eine engere Zusammenarbeit mit dem »Markt des Südens« hin. Folgerichtig empfiehlt ein EU-Unteraus-

schuss, man möge »die lateinamerikanisch / karibischen Organisationen des Weltsozialforums« als kompetente Gesprächspartner einbeziehen.

Auch in einem anderen Punkt sind sich die GlobalisierungskritikerInnen einig. Ohne die Gefahr antisemitischer Tendenzen auch nur anzusprechen, solidarisiert sich das WSF in seiner Abschlusserklärung »mit den Menschen von Palästina und ihren Kämpfen für die Selbstbestimmung ihres Volkes gegen die brutale Besetzung durch den Staat Israel«. Welche Kämpfe? Vertreter und Vertreterinnen der antiimperialistischen Fraktion lassen keinen Zweifel. So erklärte Petras jüngst in der mexikanischen Tageszeitung »La Jornada«, die US-Regierung sei in den Klauen einer jüdischen Lobby gefangen. Und Madres-Sprecherin Bonafini, die ganz verzückt auf die Anschläge vom 11. September reagiert hatte, beschimpft ihre Feinde schon mal als »Juden«.

Dabei könnten sich die GlobalisierungskritikerInnen mit etwas mehr verbaler Zurückhaltung auch in Sachen Naher Osten mit der EU einig werden. Schließlich setzen die Europäer zunehmend auf palästinensische Organisationen, um die US-Hegemonie einzudämmen.

Wolf Dieter Vogel ist freier Journalist sowie Mitarbeiter der Print- und Radioagenturen Poonal/Onda (www.npla.de). Er lebt in Mexiko-Stadt. Die aktuelle iz3w hat hierzu weitere Infos.

EU-Gipfel im März in Barcelona: Vielfältig gegen das Europa des Kapitals

Von Gaston Kirsche

Der EU-Gipfel in Barcelona vom 15.-16. März war begleitet von einer Vielzahl von Straßenaktionen, Diskussionsrunden und Demonstrationen. Am 16. März demonstrierten laut Polizeiangaben eine viertel Million Menschen von der Plaza Cataluña zum Kolumbus-Denkmal am Hafen. Die Innenstadt war voller Demonstranten. Laut Angaben der Veranstalter, der »Kampagne gegen das Europa des Kapitals«, lag die Teilnehmerzahl bei einer halben Million Menschen.

Den letztendlich erlaubten Protesten war eine monatelange Kriminalisierungskampagne seitens der spanischen Regierung vorangegangen. So wurde Ende Januar ein internes Rundschreiben des Innenministers Mariano Rajoy an die Polizei in der Zeitung El Mundo lanciert, in dem nicht nur eine Gefahr von Anschlägen der ETA während des Gipfels behauptet wurde – auch Attentate von anarchistischen Gruppen auf Polizisten wurden als reale Gefahr dargestellt. Außerdem wurde vor 4.000 gewaltbereiten Globalisierungsgegnern gewarnt, die zum Gipfel anreisen wollten. Zusammengenommen mit dem Gerede von möglichen neuen Terroranschlägen im Gefolge des 11. September ergab sich so ein umfassendes Bedrohungsszenario für die Chefs der EU-Staaten und ihr Gefolge, mit dem ein in Barcelona beispielloser Polizeiaufmarsch legitimiert werden sollte. Und der Einsatz der Armee gegen Bedrohungen aus dem Wasser, der Luft und vom Land.

Vier F-18-Abfangjäger wurden auf den zivilen Flughafen Barcelona verlegt, dazu zwei kleinere C-101-Jagdflugzeuge. Ein AWACS-Aufklärungsflugzeug kreiste die ganze Zeit über Barcelona, während Luftabwehrraketen in ständiger Bereitschaft waren. Vor dem Hafen kreuzte die Korvette ‚Vencedora' begleitet von zwei Patrouillenbooten.

Daneben war ein großes Polizeiaufgebot in Barcelona unterwegs: Die Polizeidichte von 8.500 in Bereitschaft stehenden Einheiten der Nationalpolizei, der paramilitärischen Guardia Civil, der katalanischen Mossos d'Esquadra und der städtischen Polizei war größer als bei den Olympischen Spielen 1992 in Barcelona. Dazu Räumpanzer, Wasserwerfer und Wannen in großer Zahl.

Die konservative spanische Regierung unter José María Aznar hat 2500 Polizisten sechs Monate lang speziell für den Einsatz gegen militante DemonstrantInnen trainieren lassen. Parallel fand in Barcelona eine massive Kriminalisierung von Zentren linksradikaler Politik statt: Besetzte Häuser wurden geräumt, einige bekannte AktivistInnen verhaftet unter dem Vorwand, sie seien Mitglieder von ETA. Am 13. Februar legte die spanische Regierung in der EU-Koordinationsgruppe gegen Terrorismus ein Konzept zur europaweite Kriminalisierung aktiver Globalisierungsgegner vor, wie die spanische Zeitung El País unmittelbar vor dem EU-Gipfel am 13. März berichtete: Gefordert wird darin eine Datenbank »für den Austausch von Informationen über Verbindungen zwischen radikalen gewalttätigen Gruppen mit terroristischen Gruppen«. Das klingt erstmal wie ein weiterer Schritt zur Illegalisierung baskisch-linksnationaler Organisationen, denen Verbindungen zu ETA vorgeworfen werden. Der Vorschlag geht darüber noch hinaus: Die spanische Regierung schlägt vor, ihre Sichtweise, wonach radikale antistaatliche Gruppen im Baskenland im Verbund mit Terroristen stehen, auszudehnen auf die ganze EU, wie sie selbst schreiben. Es gehe »um ein sehr nützliches Instrument für die Prävention und Verfolgung der gewalttätigen urbanen Jugendradikalität«. Laut der spanischen Regierung hätten die Mitgliedstaaten »eine graduelle

Steigerung der Gewalt und der kriminellen Sachbeschädigung, ausgelöst von radikalen extremistischen Gruppen, bei

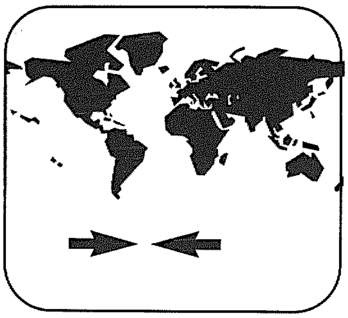
verschiedenen Treffen der EU erlebt, wodurch die Gesellschaft eindeutig terrorisiert wird«.

Einschränkend heißt es weiter: »Es geht nicht um Personen, die ihr Demonstrationsrecht ausüben ... nur um Elemente, die sich in perfekt organisierten Gruppen zusammenfinden, dirigiert von terroristischen Organisationen, um ihre Ziele der Destabilisierung und Propaganda zu erreichen.« Bis jetzt werden nur in Spanien und Italien linksradikale Zusammenhänge unter dem Vorwand, sich angeblich terroristisch betätigt zu haben verfolgt.

Bereits auf der 1.Europäischen Konferenz über Terrorismus in Madrid im Januar 2001 sagte der damalige spanische Innenminister, Jaime Mayor Oreja: »Terrorismus besteht nicht nur in Form von aktiven Gruppen von Kommandoeinheiten, es ist auch ein Projekt, das versucht, Wurzeln in der Gesellschaft zu fassen. Um ihn zu bekämpfen, ist es auch notwendig, gegen die sozialen, ökonomischen, politischen und kommunikativen Strukturen zu kämpfen, die ihn nähren und unterstützen.« Falls sich Spanien mit dem Vorschlag einer Datenbank für militante Jugendliche durchsetzt, könnte es mehr Leuten so ergehen wie dem Sänger der Bareloneser Punkband KOP, Juan Ramón Rodríguez Fernández, der seit über zwei Monaten in Holland im Gefängnis sitzt.

Auch die Reisebeschränkungen für GlobalisierungsgegnerInnen könnten dann ausgeweitet werden. Wie letztes Jahr Italien vor dem G7-Gipfel in Genua, setzte auch Spanien eine Woche vor dem Gipfel das Schengener Abkommen aus. Die Guardia Civil kontrollierte selbst an kleinen Grenzübergängen in den Pyrenäen und in den Zügen. An dem großen Grenzübergang La Jonquera bei Girona wurden bereits Tage vor dem Gipfel 200 mutmaßlichen militanten Globalisierungsgegnern die Einreise nach Spanien untersagt, die daraufhin aus Protest zeitweilig die Autobahn an der Grenze blockierten. Am 16. März wurden dort Dutzende von Reisebussen aufgehalten, die zur Demonstration nach Barcelona wollten. Erst um 18 Uhr, als die Demo bereits begann, durften sie nach langem Hin und Her einreisen. Die Polizei erklärte, unter ihnen würden sich »gewalttätige Elemente« befinden, von denen sich einige auf Listen von Interpol befinden würden, weil sie bei früheren Gipfeln verhaftet worden wären. Hier wurde deutlich, wofür Spanien eine umfassende Datenbank vermeintlich militanter Globalisierungsgegner anlegen möchte. Eintausend Leute, die nicht mehr an eine spätere Einreisemöglichkeit glaubten, kehrten um und demonstrierten in der nahegelegenen französischen Stadt Pergignan »gegen das Europa des Kapitals« und für ihre Reisefreiheit. Eine Folge der peniblen Grenzkontrollen war auch, das in La Jonquera Mitte März über 1.500 MigrantInnen an der Grenze abgewiesen wurden, die keine gültigen Papiere hatten.

In Barcelona selbst war die Polizeipräsenz derart massiv, dass die dezentralen Aktionen, welche am ersten Gipfeltag stattfanden, unter ständiger Observation standen. Am 15. März gab es dabei mindestens 26 Festnahmen. Sechs Leute wurden verhaftet, weil sie an einer Aktion der baskischen Organisation Zuzen, Recht, teilnahmen: Sie hatten mitten auf der Avenida Diagonal einen Unfall nachgestellt, wofür sie ein dort abgestelltes Auto um-



kippten. Bei dem Unfall waren Angehörige eines politischen Gefangenen aus der ETA gestorben. Dafür macht nicht nur Zuzen die spanische Gefängnispolitik verantwortlich, weil die Gefangenen Etarras zum Teil weit entfernt von ihren Angehörigen einsitzen müssen. Zwei über 60jährige Eltern eines Gefangenen wurden bei dieser Aktion verhaftet.

Zu 10 Festnahmen kam es auf den belebten Ramblas am Hafen. Dort sollte eine kleine Demonstration der Gruppe Mars-Attack stattfinden. 30 Polizeiwannen waren vor Ort, jede kleine Versammlung der etwa 500 anwesenden Protestierer wurde von Polizei eingekreist. Mit dem Einsatz von Schlagstöcken und Gummigeschossen und zivilen Greiftrupps wurden Versuche, militant zu protestieren, unterbunden. Das Motto von Mars-Attack lautete: »Auch die Reichen weinen. Der Kapitalismus lässt sich nicht reformieren, sondern nur zerstören«.

Mars-Attack ist Teil des Zusammenschlusses »Kampagne gegen das Europa des Kapitals«, einer der drei Koordinationen von GipfelprotestlerInnen. Andere der vielfältigen dezentralen Aktionen dieser Koordination waren etwa das Nachmalen eines ursprünglich von ZapatistInnen in Chiapas gemalten und dort vom Militär zerstörten Wandbildes oder Aktionen vor den Sitzen großer Firmen, wo mit Straßentheater in der Nähe der Sagrada Familia protestiert wurde »gegen die Schweinereien, die große Firmen oder die Lobbies unter den Teppich kehren«.

Die »Kampagne gegen das Europa des Kapitals« war auch die Veranstalterin der riesigen Demo am 16. März gegen den Gipfel. Gemeinsamer Nenner dieser Plattform ist die Gegnerschaft zu den Institutionen der EU, IWF und WTO – und die Ablehnung von Reformversuchen innerhalb dieser Institutionen. In der Plattform arbeiten Hausbesetzer mit, Feministinnen, zahlreiche linksradikale Gruppen kleinere linke Gewerkschaften und Parteien, MigrantInnengruppen, Peoples Global Action, Ökogruppen und NGOs. Sie schließt zwar Militanz aus, betont aber auch, dass der Kapitalismus Gewalt produziere, weshalb sie sich nicht von militanten Gruppen distanziert.

Zwei einflußreiche Organisationen arbeiten sowohl in dieser Plattform mit als auch in einer zweiten: Attac und IU, die Vereinigte Linke, das Wahlbündnis rund um die spanische KP.

Die zweite Plattform, Soziales Forum von Barcelona, wird dominiert von der traditionellen parlamentarischen Linken: Vorweg die Partit dels Socialistes de Catalunya (PSC), die regionale sozialdemokratische Partei. Die stellt mit Joan Clos auch den Bürgermeister von Barcelona – und hat sowohl bereitwillig die städtische Polizei für den Polizeiaufmarsch zur Verfügung gestellt und nimmt an den offiziellen Empfängen des Gipfels teil. Deswegen hat ihr der spanische Regierungschef Aznar vorgeworfen, sich nicht eindeutig zum EU-Gipfel zu bekennen: Man könne nicht gegen etwas demonstrieren, woran man selbst ebenso wie zahlreiche sozialdemokratische Regierungschefs teilnehmen würde. Neben den sozialdemokratischen Spagatkünstlern und IU ist die linksnationalistische Partei ERC, Republikanische Linke Kataloniens, beim Sozialen Forum dabei. Außerdem die großen Gewerkschaften CCOO und UGT und viele NGOs.

Das Soziale Forum kritisiert die konkrete Politik der EU, aber lehnt ihre Institutionen nicht prinzipiell ab wie die Kampagne. Das Forum verurteilt den Gebrauch von Gewalt durch Demonstranten. Sie riefen mit auf zu der großen Demonstration, aber unter einem eigenen Slogan: »Ein anderes Europa ist möglich«.

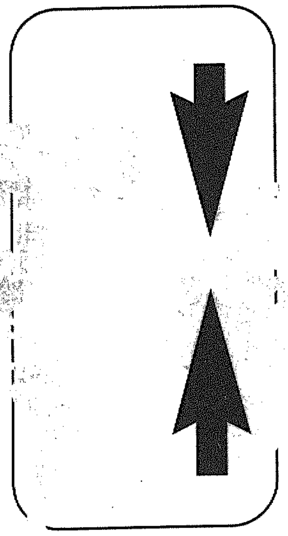
Bereits in Porto Alegre beim Weltsozialforum im Januar waren Vertreter der PSC, auch der Bürgermeister von Barcelo-

na, Joan Clos, um in der Antiglobalisierungsbewegung Einfluß zu gewinnen. Dabei hat sich – wie in Frankreich auch – an der Politik dieser Sozialdemokraten nichts geändert, es bleibt bei Lippenbekenntnissen.

Neben diesen beiden größeren Plattformen gibt es noch eine dritte, wesentlich kleinere: Die Plattform »Katalonien gegen das Europa des Kapitals«. Hier wirken Organisationen mit, welche die Institutionen der EU ablehnen, denen sie die vermeintlich authentischen Nationen des Baskenlandes, Galiziens und Kataloniens gegenüberstellen, die von Spanien unabhängig werden müssten. An erster Stelle steht die Betonung der Rechte von Völkern. Die bekanntesten Mitglieder dieser Plattform sind Batasuna, die linksnationale Partei des Baskenlandes, die sich nie von ETA-Anschlägen distanziert und die Batasuna nahestehende Gewerkschaft LAB sowie Estat Català, katalanischer Staat. Es sind Organisationen, die sich für Nationen ohne eigenen Staat meinen einsetzen zu müssen.

In den Unterkünften und bei den Debatten der Globalisierungsgegner gab es entsprechend den drei unterschiedlichen Koordinationen eine in sich widersprüchliche Vielfalt der Meinungen. Neben galizischen und baskischen Nationalisten waren auch nicht national orientierte Feministinnen präsent, Kollektive von MigrantInnen oder AnhängerInnen der zapatistischen EZLN. Dazwischen tummelten sich auch Einige, die für eine Solidarität mit Palästina eintraten und Israel als imperialistischen Brückenkopf betrachten. An den Bücherständen liefen die Bücher von Edward Said und Noam Chomsky gut. Alle sind irgendwie gegen das Europa des Kapitals, aber nicht unbedingt für Israel, es gab viele lebhafte Diskussionen. Zum Beispiel im Centro de Cultura Contemporània de Barcelona (CCCB), wo einige der dezentralen Diskussionsrunden stattfinden. Einem Migranten aus Nordafrika wurde aufmerksam zugehört, als er erklärte: »Ich bin kein Immigrant, ich bin ein Arbeiter, und es geht darum vom Klassenkampf zu reden, auch wenn es Leute gibt, die sagen, den gibt es gar nicht. Klassenkampf – na klar, es geht darum, unsere Position gegen die Politik der Liberalisierungen zu verteidigen.« Er bekam viel Applaus. Jemand anderes erklärte, soziale Rechte und Kapitalismus seien unvereinbar. Die Deregulierung des Energiesektors, die auf dem Gipfel gerade beschlossen werde, sei ein gutes Beispiel dafür.

An der Spitze der großen Abschlußdemonstration am Abend des 16. März wurde ein großes Transparent der Kampagne gegen das Europa des Kapitals getragen: »Gegen das Europa des Kapitals und den Krieg – Eine andere Welt ist möglich«. Dahinter zahlreiche Transparente und Fahnen in allen Farben: Rote, Schwarzrote, die Fahne der im Bürgerkrieg unterlegenen spanischen Republik, baskische, katalanische und Fahnen von anderen »Nationen ohne Staat« wie Okzitanien sowie von Lateinamerikanischen Staaten wie Argentinien. Auf den Transparenten wurde gegen den Nationalen Wasserplan ebenso protestiert wie für die Legalisierung von Marihuana. Dass alles zum Lärm einer Unmenge von Trillerpfeifen und Trommeln, auf die eifrig



eingedroschen wurde. Als die Spitze der Demonstration am Kolumbus-Denkmal ankam, war ein Großteil noch gar nicht von der Plaza de Cataluña losgegangen.

Parallel zur Demo fand im Fußballstadion die Partie Real Madrid gegen FC Barcelona statt: Selbst dort war der Protest sichtbar. Zwei Aktivisten hatten sich mit T-Shirts, auf denen stand »Stoppen wir das Europa des Kapitals!« an einem Tor festgekettet. Erst mit Verspätung begann so das Spiel, bei dem Zidane für Madrid ein Tor schoß, aber Barcelona den -ausgleich erreichen konnte.

Nach der Demonstration, die eher einem Festumzug glich, kam es noch zu einigen kleinen Aktionen. Kleine Gruppen von Maskierten attackierten Bankautomaten von Banesto, BBVA, Deutscher Bank und der katalanischen Caixa. Daneben wurde aber auch das zentrale Büro der KP-nahen Gewerkschaft CCOO, Arbeiterkommissionen, attackiert. Polizisten auf Motorädern jagten die Maskierten daraufhin. Vorne der Fahrer, hinten ein Polizist, der mit seinem Gewehr Gummigeschosse auf Verdächtige feuert. Es gab mindestens 38 Festnahmen. Unterwegs waren auch Greiftrupps, die gezielt nach vermeintlichen Militanten suchten. Die polizeiliche Bilanz: Insgesamt 109 Festnahmen und fast 30 Verletzte.

Die Kampagne gegen das Europa des Kapitals, die auch das Konzert veranstaltete, bewertete die stattgefunden Aktionen positiv, auch die dezentralen Aktionen, die an verschiedene Punkten in der Stadt stattgefunden haben, und wies entschieden das Verhalten der Polizei zurück: »Es gab Situationen der Gewalt und der Anspannung gegen die Personen, die an diesen Aktionen teilnahmen«. Schon tags zuvor war die Polizei zum Teil sehr brutal gegen dezentrale Aktionen vorgegangen.

Während der Scharmützel nach der Demo strömten viele Menschen zu dem Open-Air-Konzert, dass auf dem unmittelbar neben der Demoroute an der Innenstadt liegenden Berg Montjuïc im Sot del Migdia zum Abschluß der Aktivitäten unter dem Motto »Wir sind Millionen, die Welt gehört euch nicht« stattfand. Dort spielte nach dem Ende der Demo neben Jabier Muguruza, Cheb Balowski und anderen bekannten spanischen Musikern zum Abschluß um fünf Uhr Morgens Manu Chao. Der erklärte am Tag vor seinem Auftritt, warum er dort singt »Wir leben in einer antidemokratischen Situation, weil die, welche entscheiden in den Holdings sind auch diejenigen, welche den Politikern sagen, was sie tun sollen.«

Die Dualkatastrophe der Globalisierung



Von Walden Bello

Foto: Theo Heimann

Man sagt in der Politik und im Krieg bleibt das Glück einem nicht lange treu. Nur für kurze Zeit konnte sich die Bush-Regierung an der Afghanistan-Kampagne erfreuen. Die Geschichte, schlau und unergründlich wie immer, erteilte der Regierung zwei gewaltige Rückschläge: Den Enron-Bankrott und der argentinische Kollaps. Diese beiden überragenden Katastrophen drohen die globale Elite zurück in die Legitimationskrise zu stoßen, die bereits vor dem 11. September ihre Hegemonie weltweit erschüttert hatte.

Enron erinnert uns wirkungsvoll daran, dass die Rhetorik des freien Marktes ein Schwindel der Kapitalgesellschaften ist. Der Neoliberalismus liebt es, sich in der Sprache der Leistungsfähigkeit und einer Ethik auszudrücken, die immer nur das Beste für den größten Teil der Menschheit bringen soll. In Wirklichkeit geht es aber nur um die Förderung korporativer Macht. Enron liebte es, den freien Markt zu preisen um damit seinen Erfolg zu begründen, aber Tatsache ist, Enron wurde nicht zu einer der größten amerikanischen Kapitalgesellschaften durch Marktdisziplin sondern durch den strategischen Einsatz von barem Geld und einer ganzen Menge davon. Durch den Einsatz von hunderten Millionen Dollar in weniger als einem Jahrzehnt kaufte sich Enron buchstäblich an die Spitze um, wie ein Geschäftsmann es der New York Times beschrieb, ein »Schwarzes Loch« von deregulierten Energiemärkten zu schaffen, in denen seine Finanzschwindler ungehindert walten konnten.

Um sicher zu sein, dass die Regierungsbehörden wegschauen und den »Märkten« freien Lauf lassen, war Enron sehr freigiebig zu denen, die Willens waren, Enron zu dienen. Wenige mehr Enron-Gelder »verdient« als George W. Bush, der 623000 Dollar für seine Wahlkampagnen in Texas und auf nationaler Ebene von seinem Freund Kenneth Lay, dem Enron-Hauptgeschäftsführer, erhalten hat. Tief verwickelt in Enrons korporativem Netz sind auch einige seiner engsten Vertrauten: Vize Präsident Dick Cheney, Bundesstaatsanwalt John Ashcroft, der US Handelsbeauftragte Robert Zoellick, der Ratgeber des Präsidenten in Wirtschaftsfragen Larry Lindsay um nur einige zu nennen. Der Enron-Skandal hat das seit dem 11. September gepflegte Image eines Präsidenten für alle Amerikaner erschüttert. Zurück kehrt die Realität eines Präsidenten als Hauptgeschäftsführer für das Amerika der Kapitalgesellschaften.

Der Enron-Skandal bringt uns zurück zu der bitteren Sozialpolitik der 90er Jahre. Wie es Bush selbst in seiner Präsidentschafts-Einführungs-Ansprache sagte: »(Es hatte den Anschein) Wir leben miteinander auf einem Kontinent aber nicht in einem Land«. Wir werden an den ideologischen Kontext der Wahlkampagne des Jahres 2000 errinnert als Bushs republikanischer Kollege John Mc Caine beinahe Präsidentschafts-Kandidat wurde indem er die massive Finanzierung des Wahlkampfes durch Kapitalgesellschaften anprangerte, die die amerikanische Demokratie in eine Plutokratie verwandelt hatte und seine Legitimation ernsthaft unterminierte.

Wir haben immer gesagt, dass die Globalisierung durch Kapitalgesellschaften mit massiver Korruption einhergeht wobei auch die Demokratie untergraben wird. Shell ist dafür ein gutes Beispiel in Nigeria. Dutzende multinationaler Kapitalgesellschaften und die Weltbank waren in Suhartos politischer Ökonomie in Indonesien verwickelt. Im Moment haben wir den

Enron-Skandal, der den Schleier von, wie Wallstreet es nannte, der »New Economy« gerissen hat. Die »New Economy« die schmieriges Finanzgebaren wie das von Enron belohnte und die übrige Welt für die Kosten aufkommen ließ. Ein Resultat davon ist eine rückläufige Wirtschaft wie wir sie möglicherweise seit den 30er Jahren nicht mehr hatten. Deshalb haben wir die Weltbank-Typen, die uns Lektionen in guter Regierungsarbeit geben wollten, immer aufgefordert dies Washington zu erzählen, damit die ihr eigenes Haus in Ordnung bringen können. Korporative Korruption ist eine zentrale Komponente des politischen Systems der USA. Die Tatsache dass sie legal ist und in Form von Wahlkampagnefinanzierung durch »politische Aktions-Komitees« vor sich geht, macht sie nicht weniger unmoralisch wie den korrupten Freundschafts-Kapitalismus (Crony Capitalism) der asiatischen Gattung. Tatsächlich ist die amerikanische Art viel gefährlicher, da wichtige Entscheidungen mit massivem Finanzaufwand nicht nur nationale sondern internationale Konsequenzen haben. Man sollte korrupte Dritte-Welt-Politiker aufhängen und vierteilen, aber, seien wir ehrlich, die Beträge die in bar fließen und der Einfluss den diese Politiker haben ist im Vergleich zur korrupten Einflussnahme in Washington »Peanuts«.



Wenn Enron die Absurdität von Deregulierung gepaart mit Korruption illustriert, so unterstreicht Argentinien einen anderen Aspekt des korporativen Globalisierungsprojekts, nämlich die Liberalisierung des internationalen Handels- und Kapitalflusses. 140 Milliarden Schulden bei internationalen Institutionen, die Industrie im Chaos und ca. 2000 Menschen die täglich unter die Armutsgrenze fallen. Argentinien ist wirklich in einem jammervollen Zustand.

Argentinien ließ seine Handelschranken schneller fallen als irgend ein anderes Land in Lateinamerika. Es liberalisierte sein Kapitalkonto von Grund auf. Und in einem rührenden Kompliment an den neoliberalen Glauben verzichtete die argentinische Regierung auf jede sinnvolle Kontrolle der globalen Ökonomie auf den einheimischen Markt indem es den argentinischen Peso fest an den Dollar band. Dollarisierung, versprachen einige Technokraten, ist gleich um die Ecke und wenn das passiert werden die letzten Puffer zwischen der einheimischen Wirtschaft und dem globalen Markt aufgehoben und die argentinische Nation wird in ein Nirwana des dauerhaften Wohlstandes eintreten.

All diese Maßnahmen wurden auf Drängen oder wenigstens mit der Zustimmung des US-Finanzministeriums oder seines Stellvertreters, des Internationalen Monetary Fund getroffen. Es ist eine Tatsache, dass im Gefolge der asiatischen Finanzkrise, in der die meisten Beobachter die Liberalisierung der Kapitalkonten als das Problem ausmachten, Larry Summers, Staatssekretär im US-Finanzministerium, Argentiniens Ausverkauf seines Finanzsektors als ein Modell für die Entwicklungsländer pries: »Heute sind 50% des Bank-Sektors, davon 70% der privaten Banken in ausländischer Hand. Im Jahre 1994 waren es erst 30%. Das Resultat ist ein tief durchdrungener und effizienter Markt und externe Investoren haben einen größeren Anlass ihre Investitionen in Argentinien zu belassen«.

Die argentinischen Technokraten schienen entschlossen, ihre chilenischen Rivalen in Anbetung des Marktes noch zu übertreffen – und dies interessanterweise gerade dann, als die Chilenen anfingen, die Wirksamkeit des ungehinderten Kapitalflusses anzuzweifeln. Mitte der neunziger Jahre als der Dollar im Wert anstieg, traf das natürlich auch auf den Dollar gebundenen Peso zu. Argentiniens Waren waren auf dem Weltmarkt und im Lande selbst nicht mehr konkurrenzfähig. Eine Erhöhung von Einfuhrsteuern, um Importe zu verteuern, wurde als nicht zulässig betrachtet. Argentinien musste Kredite aufnehmen um die sich ständig verschlechternde Handelsbilanz zu finanzieren und geriet dadurch in eine ständig wachsende Verschuldung. Je mehr Kredite aufgenommen wurden umso höher wuchsen die Zinsen die für das aufgenommene Geld bezahlt werden mussten, da die Gläubiger vor den Konsequenzen des ungezügelten freien Marktes, der ihnen anfänglich soviele Vorteile brachte, zunehmend in Sorge gerieten.

Im Gegensatz zu Summers Doktrin war ausländische Kontrolle des Bankensystems keine Hilfe. Im Gegenteil, ausländische Kontrolle erleichterte den Abfluss von Geldern die im Lande selbst benötigt wurden. Banken wurden zunehmend restriktiv und schränkten Anleihen an Regierung und die lokale Geschäftswelt ein. Ohne Kredit mussten kleine und mittlere und auch einige größere Unternehmen ihre Tore schließen und entließen Tausende in die Arbeitslosigkeit.

Mit dem Hut in der Hand begab sich Argentinien zu seinem Ratgeber, dem IMF, um einen neuen Milliardenkredit auszuhandeln um Zahlungen an der Auslandsschuld Argentiniens von 140 Milliarden Dollar zu leisten. Der IMF verweigerte sich und verlangte von Argentinien Einschnitte in öffentlichen Ausgaben und eine restriktive Geldpolitik. Wie Joseph Stiglitz bemerkte war dies genau derselbe Fehler, den der IMF schon in Asien im Gefolge der dortigen Finanzkrisen gemacht hat: Anstatt die Wirtschaft anzukurbeln, wird, um die Inflation zu bekämpfen, eine restriktive Politik verfolgt, die aber die Wirtschaft weiter schrumpfen läßt. Es scheint, der IMF ist institutionell und absichtlich, nicht in der Lage, von seinen Fehlern zu lernen. Argentinien ist ein weiterer Grund warum der IMF abgeschafft werden sollte.

Reginald Dale, der doktrinäre Freie-Markt-Kolumnist der International Herald Tribune, sorgt sich darüber, dass die argentinische Katastrophe Auswirkungen über Argentinien hinaus haben könnte. Hauptsächlich fürchtet er eine Erosion der Berechtigung des Globalisierungsprojekts und ein Wiederaufleben des Populismus, der es der Bush- Regierung unmöglich machen könnte, seine geplante Freihandelszone für Amerika auszuhandeln.

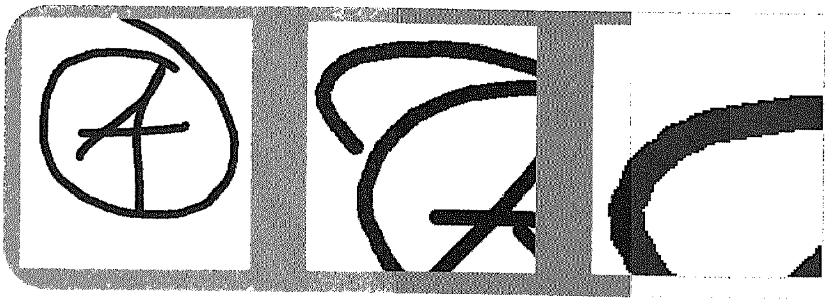
Die Opposition gegen die von den Kapitalgesellschaften angestrebte Globalisierung sollte alles unternehmen, damit die Befürchtungen Dales und der Wall-Street-Washington-Houston-Mafia Wirklichkeit werden und das nicht nur in Latein-Amerika. Der Zusammenbruch von Enron und Argentinien sind so klar in ihren Ursachen und können auch einfachen Menschen in der ganzen Welt leicht verständlich gemacht werden. Dadurch ergibt sich eine gute Möglichkeit, dass die Antiglobalisierungsbewegungen das durch den 11. September verloren gegangene Momentum wieder zurückgewinnen kann. Wie sagt man in Texas?: »Lasst uns die Vögel einfangen«

Übersetzung: Helmut Fiedler

Europol ordnet AnarchistInnen unter »Terroristen« ein!

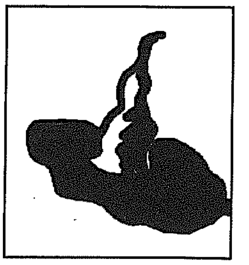
Europol hat einen Bericht veröffentlicht, der angeblichen »anarchistischen Terrorismus« in Europa nachweist. Statewatch zufolge basiert dieser Bericht auf Vermutungen und falschen Angaben aus Italien, und er »vergisst« den Terrorismus der extremen Rechten. Spanien versucht derweil auf europaeischer Ebene eine extrem weit gefasste Konzeption des »Anti- Terror«-Kampfes durchzusetzen. »Europol hat einen Bericht über die ›Lage und die Tendenzen terroristischer Aktivitäten in der Europäischen Union‹ veröffentlicht. Erwartungsgemäß befasst sich der Bericht mit der ETA in Spanien, der Real IRA in Nordirland, der FLNC in Korsika und dem ›terroristischen islamischen Extremismus‹ (also Al Quaida).« (...) Und ... »Eine 2001 neu hinzugefügte Kategorie ist der ›Öko-Terrorismus‹ « , für den im Bericht allerdings kein Beispiel angeführt wird. Der Bericht begnügt sich vielmehr damit, folgendes anzudeuten: »Die radikalen Umweltschützer und die Bewegungen zur Verteidigung der Rechte der Tiere haben eine begrenzte Kampagne durchgeführt. Die währenddessen von ihnen verursachten Schäden waren beträchtlichen Ausmaßes. Für ›Öko-Terrorismus‹ wird auch keine Definition gegeben. Es ist also recht schwierig, eine Unterscheidung zwischen krimineller und ›terroristischer‹ Aktivität zu treffen.« (...) Und weiter ... »Eine andere neue, noch problematischere Kategorie ist die des ›anarchistischen Terrorismus‹. Im Februar 2001 akzeptierte ein Europol -Seminar in Madrid den Vorschlag Spaniens, Portugals, Griechenlands und Italiens, zum Thema ›anarchistischer Terrorismus‹ eine Ermittlungsgruppe zusammenzustellen. Es scheint als habe Europol nach den Demonstrationen gegen die G8 in Genua im Juli 2001 einen Text über den ›anarchistischen Terrorismus‹ verfasst, der nun diesen Bericht stützt. Von einer deutschen Zeitschrift im August 2001 interviewt, erklärte Jungen Storbeck, der Direktor von Europol, dass der ›Black Block‹ der Anarchisten als ›terroristisch oder vor-terroristisch‹ anzusehen sei.«

»Die folgende Analyse überprüft die durch die Annahme eines ›anarchistischen Terrorismus‹ aufgeworfenen Fragen, die im übrigen fast einzig auf die Angaben Italiens und den Versuch Spaniens zurückgeht, legitime politische Gruppen mit Terrorismus in Verbindung zu bringen.« (nach der Übersetzung von Guill)



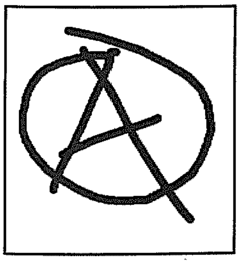
WAS IST VON DEN ITALIENISCHEN »BEISPIELEN« ZU HALTEN, AUF DIE SICH DER BERICHT BEZIEHT? (Zusammenfassung Guills der Statewatch-Analyse)

Der Bericht basiert auf Verdächtigungen sowie auf Untersuchungsverfahren in denen die beschuldigten AktivistInnen freigesprochen wurden. Im besonderen handelt es sich dabei um in Italien gegen AnarchistInnen und andere linke AktivistInnen gestellte Strafanzeigen (im Rahmen der Konfrontationen zwischen DemonstrantInnen und Polizei anlässlich des G8- Gipfels in Genua). Gleichwohl sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen und basieren z.Zt. auf simplen Vermutungen. Im Juli und August 2001 gab es in Italien zwei kleine Explosionen, die verdächtigten AnarchistInnen wurden entlastet. In einem Fall führten die Ermittlungen zur Anklage von Aktivisten der extremen Rechten, im anderen Fall ins mafiöse Milieu. Die traurige italienische Geschichte der angeblichen »anarchistischen Terroristen«. Erwähnenswert ist, dass während der »bleiernen Jahre« sehr viele AnarchistInnen oder andere »Linke« terroristischer Angriffe beschuldigt worden waren, aber freigesprochen werden mussten. Die Prozesse hatten gezeigt, dass die Anschläge von AktivistInnen der extremen Rechten organisiert worden waren, u. a. von Ordine Nuovo, einer neo-faschistischen Gruppe mit allseits bekannten Verbindungen zu italienischen und amerikanischen Geheimdiensten (die Explosion einer Bombe in der Banco dell'Argicoltura in Mailand forderte 1969 16 Tote, die Explosion vor dem Kommissariat von Mailand im Jahr 1973). Ein anderes Verfahren, wegen zweier Explosionen 1998 und 1999, hat zur Verurteilung eines Mitglieds des italienischen Geheimdienstes geführt, wegen des Besitzes von Sprengstoff. Europol »vergisst« die wahren italienischen Terroristen der extremenRechten Infolge des versuchten Sprengstoffanschlags auf Räume der kommunistischen Zeitung Il Manifesto im Dezember 2000 (der Ausführende selbst wurde dabei verletzt) wurde ein Aktivist der extremen Rechten, der Verbindungen zum Anführer der Forza Nuova, Roberto Fiore, unterhält, festgenommen und zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Kürzlich wurde ein Museum des [antifaschistischen] Widerstands mit Sprengstoff angegriffen. Kein einziger terroristischer Akt der extremen Rechten findet in dem Bericht von Europol Erwähnung.



AUSWEITUNG DER DEFINITION DES »TERRORISMUS« IN SPANIEN (ebenfalls Zusammenfassung der Statewatch-Analyse von Guill)

2000 hat die spanische Regierung die Anti-Terror-Gesetze verschärft. Sie wollte auch die politische Partei Batasuna auf die EU-



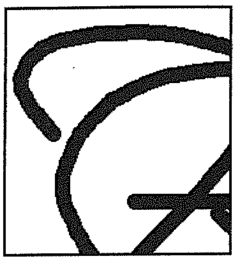
Liste terroristischer Organisationen setzen. Nach der neuen Definition Spaniens gehört Störung der öffentlichen Ordnung zu »terroristischen« Vergehen, falls sie politisch motiviert ist. Die Anregung und Billigung solcher Delikte macht eineN, wie die/den AusführendeN selbst, zum »Terroristen«. So kann jedes Vergehen, beispielsweise inspiriert durch den Willen zur Unabhängigkeit des Baskenlandes, als terroristisch gesehen werden. Wenn sich eine Gruppe gegen die anti-terroristische Polizei Spaniens wendet (auf der Ebene der Menschenrechte oder in anderen Bereichen), wird sie zu einer Gruppe, die ihre legale Stellung missbraucht, um die Terroristen zu »unterstützen«.

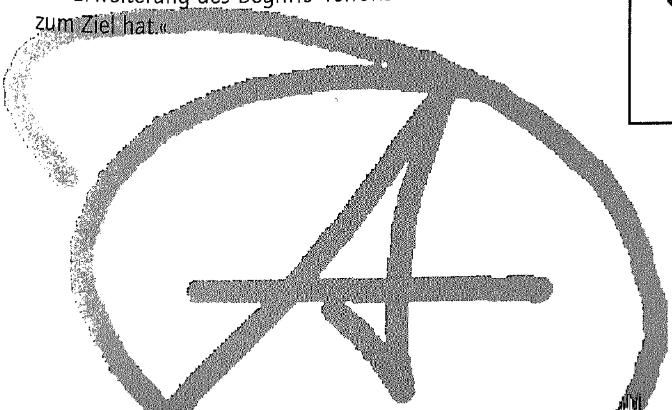
Mit einer so weitläufigen Definition versteht mensch besser, wie Spanien überall Terroristen sehen kann! Wenn dieses Kriterium auf europäischer Ebene angenommen würde, könnte es dazu kommen, dass alle AktivistInnen in der EU als »Terroristen« qualifiziert werden. Kommentar des Herausgebers von Statewatch: »Der Ausschluss der von Aktivisten der extremen Rechten in Italien ausgeführten Sprengstoffanschläge (ganz zu schweigen von den zahlreichen rassistischen Angriffen auf MigrantInnen in vielen Ländern der EU) gibt Anlass zu der Vermutung, dass die Anführung eines ›anarchistischen Terrorismus‹ und eines ›Öko-Terrorismus‹ in diesem Bericht über die Lage in der EU die Kriminalisierung der radikalen Linken und die Erweiterung des Begriffs ›Terrorismus‹ zum Ziel hat.«

NEUES RISIKO DER AUSWEITUNG DES BEGRIFFS »TERRORISMUS« AUF EU-EBENE

Die aktuelle spanische EU-Ratspräsidentschaft hat jüngst den Entwurf einer Entscheidung des EU-Rats vorgestellt. Diese Entscheidung ist von der neuen spanischen »Terrorismus«-Konzeption (s. o.) inspiriert. Sie sieht u.a. den Austausch von »Informationen« über die »gewaltbereiten politischen Extremisten« vor. Statewatch zufolge könnte dieser Entwurf jedeN DemonstrantIn zu einem potentiellen Terroristen machen.

A- Infos: http://www.ainfos.ca/





ATTAC, Berlusconi und eine andere Welt

un mondo diverso è possibile

Am Sonnabend war auf der Berlinale unter den Sondervorführungen ein italienischer Kollektivfilm über den G-8-Gipfel in Genua zu sehen. Das Projekt war lange geplant. Über 30 Regisseure und zahlreiche weitere italienische Filmschaffende schlossen sich zusammen, darunter Ettore Scola (Die Familie), Mario Monicelli, Francesco Maselli, Gillo Pontecorvo, Damiano Damigiani, die Brüder Taviani, Woody Allens Kameramann Carlo di Palma und der frühere Biennale-Leiter Carlo Lizzani. Ihr Ziel: Die Aktivitäten der ATTAC-Bewegung rund um den G8-Gipfel in Genua zu erfassen und davon ein anderes Bild zu zeigen, als es die Massenmedien bis dahin meist verbreitet hatten. Durch sie – und durch die suggestive Bezeichnung ATTAC – war der Eindruck von einer Horde Krawallmacher entstanden. Der Film sollte die andere Seite zeigen – Menschen, die Genua zum Ort eines friedlichen Happenings machen, die nach Alternativen zum Liberalismus und der fortschreitenden Verarmung der dritten Welt suchen. Statt der 40.000, die die Polizei erwartet hatte, kamen 300.000 Teilnehmer. Der Film, der fast ohne Worte auskommt, zeigt Momentaufnahmen aus der Stadt.



Der Hafenvon Genua scheint plötzlich das Malecon von Havanna zu sein, dann fühlt man sich in den Karneval von Rio de Janeiro versetzt. Man sieht bunte multikulturelle Bilder, tanzende, fröhliche Menschen. Alle handeln sie aus einer einzigen Motivation heraus: Sie wollen eine andere Welt, und sie behaupten: un mondo diverso è possibile, die andere Welt ist möglich. »Wir sind die erste weltweite Bewegung«, sagt eine Teilnehmerin, »die einzig für eine bessere Welt kämpft, frei von Interessen und Ideologien. Bekanntlich wurde das Filmprojekt von einer anderen Wirklichkeit eingeholt – der zweite Teil zeigt Bilder von der Eskalation und vom Tod des Demonstranten. Der Intention, einer Utopie Farbe zu verleihen, bleiben die Regisseure treu: Francesco Maselli und Mauro Berardi waren soeben beim alternativen Weltsozialforum in Porto Allegre und haben wieder gefilmt. Der Titel erneut: Eine andere Welt ist möglich. Der Film sollte ursprünglich auf der Biennale in Venedig gezeigt werden.

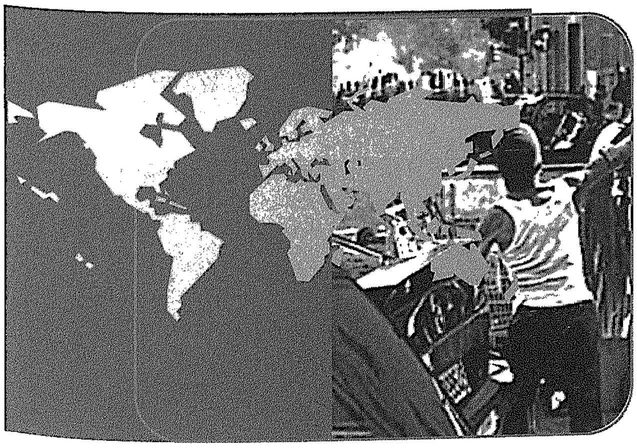
Fast dieselben Filmschaffenden, die am kollektiven Film beteiligt waren, trafen sich kürzlich in Rom auf einer Versammlung, auf der Ettore Scola zum »Widerstand« gegen die Kulturpolitik Berlusconis aufrief. Gerade war bekannt geworden, dass Berlusconi nach dem Leiter der Biennale von Venedig, Alberto Barbera, nun auch der Leiter des Cinema Sperimentale, der nationalen Filmschule vorzeitig ersetzt worden war.

»Kein anderer Film hat mir so viel gegeben«

Interview mit Mauro Berardi, Produzent des Films »Un mondo diverso è possibile«

Wer hatte die Idee, diesen Film zu drehen?
Citto Maselli, der schon früher Erfahrung gesammelt hatte mit solchen Kollektivunternehmen.
Hatte er die Idee schon vor den Ausschreitungen auf dem Genua-Gipfel?
Ja, vorher! Da wussten wir absolut noch nicht, was passieren würde. Zwei Wochen vor Genua haben wir die Teams zusammengestellt.
War es schwer, so viele Filmschaffende für das Projekt zu gewinnen?
Im Gegenteil, es wurden zu viele. Vielen mussten wir absagen.
Wie gingen Sie praktisch vor? Wie sammelten Sie das Material?
Wir haben für die 35 Regisseure 25 Miniteams gebildet, je bestehend aus einem Regisseur, einem Kameramann und einem »Runner«, der sich vor Ort auskannte. Die Drehorte suchten wir nach thematischen Gesichtspunkten aus und gingen dann zum Filmen hin. Jeden Abend kam das Material herein und wurde geordnet und katalogisiert. Wir hatten ein Hauptquartier, wo sich alle versammelten und von wo die Teams wieder hinausgeschickt wurden.Insgesamt haben wir 300 Stunden Material verdreht.
Oft hat man den Eindruck, dass die Ereignisse im Film gar nicht in Genua stattfinden, sondern z.B. in Südamerika. Alles wirkt sehr multikulturell.
Sicher, es sind ja auch Leute aus der ganzen Welt da bei diesen antiglobalen Veranstaltungen. Das macht ihren Reiz

aus. Jetzt wieder in Porto Allegre. Nein, alles was man im Film sieht, ist in Genua passiert. Aus dem Material haben wir zwei Filme gemacht. Der erste, »Genua per noi«, ist ein anklagendes Video von Paulo Petrangeli, Wilma Labate etc,. Darin finden sich die härtesten Szenen und die Auseinandersetzungen. Der andere ist »Un mondo diverso

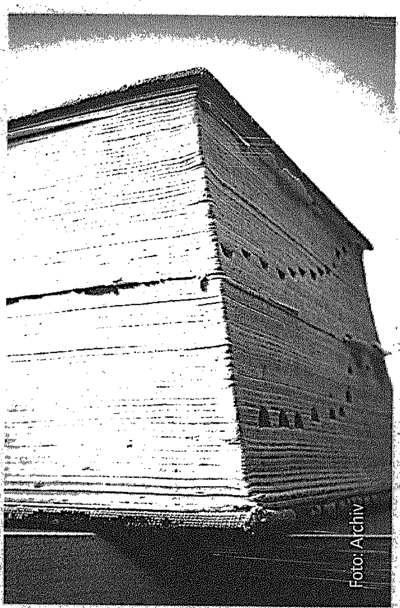


è possibile« von Maselli, Scola, Monicelli,

Pontecorvo, Soldini und vielen anderen und betont mehr den verbindenden internationalen Charakter.
Warum wurde der Film nicht in Venedig gezeigt?
Weil er noch nicht fertig war. Deshalb gab es dort nur eine Pressekonferenz.
Also spielten keine politischen oder ästhetischen Gründe mit?
Nein, absolut nicht. Nur das Material war noch nicht fertig.
Ist dieser Film ein Pro-Attac- oder ein Anti-Berlusconi-Film?
(lacht) Ein Film gegen den G8-Gipfel, nicht gegen Berlusconi. Wenn man aber jetzt liest, dass dieselben Leute, die sich daran beteiligten, nun zum Widerstand gegen die italienische Kulturpolitik der Disziplinierung aufrufen, könne man meinen, dass dieses politische Stellungbeziehen mit dem G8-Film begonnen hat. Der Film war jedenfalls gegen etwas gerichtet, was die ganze Welt betrifft. Ettore Scola und andere schlagen dann natürlich auch ihre eigenen Schlachten.
Wie ist die Situation für die Filmschaffenden jetzt? Gerade wurde der Direktor der nationalen Filmschule Italiens, Lino Micciché, vorzeitig abgelöst.
Die Rechte tauscht zur Zeit die Film- und Fernsehspitzen aus. Nur: Leider haben sie zuvor eben die Wahlen gewonnen. Wir protestieren und tun, was wir können, aber ob es viel hilft, wissen wir nicht.
Die italienische Botschaft in Berlin wollte die Veranstaltung »nicht ausdrücklich« unterstützen. Verstehen Sie das?
Ich verstehe das schon. Sie erinnern sich vielleicht, dass ich den Film »Il caso Moro« produziert habe. Den hat Moritz de Hadeln damals gegen den Willen der italienischen Regierung ins Programm genommen. Ich kenne die Mechanismen also! Es ist nicht das erste Mal, dass mir so etwas passiert. Aber der Film ist politisch, weil er gegen den G8-Gipfel gerichtet ist.
Was bedeutet es für Sie, dass über die Initiative Friedensfilmpreis die Projektion des Films möglich wird, obwohl er eigentlich nicht ins offizielle Berlinale-Programm passte?
Ich fühle mich in meiner Arbeit bestätigt und freue mich, den Film vorstellen zu können. Ich hatte schon viele grosse Erfolge, aber so viel persönliche Genugtuung wie der hat mir zuvor noch kein anderer Film gegeben.

Ein Laboratorium des Schlechteren: Interview mit Francesco Maselli

Signor Maselli, kürzlich fand eine Versammlung der Filmschaffenden statt, zu der Sie angeregt haben. Dabei wurde der Kulturpolitik von Berlusconi der Widerstand angesagt ...
»Widerstand« könnte falsch, zu passiv verstanden werden. Wir haben viele Ideen. Auch der Widerstand gegen den Faschismus und den Nazionalsozialismus war ja mit dem Projekt einer anderen Welt verbunden. In diesem Sinn sind wir gegen die Mechanismen, die jetzt eingeleitet worden sind: dagegen und konstruktiv zugleich.
Dienen diese Mechanismen der Gleichschaltung der italienischen Kulturwelt?
Die Gefahr ist da, aber ich will nicht zu holzschnittartig argumentieren. Die Tendenz geht dahin, dass an die Stelle kompetenter Fachleute Parteigänger der Rechten ohne Erfahrung treten. Paolo Baratta zum Beispiel, der bis vor kurzem die Biennale von Venedig leitete, hat eine grossartige Arbeit gemacht und die Biennale auf den Weg einer völligen Umstrukturierung gebracht. Sie ist jetzt ständig aktiv, nicht nur während der Festivals. Sein Nachfolger, Franco Barnabé, hat auf diesem Gebiet keinerlei Erfahrung und behindert diesen Prozess natürlich. Noch Schlimmeres passiert zur Zeit mit dem Centro Sperimentale, der nationalen Filmschule. Dort hat man an die Stelle eines ausgewiesenen Filmfachmanns, Lino Micciché, einen Soziologen auf den Chefsessel gesetzt. Der Mangel an Kompetenz führt zur Zerstörung ganzer Kulturzweige. Das kann auch Berlusconi nicht wollen.
Die offizielle Argumentation lautet aber, das sei nur die Konsequenz aus der Einführung des amerikanischen »spoil systems«. Wenn eine neue Regierung an die Macht kommt, soll sie die Führungskräfte in den gehobenen Positionen austauschen.
Ja sicher, das hat seinen Ursprung im Votum für das Mehrheitswahlrecht, das Italien zweigeteilt hat, weshalb ich persönlich dagegen war. Aber dieses System zwingt einen doch nicht, gleich alle auszutauschen. Es ist doch völlig überzogen, einen, der gute Arbeit gemacht hat, durch einen ahnungslosen Funktionär zu ersetzen. Die Rechte hat beim Kino nur wenige Experten: Zefirelli und Squitieri, nur die zwei. Deshalb müssten sie eigentlich sehen, was sie alles zerstören, selbst von ihrem Standpunkt aus. Es ist typisch italienisch, widersprüchlich, und soweit normal. Aber hier haben wir uns ein Laboratorium des Schlechteren eingehandelt.
Nun soll ein Neofaschist in den EU-Konvent, die die europäische Reformdebatte führen soll: Gianfranco Fini, der sich kürzlich von der Äusserung nur lau distanziert hat, Mussolini sei der bedeutendste Mann des 20. Jahrhunderts.
Das ist gefährlich, was soll ich sonst dazu sagen. Symbolischer geht es nicht: Fini, einen Vertreter der äussersten Rechten zum Repräsentanten Italiens in einem so bedeutenden Gremium zu machen. Es wird immer schlimmer.
Sehr viele italienische Filmschaffende, die sich jetzt gegen Berlusconis Kulturpolitik auflehnen, waren am kollektiven Film über den G8-Gipfel von Genua beteiligt. Was bedeutet es für sie, dass der Film jetzt, obwohl er aus formalen Gründen in das offizielle Programm der Berlinale nicht hineinpasste, in Berlin doch noch vor der internationalen Presse vorgestellt werden kann?
Zuerst einmal ist es die Anerkennung einer grossen kollektiven Anstrengung aller, die sich an diesem Film beteiligt haben; das Anliegen von ATTAC, die 1000 regionalen Kulturen zu stärken, ist sehr wichtig. Dann werden wir auch unser Möglichstes tun, von dort aus einen Appell zum konstruktiven Widerstand gegen die Verarmung der italienischen Kultur zu richten.
Initiative Friedensfilmpreis Pressebüro
http://www.friedensfilmpreis.de



Die Wüste lebt – Jenseits von Kapital und Staat

Eine Rezension des gleichnamigen Buches von Helmut Thielen

Die Literatur zum Thema Globalisierung ist zwischenzeitlich unüberschaubar geworden und bietet eine große Differenzierung. Neues und Grundlegendes ist seltener geworden. Thielens Buch zählt zu diesen Ausnahmen. Er geht aber auch über das Thema Globalisierung im engeren Sinne hinaus und bietet eine umfassende Kapitalismuskritik. Für Thielen gibt es keine »Globalisierungsfalle«, wie sie von Hans-Peter Martin und Harald Schumann in den 90er Jahren diagnostiziert wurde, sondern vielmehr eine Kapitalismusfalle. Der Autor, der einst über Agrarfragen in Lateinamerika arbeitete, lebt seit 1995 in Brasilien und lehrt dort in Sao Leopoldo Soziologie und Nachhaltige Entwicklung.

In einem ersten Teil erfolgt eine ebenso überzeugende wie anspruchsvolle Analyse gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse als Ausgangspunkt seiner Studie. Emotionslos und prägnant beschreibt er den Zustand real existierender neoliberaler Herrschafts- und Gesellschaftsformen mit der moralischen Kategorie der Menschenwürde und der empirischen Kategorie der Armut und Verelendung. Den Kern kapitalistischer Vergesellschaftsungsformen – und damit seine Definition von Kapitalismus, die jedoch leider erst viel später im Text folgt (warum?) –, beschreibt Thielen mit dem griechischen Begriff »techne«, d.h. die Entfaltung des »Zusammenhangs von Herrschaft, Verfügung und Macht« (S.184).

Bei dieser Analyse wird seine Distanz zu klassischen marxistischen Erklärungsmustern ebenso deutlich wie seine Ablehnung philantropisch-bürgerlicher Kritik. Er entwickelt Argumente gegen die moderne Ideologie und den Mythos, dass es gerade der Kapitalismus sei, der Armut und Verelendung überwinden könne.

In einem weiteren Schritt widmet er sich verschiedenen Alternativmodellen zum Kapitalismus wie der Theologie und Philosophie der Befreiung sowie reformpolitischer Modelle wie der Sozialdemokratie und ihrer neuen Variante à la Blair und Schröder. Er zeigt dabei deutlich ihre 'mittlere Reichweite' bei der Überwindung von Herrschaftsstrukturen auf. Hier wird auch Thielens Messlatte sichtbar : Entscheidend ist die Frage, ob die Kritik in der Lage ist, Alternativen jenseits der zentralen Herrschaftsinstrumente wie Staat und Kapital zu entwickeln. Dies können die angesprochenen Modelle seiner Meinung nach jedoch nicht leisten. Thielen entpuppt sich spätestens hier als libertärer Kritiker. Mit Bezug auf die anarchistische Praxistheorie von Landauer, Kropotkin und Bookchin und aus der Perspektive eines Etienne de La Boétie, »seid entschlossen keine Knechte zu sein, und ihr seid frei«, fragt Thielen nach gesellschaftlichen Alternativen jenseits von Staat und Kapital. Er versucht sich an einer libertären Praxistheorie der Selbstbefreiung und wagt sich damit politisch und wissenschaftlich auf dünnes Eis indem er die Gefahr eingeht, bewußt mißverstanden zu werden. Obgleich er den Anspruch hat, auf einem libertären – sprich: anarchistischen – Fundament seine Theorie zu entwickeln, steigt er hier nur marginal in die akutelle und historische Diskussion ein. Der Bezug zum Anarchismus erscheint an dieser Stelle in weiten Teilen als Lippenbekenntnis und Fassade – obgleich dem nicht so ist.

Ein wichtiger Eckpunkt seiner Analyse ist das Moment gesellschaftlicher Herrschaft von Menschen und Sachen über Menschen. Aktuelle gesellschaftliche Verhältnisse sind für Thielen »ein totales System von Herrschaftsstrukturen« (S. 122). Neben Menschenwürde und Armut erweitert er seine Diskurskategorien hier mit den Begriffen Freiheit, Herrschaft und Glaube, die er zu einem Theoriekonstrukt verbinden will.

Im Mittelpunkt steht bei ihm jedoch die Frage, wie es möglich werden wird, jenseits von Kapital und Staat den Kapitalismus zu überwinden? Allein der Bezug auf die klassische anarchistische Theorie wäre dabei allerdings zu simpel und nichtssagend. Thielen wird hier konkreter und verweist auf neue soziale Bewegungen wie die »Landlosen« in Brasilien und die Zapatisten in Mexiko als Beispiele jenseits von Staat und Kapital. Genannt werden außerdem die Widerstandaktionen gegen internationale Wirtschaftszusammenschlüsse wie der IWF oder die WTO sowie indigener Widerstand in Mittel- und Südamerika.

Der Band dokumentiert einerseits deutlich Thielens Kompetenz und Detailkenntnis über Süd- und Mittelamerika. Andererseits vernachlässigt er aber auch Aspekte der Kinder- und Frauenbewegungen als Widerstandszellen in diesen Regionen sowie Beispiele aus anderen Kontinenten.

Fazit: Thielen gelingt es libertäre Theorieelemente an den aktuellen Kapitalismus- und Globalisierungsdiskurs anschlußfähig zu machen und diese Praxistheorie als ein Denk- und Handlungsmodell zur Verfügung zu stellen. Thielens Ziel ist eine »Kritische Theorie der Emanzipatorischen Praxis« (S. 295). Dazu stützt er sich zentral auf die Elemente einer libertären Herrschafts- und Freiheitskritik an Staat und Kapital, aber auch auf die marxistische politische Ökonomie. Dies sind, wie er schreibt, neue Wege »Zwischen Marx und Landauer« (S. 183 ff.). Insgesamt ist Thielen dieses anspruchsvolle Vorhaben in einem ersten Schritt gelungen, wenn auch noch nicht ausgereift und systematisch zu Ende gedacht. Obgleich das Buch systematisch betrachtet einen Patchwork-Charakter hat und entspre-

chend nicht aus »einem Guß« ist – die verschiedenen Kapitel scheinen in einigen Fällen einen anderen bzw. autonomen Ursprung zu haben – , kann Thielen überzeugend den Bedarf und die Sinnhaftigkeit einer libertären Theorie und Kritik für die Gegenwart darstellen. In einer Fortführung seiner Gedanken wäre es allerdings sinnvoll, die historische und aktuelle libertäre Theoriedebatte umfassender einzubauen und zu rezipieren, die Analysebegriffe »Gesellschaft« und »Gemeinschaft« im Sinne von Ferdinand Tönnies, Gustav Landauer und Martin Buber anzuwenden um die Differenz zwischen einer kapitalistischen Gesellschaft und einer libertären Gemeinschaft jenseits von Staat und Kapital deutlicher herauszuarbeiten und schließlich auch weitere Belege in anderen Kontinenten für ein neues Widerstandspotential aufzuspüren. Thielens neues Buch wird damit trotz systematischer Schwächen zu einem wichtigen Beitrag (1.) für den aktuellen Globalisierungsdiskurs indem er libertäre Bewertungskriterien einführt und (2.) für die gegenwärtige Theoriedebatte innerhalb des Anarchismus indem er seine Anschlußfähigkeit an die Gegenwart aufzeigen kann.

Ulrich Klemm

Helmut Thielen: Heidelberg: Verlag Graswurzelrevolution 2001, 363 Seiten, ISBN 3-9806353-3-3, 39,80 DM

Annette Ohme-Reinicke:

Wider autonome Mythologien

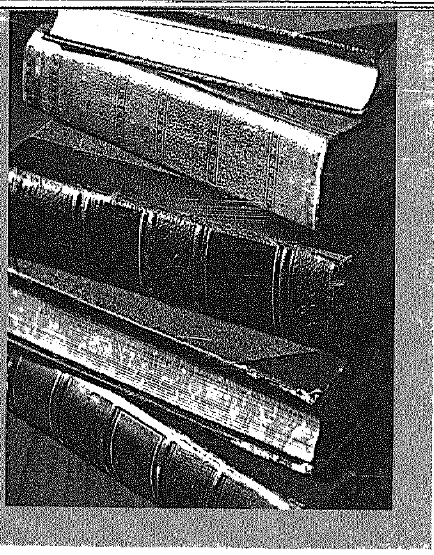
Rezension über: Autonome Lupus-Gruppe: Die Hunde bellen... Eine Zeitreise durch die 68er Revolte und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre.

Die sozialen Kämpfe der 70er und 80er Jahre in Deutschland brachten nurwenige Aktivisten hervor, die den Versuch unternahmen, über ihre Erfahrungen Bücher zu schreiben und dabei aktuelle Entwicklungen aus der Perspektive der Revolte zu reflektieren. Zu diesen wenigen gehört die »Autonome Lupus-Gruppe Frankfurt«. Seit Jahren greift sie Themen der autonomen Szene auf.

Zum Anlass für das neueste Buch »Die Hunde bellen... Eine Zeitreise durch die 68er Revolution und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre« wurde eine bittere Enttäuschung: Ein früherer Mitstreiter aus der autonomen Szene, der als integer und zuverlässig galt, wurde 1999 freiwillig zum Kronzeugen vor Gericht; seine Aussagen, in denen er sich und andere als ehemaligen Aktivisten der »Revolutionären Zellen« (RZ) bezeichnete, brachten zahlreiche Personen auf die Fahndungsliste der Polizei oder hinter Gitter. Dies wirkte um so krasser, als der Denunziant, Tarek Mousli, autonome Ideale undautonome Geschichte aufrecht verkörperte: Von der Anti-AKW-Bewegung bis zuden Hausbesetzungen der 80er Jahre war er aktiv; als Könner von Karatezeigte er Unverwundbarkeit gegenüber polizeilichen Übergriffen, er trat zuweilen als Beschützer vor Festnahmen auf und personifizierte – im Libanongeboren – eine Verbindung zur sogenannten Dritten Welt. Der Zusammenbruch dieses Ideals durch seine plötzliche Mutierung zum Verräter hinterlässt imautonomen Milieu Erschrecken, Unverständnis und Niedergeschlagenheit. Diese Stimmung greift die autonome Lupus-Gruppe auf und stellt die Frage, wie undvor allem warum es zu diesem Verrat gekommen ist. Um dies zu beantworten, lässt sich Lupus vom Leser bei einem Streifzug durch die Geschichte begleiten.

Dieser fängt genauer betrachtet jedoch nicht – wie der Titel ankündigt – mitder Revolte von 1968 an, sondern danach: Anfang der 70er Jahre. Zu der Zeit also, da die Häuserkämpfe tobten, die Spontis entstanden, Joschka Fischer und Daniel Cohn Bendit noch militante Aktionen planten und im überfüllten Hörsaal der Frankfurter Universität um das Für und Wider bewaffneter Politik gestritten wurde. Die im antiautoritären Kampf der Studentenbewegung einst vereinte Linke strebte bereits immer deutlicher in verschiedene Richtungen.

Eine davon war der Weg ins Parlament. Eine andere führte zu klandestinen Organisationsweisen zwecks Durchführung direkter Aktionen; die Anhängerschaft der RAF, der »Bewegung 2. Juni« und der »Revolutionären Zellen« (RZ) war keineswegs gering. Das Schicksal der Parlamentarier sollteauf eigentümliche Weise mit dem der Militanten verbunden bleiben und so traf man sich unlängst im Frankfurter Gerichtssaal, im Prozess gegen Hans-Joachim



Klein wieder. Dieser hatte sich nach seiner Beteiligung am Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien 1975 von den RZ getrennt und Schutz bei Frankfurter Spontis, namentlich Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer, gesucht. Beide benutzen Hans-Joachim Klein in den 70er Jahren, um an seinem Beispiel – wider besseres Wissen – die Politik der Militanten zu denunzieren. So wurden Nachrichten zurückgehalten oder lanciert und Absprachen zwischen Cohn-Bendit und den RZ verschwiegen. Hinter dieser Taktik steckte, so Lupus, das Kalkül, politisch den Weg der Spontis ins Parlament zu ebnen. Dies ist gelungen, die Geschichte der Grünen sowie ihres adoptierten Kronzeugen hinlänglich bekannt. Doch was wurde aus den Anderen? Lupus' Augenmerk gilt nun den Revolutionären Zellen und deren internationalen Aktivitäten. Zu einer bitteren Niederlage der RZ geriet der Versuch praktischer Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes. 1976 entführte ein palästinensisches Kommando, an dem sich auch zwei deutsche Mitglieder der RZ beteiligten, ein Flugzeug. Es sollten Gefangene freigepresst werden. Stattdessen aber wurde das Kommando bei der Erstürmung des Flugzugs in Entebbe erschossen.

Seit dieser Aktion, so erfahren wir, hatte sich die Solidarität mit denpalästinensischen Organisationen immer schwerer gestaltet: Deren individuelle Profilierung und patriarchale Strukturen wurden zu essentiellen politischen Differenzen, die, so später eine RZ, auch der Grund für Hans-Joachim Kleins Ausstieg gewesen sei. Dieser selbst kritisierte unter anderem »die Bedingungen dieser internationalistischen Zusammenarbeit, die genau das reproduzierte, wogegen er eigentlich zu kämpfen begonnen hatte.« (Autonome Lupus-Gruppe 2001: 159) Bald erwiesen sich die Differenzen zwischen palästinensischen Organisationen und westdeutschen Militanten, »die wir lange Zeit ignoriert oder der Unterschiedlichkeit von Bedingungen beziehungsweise unserem Metropolenstatus zugeschrieben hatte, als knallharte Widersprüche, für die sich kein gemeinsamer Nenner mehr fand.« (Die Früchte des Zorns, 1993: 27) Die Zusammenarbeit mit den Palästinensern nahm ab; nur einige wenige hielten noch Kontakt aufrecht. Zu ihnen gehörte Gerd Albartus, ein Mitstreiter, der bereits im SDS Erlangen aktiv gewesen war. 1991 veröffentlicht eine RZ die Nachricht vom Tod Albartus': Er wurde 1987 voneiner palästinensischen Gruppe erschossen. »Es gehört zu den makaberen Parodien dieser Geschichte, dass Gerd, in dessen politischer Biographie die praktische Unterstützung des palästinensischen Widerstandes durchgängig eine zentrale Rolle eingenommen hat, ausgerechnet einer jener Gruppen zum Opfergefallen ist, die sich als Teil dieses Widerstandes begreift.« (ibid.: 22) Diese Tragödie, so die Lupus-Gruppe, hatte ihre Ursache unter anderem in der mangelnden Reflexion der militanten Linken. Schon die Flugzugentführung sei von der RZ nicht rechtzeitig selbstkritisch aufgearbeitet worden. Stattdessen habe sich ein Schweigen breit gemacht, das auch den Spontis politisch Tür und Tor öffnete.

Die Lupus-Gruppe diskutiert nun kritisch das Verhältnis der militantenLinken zu Palästina und Israel. Sie greift Kritik und Selbstkritik am Verlauf der Flugzeugentführung auf und sucht nach Motiven für die Solidarität mit den Palästinensern. So manifestierte sich ein politisches Desaster während der Flugzeugentführung: Die Passagiere wurden in Israelis und Nicht-Israelis getrennt. Damit blieben faktisch nur Juden als Geißeln im Flugzeug zurück. »Das haben wir damals einfach nicht bedacht«, erklärtspäter Gerd Schnepel. Wie konnte es aber dazu kommen? Das Verhältnis derLinken zu Israel habe sich nach dem Sechstagekrieg Israels gegen Ägypten von1967 geändert. Während vorher Israel, nicht zuletzt wegen seiner Kubbuzim, als emanzipatorisches Experiment gesehen worden war, so hatte der israelische Angriffskrieg, dessen grauenerregende Bilder um die Welt gingen, deutlich gemacht, dass Menschen sich nicht automatisch zu Pazifisten oder Sozialisten entwickeln, wenn sie selbst zuvor Opfer von barbarischer Herrschaft waren. Die Linke aber, so Lupus, habe lediglich den Adressatengewechselt: Die Solidarität mit Israel als Staat der Opfer des Holocaust wurde ersetzt durch eine Solidarität mit den Opfern der Opfer, den Palästinensern. Diese »linke Opfer- Metaphysik« (Autonome Lupus-Gruppe, 2002: 64) wurde von den militanten Gruppen nicht hinreichend reflektiert. Der palästinensische Befreiungskampf wurde idealisiert. Ein später Tribut für diesen Fehler, so wird spekuliert, war der Zusammenbruch Tarek Mouslis. Er habe möglicherweise den Tod eines Freundes und Weggefährten nicht verkraften können und deshalb den politischen Zusammenhang mit Schuld belastet. Ob dieses Ereignis tatsächlich den Bruch in der Biographie Tarek Mouslis markiert oder ob es lediglich die Legende eines Kronzeugen ausschmückt, bleibt offen. Die Geschichte des Buches ist damit bereits kurz nacherzählt.

Der Inhalt dieser »Geschichte« und der Grund, sie aufzuschreiben, ist vorallem die Intention, eine politische Enttäuschung auch politisch zuverarbeiten. Dies gelingt auch ein gutes Stück. Lupus' konsequenter Versuch, eine selbstkritische Antwort auf die Frage zu erhalten, warum jemand, dem man es keineswegs zugetraut hätte, zum Verräter wird, soll einZeichen setzen, sich nicht von verblassenden Idealen mitreißen zu lassen.

Statt den Verräter in den Mittelpunkt zu rücken, gelte es »das eigene Verhältnis zur militanten Politik« zum Ausgangspunkt zu machen. (ibid.:143) So appelliert die Lupus-Gruppe, den Verrat des früheren Genossen aus den Versäumnissen der militanten Linken zu begreifen. Diese Selbstkritik – und darin liegt die Stärke des Buches – richtet sich gegen ein Verdrängen und nur sie macht den Weg frei für eine Praxis, die aus den Fehlern lernt und die Niederlage, die der Verrat eines Einzelnen für den politischen Zusammenhang bedeutet, kollektiv aufzuheben in der Lage ist.

So bedeutend und notwendig diese Einsicht ist, so zeigt sich jedoch auch eine Grenze des Spurenlesens von Lupus: Er verlässt methodisch das Handgemenge militanter Gruppen nicht und sucht die Gründe für den vorläufigen Niedergang der Autonomen und der Militanten in internen Prozessen. So vermittelt das Buch die Illusion, eine militante Strömung, könne eine ganze Bewegung durch die »richtige« und »genaue« Diskussion aus der politischen Desolatheit ziehen. »Es spricht einiges dafür, dass die RZ/Rote Zora nicht an der staatlichen Repression gescheitert ist, sondern an inneren Auseinandersetzungen, für die es keine gemeinsame politische Praxis mehr gab.« (ibid.: 147) Zum Problem aber wird den militanten Gruppen stets, dass sie sich rasch als Avantgarde einer Bewegung verstehen, der sie etwas zeigen wollen, die sie radikalisieren wollen, weiterbringen etc. »Bezugspunkte der RZ waren die radikale und autonome Linke, die sozialen Bewegungen, die (militanten)

Kämpfe in der BRD und die (nationalen) Befreiungskämpfe und Unterklassen im Trikont.« (ibid.: 158) Wir erfahren, die RZ hatten versucht, in den sozialen Bewegungen avantgardistisch und pädagogisch (!) zu intervenieren. (ibid.: 159) Fehlen nun aber diese Bewegungen, so agiert die »Avantgarde« alleine herum. Dann bleibt die Möglichkeit, sich ein revolutionäres Subjekt herbeizuprojizieren oder aber einzusehen, dass man als Avantgarde grade nicht gebraucht wird und vielleicht besser Angeln geht.

Auch Lupus' Katalog der »eigentlichen Fragen, die sich jede radikale Bewegung stellen muss« weist auf dieses Problem: »Wie minoritär darf militanten Politik sein? ... Wie verbunden muss sie mit dem jetzt Möglichen sein?« (ibid.: 76) Um aber Minoritäten zu bestimmen, muss die Majorität deutlich sein; und um Verbindungen herzustellen, braucht man mindestens zwei Punkte. Die Grenzen sozialrevolutionärer Politik, die sich vor allem durch militanten Aktionen artikuliert, sind eben auch objektive. Dies ließe sich gut am Beispiel der Proteste gegen die Startbahn West zeigen. Doch der plötzliche Sprung in den Startbahnwald gerät Lupus etwas abrupt, da er vorallem die Chronologie sowie eine Kritik der Aktivitäten der RZ zum Inhalt hat.

Auch wird in Lupus' Sicht auf den Gang der Ereignisse der Begriff der Militanz reichlich strapaziert. Um die politischen Extreme deutlich zumachen, mit denen sich das Buch plagt, wäre es besser gewesen, von sozialrevolutionären versus reformistischen Ansätzen zu sprechen.

Schließlich waren die Aktionen am 11. September letzten Jahres auch militant und antikapitalistisch. Sie waren aber keineswegs sozialrevolutionär oder gar emanzipatorisch. Die Effizienz militanter Aktionen zeigt sich eben immernoch an der »qualitativen Verbreiterung der Massenbasis« (Krahl).

Ein aktuelles Dilemma hinsichtlich dieser qualitativen Verbreiterung sprichtLupus allerdings an: Der verstärkte Zwang zur Lohnarbeit. »So ist das Diktat, sich mit Haut und Haar zu verkaufen, Zug um Zug in den Alltag widerständischen Daseins integriert« (ibid.: 28) So gesehen mag es stimmen, dass wir uns »weit vor den Bedingungen, die die 68er Revolte vorgefunden hat«, befinden. Doch die Revolte, Proteste und Scharmützel der letzten Jahrzehnte in der BRD waren keineswegs Reaktionen auf materielles Elend. Im Gegenteil: Es war stets die Möglichkeit auf die Durchsetzung neuer sozialer Verkehrsformen, die den Bewegungen ihre Dynamik verlieh. Sie entfalteten ihre emanzipatorische Qualität da ein »Raum für neue Lebensentwürfe« (Merleau-Ponty) vorhanden und nicht durch die Angst ums Überleben verstellt war. Die Aussicht, neue Arbeits- und Lebensformen durchzusetzen, wirkte bisweit in die 80er Jahre mobilisierend.

Trotz manch gelungener Scharmützel seit den 70er Jahren bleibt Lupus eine düstere Bilanz. Die Gruppe konstatiert »die absolute Einflusslosigkeit der 68er Revolte auf die militärische und imperialistische Entwicklung der BRD« (ibid.: 22) Da möchte man allerdings entgegenhalten: Wir wissen nicht wie's gewesen, wenn's anders gekommen. Doch zuweilen schimmert Lupus' Zorn über die – vormals militanten – Parlamentarier durch, da die Revolte »wirkungslos gemacht« (ibid.: 21) worden sei. Man könnte gar meinen, Tarek Mousli habe den zweiten Verrat begangen, Fischer und Bendit aber den ersten, den »wirklichen«. Nach dem Motto »Wer hat uns verraten? Die grünen Demokraten« zeigt sich manchmal Enttäuschung über jene, die einst Lupus' Gedichte im Pflasterstrand abdruckten. Doch diese Gestalten waren eher lokalhistorische Chefs, – neben vielen, vielen Gruppen und Häuptlingen. Denn, so ist hier anzumerken, bedeutender als Fischer und Bendit waren und sind die Rolling Stones und Herbert Marcuse.

Was dem Buch zu besonderer Aktualität verhilft ist der gegenwärtige Krieg gegen Afghanistan. Es treten ähnliche Akteure in völlig anderen Konstellationen auf: Wieder haben ungelöste Konflikte des Nahen Ostens die schlafenden Metropolen aufgeschreckt, wieder geht es nicht zuletzt ums Öl, das immer noch unweit palästinensischer Flüchtlingslager fließt. Den Zugriff darauf sucht heute politisch ein Außenminister zu sichern, der auch seinerzeit mit der Gewalt hantierte. Viel Schweigen in der Szene: Diesmal zu den allabendlichen Bildern von zerbombten Palästinenserhäusern, überfallenen Flüchtlingslagern und toten Palästinensern wie Israelis. Vor dem Hintergrund der Geschichten, die das Buch erzählt, mag das Schweigen heute verständlicher werden. Bedauerlich ist aber, dass das Gemetzel der israelischen Armee nur bei Zeitungsjournalisten, Radiokommentatoren und EU-Abgeordneten vernehmbaren Widerspruch auslöst, während zugleich das globale Roll-Back im Interesse der US-amerikanischen Ölindustrie fundamentale bürgerliche Rechte aushebelt.

Autonome Lupus-Gruppe: Die Hunde bellen... Eine Zeitreise durch die 68er Revolte und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre. Münster, Unrast-Verlag

Ullrich Bröckling

Grenzgänger

In Erinnerung an Arthur Lehning (23.10.1899 – 1.1.2000)

Jenseits der Grenzen ist diesseits der Herrschaft

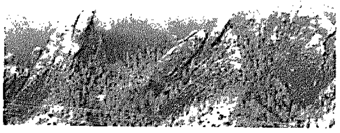
In der Theorie waren die Anarchisten rasch fertig mit den staatlichen Grenzen: Sie sollten verschwinden wie die Staaten selbst, deren territoriale Einheit als homogener Herrschaftsraum sie markierten. Freiheit kennt keine Grenzen, hieß die Parole. An die Stelle der Inklusions-/Exklusions-Macht staatlicher Souveränität sollte ein Netzwerk freiwilliger, stets kündbarer Vereinbarungen zwischen souveränen Individuen und Gruppen treten. Dem Ziel der Herrschaftslosigkeit korrespondierte ein anthropologischer Optimismus: Wenn nur die Organe der Unterdrückung und die Ideologien der Autorität abgeschafft wären, so die Überzeugung der Anarchisten, würden die Menschen in spontaner Solidarität ihre Beziehungen regeln. Wer Gütergemeinschaft und freie Assoziation propagierte, dem mußte jede »Grenzenabstechung, diese gezwungene, unnatürliche Trennung des Menschen von dem Menschen« als in höchstem Maße »unverständlich und lächerlich« erscheinen. »Denken wir uns«, schrieb 1842 der Handwerker-Kommunist Wilhelm Weitling, noch kein Anarchist, aber schon ein veritabler Staatsfeind, »die ganze Schöpfung sei ein großer Garten, der Schöpfer sei der Gärtner und die ganze Menschheit sei ein Ameisenhaufen. Würde nun der Gärtner es nicht im allgemeinen höchst unsinnig und für ihn besonders höchst wunderlich und spaßhaft finden, wenn er sehen würde, wie die Ameisen den ganzen Garten in verschiedene Grenzen geteilt hätten, um deren Erweiterung und Verengerung sie sich zu Tod bissen? Wer weiß, ob nicht auch unser törichtes Treiben von einem vollkommneren Wesen beobachtet wird, ohne daß wir etwas davon gewahr werden. Ob denn uns das nicht auch für dumme Tiere halten muß, wenn es sieht, wie wir wegen einer Scholle Erde, die wir nicht verlieren und nicht bekommen, einander abwürgen und wie dem, der gut gewürgt hat, gefärbte Seidenraupenfasern auf die Brust gehoften werden. [...] Das beste Mittel, den ewigen Grenzstreitigkeiten ein Ende zu machen, ist, sie ganz aufzuheben!«[1] Damit war alles Wesentliche gesagt, und die Anarchisten attackierten die grenzziehende, -sichernde und -verschiebende Macht des Leviathans im weiteren denn auch vor allem indirekt im Rahmen ihrer antimilitaristischen Agitation. Während ihre feindlichen Brüder, die Sozialdemokraten, sich nach Kräften bemühten, den obrigkeitlichen Vorwurf zu widerlegen, sie seien »vaterlandslose Gesellen«, machten die Antiautoritären aus dem Schimpfwort ein Programm und erklärten es zur »heiligen Pflicht, die Ehre der Vaterlandslosigkeit zu verteidigen.«[2]

Was die Kritik erledigt hatte, war freilich noch nicht praktisch abgeschafft. So selten die anarchistische Literatur den konstitutiven Zusammenhang von Staatlichkeit und territorialen Grenzen zum expliziten Thema machte, so allgegenwärtig sind in den Annalen der anarchistischen Bewegung Berichte über Fluchten und Fluchthilfen, Ausweisungen, verweigerte und gewährte Asyle, Schriftenschmuggel und falsche Pässe. Kaum eine Seite in den Biographien ihrer Protagonisten, die nicht von freiwilligen oder unfreiwilligen Exilen, von illegalen Grenzübertritten und polizeilichen Abschiebungen erzählt. Gleich ob man sie einsperrte oder des Landes verwies, mehr als andere Radikale bekamen die Libertären die Gewalt der territorialen Demarkationslinien am eigenen Leibe zu spüren. Oft genug bot die Flucht ins Ausland ihnen aber auch einen wenigstens vorübergehenden Schutz vor ihren Verfolgern, obwohl die Behörden alles daran setzten, beim Kampf gegen die antinationalen Feinde der Ordnung über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg zu kooperieren. Insbesondere in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Abwehr der – eher imaginären als realen – »anarchistischen Gefahr« für die Sicherheitsorgane zu einem entscheidenden Movens, um ihre Strategien zur Überwachung, Ein- und Ausschließung politischer Opposition zu perfektionieren. Aus der Perspektive der Anarchisten waren letztlich alle Staaten umzäunte und von uniformierten Aufsehern bewachte Zwangsanstalten, aber es konnte das Leben retten oder zumindest vor jahrelanger Einkerkerung bewahren, wenn es gelang, aus einem despotischen unter ein liberal geführtes Regime zu entkommen. Nicht immer waren es allerdings Gejagte und Vertriebene, die sich ins Ausland absetzten; gerade in der

Frühphase des organisierten Anarchismus spielten wandernde Handwerksgesellen eine wichtige Rolle, die auf ihren Reisen die libertären Ideen aufnahmen und weitertrugen. Die Geschichte des anarchistischen Grenzgängertums spiegelt so nicht nur die Heterogenität einer zwischen individualistischen und kollektivistischen, gewaltfreien und militanten, destruktiven und konstruktiven Strömungen changierenden Bewegung, sondern faltet sich auch auf in eine Vielfalt von Geschichten.

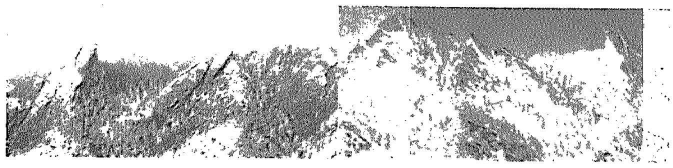
Fluchten

Da sind die Geschichten spektakulärer Fluchten: Michail Bakunin, nach acht Jahren Festungshaft zu lebenslänglicher Verbannung in Sibirien begnadigt, kann beim zuständigen Gouverneur die Bewilligung erwirken, im Auftrag eines Kaufmanns eine Handelsreise zur Amurmündung zu unternehmen. Weitab von Irkutsk, seinem unfreiwilligen Aufenthaltsort, wo er seine kurz zuvor angetraute Frau zurückläßt, gelingt es ihm, sich in Richtung Japan einzuschiffen und von dort nach Amerika weiterzureisen. Petr Kropotkin, wegen sozialrevolutionärer Agitation in Moskau verhaftet und in der Peter-und-Pauls-Festung eingekerkert, flieht in einem verwegenen Coup aus dem Gefängnishospital und entkommt seinen Häschern nach Schweden. Errico Malatesta, der unermüdliche Vorkämpfer des italienischen Anarchismus, verläßt 1885 seine von der Florentiner Polizei überwachte Wohnung versteckt in einer Nähmaschinenkiste und entzieht sich seiner drohenden Verhaftung durch Flucht nach Argentinien.



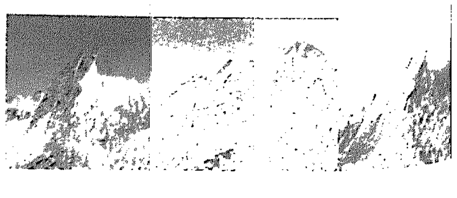
Dem Aufenthalt in Buenos Aires folgen Exiljahre in Nizza und London. Als er 1897 nach Verjährung seiner Verurteilung nach Italien zurückkehrt, wird er bald darauf unter neuem Vorwand aufgegriffen und auf die Strafinsel Lampedusa deportiert. Wieder kann er fliehen, dieses Mal mit einem Ruderboot während eines Sturms nach Malta.

So selten solche Abenteuer glückten, so eifrig wurden sie kolportiert. Ihre Faszinationskraft beruhte nicht zuletzt auf dem Ungleichgewicht der Kräfte: Wenn der anarchistische David dem staatlichen Goliath mit seinem Polizeiapparat entwischen konnte, dann war es nicht aussichtslos, den Kampf gegen den übermächtigen Gegner aufzunehmen. Und waren die Fluchten nicht eine geradezu leibhaftige Bestätigung des voluntaristischen Credos, man müsse die Befreiung nur in die eigenen Hände nehmen?



Gefängnis und Zuchthaus drohten den Anarchisten vor 1918 (und oft genug auch danach) in vielen Ländern allein aufgrund ihrer Überzeugung. Wer gar als Veranstaltungsredner oder in der Presse zum Sturz der politischen Ordnung aufrief und dazu auch den Einsatz illegaler Mittel propagierte, dem war in Rußland, dem Deutschen Reich, in Österreich, Italien oder Spanien eine Anklage wegen Hochverrats sicher. Nicht erst die Beteiligung an direkten Aktionen oder ihre öffentliche Rechtfertigung, sondern schon der Besuch von Veranstaltungen oder der Kontakt zu polizeilich bekannten Genossen reichten aus, um den Überwachungs- und Repressionsapparat in Gang zu setzen. Was der Anarchosyndikalist Augustin Souchy für das wilhelminische Deutschland schreibt, gilt in mal eingeschränktem, mal verstärktem Umfang auch für die anderen europäischen Staaten: »Zugehörigkeit zu einer freiheitlich-sozialistischen Gruppe war nicht gesetzlich verboten, doch wer von diesem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machte, der hatte im preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat zu gewärtigen, von der Polizei beschattet, festgenommen, kontrolliert und molestiert zu werden.«[3]

Anlaß zur Flucht gaben jedoch nicht nur politische Verfolgung und Gesinnungsjustiz, sondern auch die »ganz normalen« Zumutungen, welche die Nationalstaaten ihren Insassen etwa in Form der allgemeinen Wehrpflicht abverlangten. Für viele Antiautoritäre war die Aussicht, in eine Kaserne einzurücken und zum Werkzeug der staatlichen Kriegsmaschinerie dressiert zu werden, allemal Grund genug, das Weite zu suchen und sich dem Zugriff der Militärbehörden zu entziehen. So stand die Flucht vor den Fahnen am Anfang der revolutionären Karriere August Reinsdorfs, die 1885 mit seiner Hinrichtung als Organisator des gescheiterten Attentatsversuchs auf den Kaiser anläßlich der Enthüllung des Niederwald-Denkmals endete. Um seiner Einberufung während des deutsch-französischen Kriegs zu entgehen, hatte sich der junge Schriftsetzer unter falschem Namen und ständig wechselnden Aufenthaltsorten mit Anstellungen in Baden, Württemberg und schließlich in der Schweiz durchgeschlagen, wo er in Kontakt mit den radikalen Emigranten gekommen war.[4] Rudolf Oestreich, später Redakteur des anarchistischen Wochenblatts »Der Freie Arbeiter«, schildert in seinen Zuchthauserinnerungen lakonisch die – gescheiterte – Dienstflucht als Initiationserlebnis: »In meine Jugend fällt kein Ereignis, das auf den künftigen Verbrecher hinweisen könnte. Erst mit der Zwangsaushebung zum Soldaten trat eine Wendung in meinem Leben ein, und zwar eine gründliche. Den Befehl zum Antritt meiner Dienstzeit beantwortete ich mit meiner Abreise aus Berlin. Fünf Monate später erfolgte meine Festnahme an der französischen Grenze, kurz darauf meine erste Verurteilung zu 14 Tagen Arrest wegen Gehorsamsverweigerung, anschließend die zweite wegen Fahnenflucht zu 6 Monaten Einzelhaft und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Die Leistung des Fahneneides lehnte ich ab.«[5] Erich Mühsam und die Münchner Bohème-Anarchisten des Tat-Kreises wiederum betätigten sich als Fluchthelfer, schmuggelten dienstunwillige Wehrpflichtige über die Schweizer Grenze und brachten sie in der »Aussteiger«-Kolonie auf dem Monte Veritá bei Ascona unter. Steckte auch oftmals »kein tieferer politischer Sinn dahinter«, wie der an diesen Aktionen beteiligte Franz Jung vermutet,[6] so zeigte sich in den Verweigerungen eine wenn schon nicht anarchistische, so doch anarchische Renitenz, welche die individuelle Freiheit keinesfalls dem militärischen Gehorsamszwang zu opfern bereit war. Zumindest in Deutschland blieb prak-



tischer Ungehorsam gegenüber den Anforderungen des Militärstaats in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg wie in dessen Anfangszeit Sache vereinzelter Nonkonformisten, die aus welchen Gründen auch immer weder für die Staats- noch für eine Parteiräson ihren Kopf hinhalten wollten und deshalb das Land verließen oder ins Gefängnis gingen.

Erleichtert wurden die Fluchten nicht zuletzt durch die im Vergleich zur heutigen Abschottungspraxis durchlässigeren

Grenzen, wie wiederum Augustin Souchy, der kurz nach Kriegsbeginn eine Beurlaubung aus dem Militärhospital zur Desertion nutzte, aus eigener Erfahrung berichtet: Es »gab vor dem Ersten Weltkrieg gewisse Freiheiten, die uns verlorengegangen sind. Vor 1914 konnte man ohne Personalausweis, nur mit dem Eisenbahnbillet durch ganz Europa und mit einer simplen Schiffskarte von Kontinent zu Kontinent reisen. Einreisepapiere waren nur für die Kolonien und das zaristische Rußland erforderlich. An allen anderen Grenzen fahndete man nur nach suspekten Individuen. Nach dem Attentat des polnischen Anarchisten Leo Czolgosz auf den amerikanischen Präsidenten McKinley im Jahre 1901 wurden verdächtige Zureisende bei der Ankunft in den Vereinigten Staaten kontrolliert. Kontrolliert? Als ein deutscher Einwanderer gefragt wurde, ob er Anarchist sei, und er mit gewollt ahnungsloser Miene erwiderte, er sei Tischler, ließ man ihn unbehelligt einreisen. Dank dieser liberalen Freizügigkeit, die noch während der ersten Kriegsmonate anhielt, konnte ich mich 1914 ohne größere Schwierigkeiten nach Schweden absetzen.«[7]

Asyle und Ausweisungen

Das skandinavische Land war damals noch ein eher außergewöhnliches Fluchtziel. Weit häufiger zog es die militärflüchtigen wie die politisch verfolgten Anarchisten in die Schweiz, nach Großbritannien und in die USA, wo schon die große Mehrzahl der Flüchtlinge nach den niedergeschlagenen Revolutionen von 1848/49 Zuflucht gefunden hatte. Die Situation der Exilanten war auch in diesen republikanisch verfaßten Ländern alles andere als leicht, aber sie war doch weniger prekär als in den übrigen Staaten. Neben den ökonomischen Schwierigkeiten, in der Fremde ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, hatten die Flüchtlinge noch mit ihrem unsicheren Rechtsstatus zu kämpfen. Die Institution des politischen Asyls beruhte im 19. Jahrhundert allein auf dem Grundsatz, wegen politischer Delikte nicht auszuliefern. »Die Aufnahme von Flüchtlingen war ausschließlich von der Entscheidung des Gastlandes abhängig und konnte im Normalfall durch einen einfachen administrativen Akt, gegen den dem Flüchtling keinerlei Rechtsmittel zur Verfügung standen, wieder entzogen werden.«[8] Die Betreffenden hatten dann das Land umgehend zu verlassen. Wenn sie Glück hatten, spedierte man sie nicht an die Grenze desjenigen Staates, in dem sie wegen ihrer politischen Aktivitäten auf den Fahndungslisten standen, sondern ließ sie in ein Drittland ausreisen.

Während selbst die liberale Schweiz wiederholt Anarchisten, darunter Kropotkin und Malatesta, des Landes verwies, verzichteten Großbritannien und die USA auf dieses Disziplinierungsinstrument: Von den britischen Behörden wurde zwischen 1823 und den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts nicht nur kein politischer Flüchtling ausgewiesen, sondern auch keiner am Betreten des Landes gehindert. »Grundlage dieser Praxis war nicht ein besonders flüchtlingsfreundliches Asylrecht, sondern die Abwesenheit von Gesetzen, die es der Regierung erlaubt hätten, gegen Ausländer generell in dieser Weise vorzugehen.«[9] Die USA nahmen bis zum erwähnten Attentat auf McKinley ebenfalls politisch Verfolgte gleich welcher Couleur auf; die gesetzliche Grundlage dafür bildeten die allgemeinen Einwanderungsbestimmungen, die lediglich »berufsmäßige Verbrecher, Schwachsinnige oder mit unheilbaren Krankheiten Behaftete«[10] von der Immigration ausschlossen. Nicht, daß anarchistische Flüchtlinge in Großbritannien und den USA keinen Repressionen ausgesetzt gewesen wären. Johann Most etwa wurde in London zu 16 Monaten Zuchthaus verurteilt, nachdem er in der von ihm redigierten »Freiheit« das Attentat auf den russischen Zaren Alexander II. mit einem rotumrandeten und der Überschrift »Endlich!« versehenen Leitartikel gefeiert hatte. Eine weitere Haftstrafe erhielt er einige Jahre später in den USA wegen einer öffentlichen Rede nach dem Justizmord an fünf Anarchisten im Zusammenhang mit der Haymarket-Affäre. Auch die polizeiliche Überwachung libertärer Gruppen und die Einschleusung von Spitzeln waren an der Tagesordnung. Allerdings stützten sich die britischen und amerikanischen Behörden bei ihren Aktionen nicht auf besondere Ausländergesetze, sondern auf das allgemeine Strafrecht, das die Sanktion der Landesverweisung nicht vorsah.

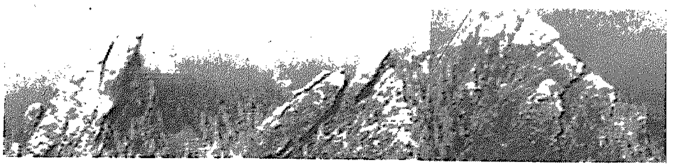
Vom Mittel der Ausweisung machten die übrigen Staaten insbesondere dann Gebrauch, wenn die Ausländer auch in ihrer neuen Heimat durch subversive Umtriebe auffielen. Dazu genügte bisweilen schon ein unvorsichtiges Wort in bierseliger Runde: »Als der ‚Deutsche Arbeiterverein Basel' am 24. Juni 1894 ein Waldfest veranstaltete, brachten Johann Baptist Wilquet aus Mainz, geboren 1866, Schreiner, und Max Netzold aus Wurschitz (Preußen), geboren 1874, Hochrufe auf die Anarchie aus. Wilquet hat seiner anarchistischen Gesinnung auch dadurch Ausdruck verliehen, daß er, als die Ermordung des Präsidenten Carnot bekannt wurde, seinen Beifall zu der Tat bezeugte. Beide Anarchisten wurden am 24. Juli ausgewiesen.«[11] Besonders hart traf es jene, denen wegen ihrer öffentlichen Auftritte oder publizistischen Aktivitäten der weitere Aufenthalt gleich in mehreren Ländern verwehrt wurde. Exemplarisch ist der Weg des Anarchosyndikalisten Siegfried Nacht, bekannter unter seinem Pseudonym Arnold Roller, der sich für die aufgezwungenen Ortswechsel in einem Berliner Polizeibericht auch noch als »vielgewandter und vielgewanderter galizischer Jude«[12] beschimpfen lassen mußte: Der im Osten der Habsburgermonarchie aufgewachsene Elektrotechniker wurde zwischen 1903 und 1906 nacheinander aus Italien, der Schweiz und Frankreich ausgewiesen, in Spanien verhaftet, und auch in Deutschland und Österreich drohten ihm Festnahme und Verurteilung. Nacht blieb daraufhin zunächst in England und ließ sich später in Italien nieder.[13]

Suspekt waren die Anarchisten den Sicherheitsorganen schon, weil sie nicht eine bessere Regierung, sondern das Ende des Regiert-Werdens forderten, die Beteiligung an parlamentarischer Arbeit ablehnten und nicht bereit waren, ihren Kampf ausschließlich im Rahmen der geltenden Gesetze zu führen. Nicht von Appellen und Petitionen, nicht von demokratischen Wahlen erhofften sie die Befreiung der Gesellschaft, sondern von direkter Aktion und egalitärer Selbstorganisation. Daher propagierten sie Dienstverweigerung, Enteignung, Sabotage, Streik und schließlich die allgemeine Insurrektion. Ihr dem sozialdemokratischen Attentismus komplementärer Aktivismus ließ sie indes nicht nur für lokale Erhebungen und Arbeitskämpfe Partei ergreifen, vor allem in den 1880er und 90er Jahren verübten Anar-

chisten vielmehr auch eine Reihe spektakulärer Attentate auf gekrönte Häupter, Staatspräsidenten, Polizeichefs, Richter und Wirtschaftsführer. In Barcelona detonierte eine Bombe während einer Opernaufführung, in Paris in einem Café. Getötet wurden beide Male zufällige Besucher. Was auch immer die konkreten Hintergründe dieser Anschläge waren – einige wurden von Einzelgängern ausgeführt, die nur in losem Kontakt zu anarchistischen Gruppen standen, bei anderen hatten agents provocateurs ihre Hände mit im Spiel –, sie lieferten den Vorwand für massive Verfolgung und trugen dazu bei, daß noch lange über das Ende dieser Form der »Propaganda der Tat« hinaus in der Öffentlichkeit Anarchismus und Terrorismus gleichgesetzt wurden. Die Gestalt des finster entschlossenen, vom Haß auf die bürgerliche Ordnung getriebenen Bombenwerfers wurde zum Schreckbild der Epoche.

Für die organisierten Libertären selbst gehörte die »Propaganda der Tat« zeitweise »zum eisernen Bestand der anarchistischen Bewegung [...], an dem zu rütteln einer Gotteslästerung gleichkam«. Man glaubte, wie Rudolf Rocker noch für das Jahr 1892 schreibt, »daß die kühnen Taten einzelner die Massen aufrütteln und zu ähnlichen Taten mit fortreißen würden«.[14] Es gab zwar Stimmen, die den individuellen Gewaltakten skeptisch, wenn nicht ablehnend gegenüberstanden. Selbst Johann Most, lange Zeit überzeugt von der herausragenden Bedeutung moderner Sprengstoffe für die soziale Revolution – »Es liegt auf der Hand, daß dieselben im nächsten Abschnitt der Weltgeschichte den ausschlaggebenden Faktor bilden...« – und Verfasser eines »Handbüchlein[s] zur Anleitung betreffend Gebrauches und Herstellung von Nitro-Glyzerin, Dynamit, Schießbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw.«[15], ging später auf Distanz zum »unmotivierten Terror«. Doch selbst wenn die anarchistische Presse die politische Zweckmäßigkeit eines Anschlags in Frage stellte oder die Tötung Unschuldiger verurteilte, bezeugte sie in der Regel Verständnis für die Täter, die sie als verzweifelte Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse hinstellte und nach ihrer Hinrichtung zu Märtyrern verklärte.

Die europäischen Regierungen veranlaßte die Häufung der Anschläge zu einer Revision ihrer Auslieferungspraxis sowie zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit auf polizeilicher Ebene. Bereits 1856 hatten Belgien und Frankreich in ein bilaterales Auslieferungsabkommen die sogenannte »Attentatsklausel« aufgenommen, die Mordanschläge »gegen die Person des Oberhaupts einer ausländischen Regierung oder seiner Familienmitglieder« generell als gemeines Verbrechen einstufte, den politischen Hintergrund dieser Aktionen also wegdefinierte. Auf diese Weise konnten ins Ausland geflüchtete Attentäter ausgeliefert werden, ohne das Prinzip der Nichtauslieferung wegen politischer Delikte grundsätzlich außer Kraft zu setzen. Diese Klausel war in der Folge von den meisten Staaten übernommen worden, erschien jedoch vor allem der russischen, deutschen und österreichischen Regierung als unzureichend. Diese bemühten sich deshalb seit Anfang der 80er Jahre verstärkt um eine weitergehende



zwischenstaatliche Kooperation bei der Bekämpfung des Anarchismus.[16] Bei einem Drei-Kaiser-Treffen im September 1884 wurde ein Vertrag zwischen Rußland, dem Deutschen Reich und der Habsburgermonarchie ausgehandelt, der eine Auslieferung auch für den Fall eines versuchten Attentats, seiner Vorbereitung sowie der Beihilfe vorsah. Damit fielen selbst publizistische Angriffe auf die Monarchen oder andere staatliche Repräsentanten sowie Aufrufe zu oder nur die öffentliche Billigung von illegalen Aktionen nicht mehr unter die Kategorie eines politischen Delikts, und jeder russische Flüchtling mußte ausgeliefert werden, wie Friedrich Engels anläßlich der Unterzeichnung des Vertrags kommentierte, »sobald es Rußland beliebt, ihn als angehenden Kaisermörder oder Dynamiter anzuklagen«.[17] Liberale Staaten wie die Schweiz, die sich dem Abschluß entsprechender Vereinbarungen widersetzten, wurden diplomatisch unter Druck gesetzt, und das nicht ohne Erfolg: So konnte die deutsche Gesandtschaft in Bern ebenfalls im September 1884 an Bismarck melden, der Schweizer Bundesrat habe sein nachdrückliches Bestreben geäußert, »dem Gebiet der Eidgenossenschaft den Charakter einer Zufluchts- und Brutstätte anarchistischen Verbrechertums zu nehmen«.[18]

Ideologische Schützenhilfe leisteten den Repressionsorganen Vertreter der liberalen Rechtswissenschaft, die sich nachzuweisen anschickten, daß Anarchisten schon deshalb keinen Anspruch auf Asyl als politisch Verfolgte hätten, weil ihre Aktionen nicht »reformatorisch«, sondern »nihilistisch« seien. Grundlage des Asylrechts seien die unterschiedlichen Verfassungen und Rechtssysteme, argumentierte ein Professor Dr. Lammasch 1899 in der Deutschen Juristen-Zeitung, die zu ebenso unterschiedlichen Bestimmungen führten, was jeweils als ein politisches Delikt angesehen werde. »Es kann in einem Staate Hochverrat sein, gewaltsam einen Zustand herbeiführen zu wollen, den gewaltsam zu beseitigen in dem Nachbarstaate Hochverrat wäre.« Deshalb sei es ausgeschlossen, daß sich alle Staaten verpflichten würden, durch Auslieferung politischer Delinquenten »blindlings zum Schutz eines jeden Zustandes beizutragen, welchen ein anderer Staat als seine Verfassung anerkennt oder erträgt«. Anders verhalte es sich jedoch im Falle anarchistischer Straftäter: »Der Anarchismus will nicht nur Staat und Recht, sondern jede Herrschaft und jeden Zwang, ja auch jede auf Autorität beruhende Moral, daher auch jede Pflicht außer den nebelhaften und bequemen Pflichten gegen sich selbst beseitigen. Er will den Staat durch eine ,Gesellschaft' ersetzen, deren Mitglieder nur freiwillig neben einander leben, ohne durch irgend welche äußere Ordnung und Macht aneinander gebunden zu sein. An Stelle des Rechtes will er eine völlig autonomistische Moral setzen, deren Quelle für jeden Einzelnen nur in dessen individueller Überzeugung läge. ,Ni Dieu, ni maître' ist seine Parole. [...] Das anarchistische Verbrechen ist nun jenes Verbrechen, welches aus dieser Gesinnung herausgewachsen ist und die Verwirklichung des eben gekennzeichneten Gesellschaftszustandes anstrebt. Es greift daher nicht blos einen bestimmten Staat, eine bestimmte Staatsform, eine bestimmte Rechtsordnung an, sondern den Staat, die Staatsordnung, das Recht an sich, überhaupt und überall. Während das politische Verbrechen wesentlich national ist, ist das anarchistische Verbrechen wesentlich international. Darum ist dessen Urheber für alle Staaten gleich gefährlich.«[19] Und folglich grundsätzlich auszuliefern.

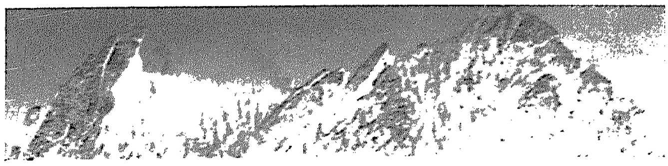
Überwachung, Verbannung und Internierung

Wichtiger noch als die Aussetzung des politischen Asyls für Anarchisten war den nationalen Repressionsorganen die grenzübergreifende Überwachung der Staatsfein-

de. Während sich die Regierungen schwer taten, auf legislativer Ebene zu einheitlichen Auslieferungsregelungen zu gelangen, zeigten sich die Polizeibehörden kooperationswilliger und vereinbarten auf einer internationalen Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus, die auf italienische Initiative hin Ende 1898 in Rom stattfand, einen Nachrichtenaustausch. Die Verhandlungen mündeten in ein Geheimabkommen, das 1904 in St. Petersburg von zehn europäischen Staaten ratifiziert wurde und weitergehende Kooperationsschritte vorsah. Die Unterzeichner verpflichteten sich darin unter anderem, in ihren Ländern eine »Zentralpolizeistelle zur Sammlung von Nachrichten über die Anarchisten und ihr Treiben« einzurichten, die Ausweisung, freiwillige Ausreise oder das Untertauchen von Anarchisten unverzüglich den übrigen Vertragsstaaten zu melden und dieser Benachrichtigung »eine Personalbeschreibung, ein[en] Vermerk über das Vorleben und, wenn möglich, eine Photographie des betreffenden Anarchisten beizufügen«. Ausgewiesene Anarchisten sollten zudem auf dem kürzesten Wege in ihren Heimatstaat zurückgeführt und an der Grenze den Behörden übergeben werden.[20] Auch wenn sich von den polizeilichen Anstrengungen, die grenzübergreifende Zusammenarbeit durch Einrichtung eigens dafür zuständiger Dienststellen organisatorisch zu verankern und die kriminalistischen Verfahren zur Personenidentifizierung zu standardisieren (»Bertillonage«), unmittelbare Verbindungslinien zur Gründung von Interpol im Jahre 1923 ziehen lassen, konnte von einer »Heiligen Allianz« gegen den Anarchismus nicht die Rede sein.[21] Mit England und der Schweiz fehlten die beiden wichtigsten Fluchtstaaten bei den Unterzeichnern des St. Petersburger Abkommens, und auch Frankreich weigerte sich, einer institutionalisierten überstaatlichen Polizeikooperation zuzustimmen.

Die nationalen Repressionspolitiken gestalteten sich entsprechend unterschiedlich: Die deutschen Behörden etwa taten sich bei der Kontrolle der Grenzen sowie der Bespitzelung libertärer Gruppen im In- und Ausland hervor. Besonders streng überwacht wurden die Seehäfen Hamburg und Bremen sowie die Grenzübergänge der Haupteisenbahnlinien. Auf den Bahnhöfen in Rosenheim, Kufstein und Lindau richtete man Ende 1900 spezielle »Anarchistenüberwachungsposten« ein, die allerdings wegen erwiesener Nutzlosigkeit nach einigen Jahren wieder aufgelöst wurden. So hatte der am längsten bestehende Posten in Kufstein bei seiner Schließung im Juli 1909 gerade einmal drei Anarchisten aufgestöbert![22] Die politische Abteilung des Kgl. Preußischen Polizeipräsidiums in Berlin, das die aus den Bundesstaaten des Reichs eingehenden Meldungen sammelte, führte ab 1899 eine Liste aller polizeilich bekannten Anarchisten, die neben einer einheitlichen Personenbeschreibung möglichst auch ein Foto sowie eine Handschriftenprobe enthielt. Sistierungen aus Veranstaltungen heraus oder auf offener Straße dienten nicht zuletzt dazu, die Betreffenden erkennungsdienstlich zu behandeln und dieses »Anarchisten-Album« zu komplettieren. Zusammengetragen wurden ferner Informationen über Wohnungswechsel, von den örtlichen Behörden verfügte Aufenthaltsverweigerungen und -beschränkungen sowie Spitzelberichte über Veranstaltungen und sonstige politische Aktivitäten. Neben den inländischen Spionen, die von der politischen Polizei in die Gruppen eingeschleust wurden, berichteten zahlreiche Agenten aus den Zentren der politischen Emigration.

Vielfältige Repressalien ergänzten die Überwachungsmaßnahmen: »Da waren die ständigen Versammlungsverbote oder -auflösungen; Zensur und Verbot anarchistischer Blätter; Hausdurchsuchungen schon nach jedem Verbot einer Zeitungsnummer bei allen bekannten Kolporteuren in Deutschland und in den Redaktionsräumen und der Druckerei des beschlagnahmten Blattes, manchmal auch nur zu dem Zweck, sich auf diese Weise Material über die Bewegung zu verschaffen, vor allem die Abonnentenlisten der Zeitungen. Die Briefsperre wurde erst im Weltkrieg praktiziert, der Bruch des Briefgeheimnisses war auch schon früher sanktioniert. [...] Zu den Schikanen der Polizei gehörte schließlich der Druck auf Lokalinhaber, dem notfalls mit dem Hinweis auf ein eventuelles Verbot der Wirtschaft für Militärpersonen nachgeholfen wurde; manche Versammlung der Anarchisten entfiel als Opfer dieser sogenannten ‚Saalabtreiberei'. Aber die Polizei machte auch vor der nackten Existenz



der Anarchisten nicht Halt. Der Wohnungsvermieter wurde auf den gemeingefährlichen Charakter seines Anarchistenuntermieters aufmerksam gemacht, um ihn zur Kündigung zu veranlassen; die gleiche Praxis wandte man gegenüber dem Arbeitgeber an.«[23] Neben diesen mittelbaren, wenngleich höchst wirksamen Formen der Vertreibung sorgten die Behörden auch auf direktem Wege für die Entfernung »umstürzlerische Elemente« aus ihrem Zuständigkeitsbereich und verfügten Aufenthaltsverbote für bestimme Städte oder Bundesstaaten. Indem man sie von Ort zu Ort hetzte und nirgends Fuß fassen ließ, machte man sie erst zu jenen unsteten Existenzen, als die sie die Propaganda der professionellen Staatsschützer perhorreszierte. Den Anarchisten wiederum präsentierte sich der Leviathan genau als jenes Ungeheuer, als das die anarchistischen Theorien ihn attackierten.

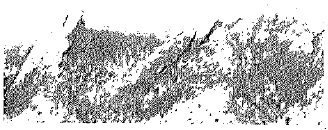
Die Bürger des eigenen Staates konnte man zwar einsperren oder ihnen bestimmte Aufenthaltsorte vorschreiben beziehungsweise untersagen, gänzlich des Landes verweisen konnte man sie dagegen nicht. In Deutschland war eine als Verschärfung des Sozialistengesetzes gedachte Expatriierungsvorlage, die den Weg dafür hatte frei machen sollen, subversiven Elementen die Staatsangehörigkeit zu entziehen und sie auszuweisen, 1888 im Reichstag gescheitert. Frankreich löste das Problem auf andere Weise und deportierte neben »gewöhnlichen« Straffälligen auch politische Delinquenten in die überseeischen Kolonien. Ähnlich verfuhr das zaristische Rußland, das »seine« Anarchisten nach Sibirien verbannte. Die französischen Gesetze sahen die Strafe der Relegation für incorrigibles vor, eine Kategorie, unter die bereits jene fielen, die des Verbrechens für schuldig befunden wurden, sich einer anarchistischen Gruppe angeschlossen zu haben, oder binnen zehn Jahren zweimal wegen anarchistischer Propaganda verurteilt worden waren. Der Vollzug dieser Maßregel war, wie es in einer zeitgenössischen juristischen Abhandlung heißt, »weit mehr als eine bloße ‚Ausweisung' aus Frankreich, er ist eine Konfi-

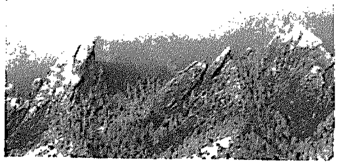
nation, die Beschränkung auf einen bestimmten Ort für Lebenszeit. Aus ihr gibt es kein Entrinnen mehr, es sei denn, daß das Kolonialamt den Sträfling infolge seiner guten Aufführung, der dem Vaterlande erwiesenen Dienste und der gezeigten Erwerbsfähigkeit entläßt.«[24] Der Autor beschloß seinen Rechtsvergleich mit einer nachdrücklichen Empfehlung in spezialpräventiver Absicht: »Neben der durch eine zielbewußte Sozialpolitik zu fördernden Gesundung unsrer Wirtschaftsverhältnisse, die doch nur allmählich vor sich gehen kann, ist die Repression des Anarchismus eine Staatsnotwendigkeit. [...] Da auf eine Besserung der sozial, nicht sittlich, verdorbenen Individuen in den seltensten Fällen gehofft werden kann, empfiehlt sich gegen Rückfällige die Unschädlichmachung, durch Transportation für diejenigen Staaten, welche Strafkolonien besitzen, durch lebenslängliche Einschließung oder Zwangswohnsitz für die übrigen Länder.«[25]

Ins gleiche Horn stieß auch der italienische Anthropologe Cesare Lombroso, der die Kriminalisierung der Anarchisten noch um ihre Pathologisierung ergänzte. Für ihn waren die Libertären in ihrer Mehrzahl – eine Ausnahme machte er lediglich für Intellektuelle wie Petr Kropotkin oder Elisée Réclus – angeborene Verbrechernaturen, ihre Auflehnung gegen die gesellschaftlichen Normen ein Ausdruck geistiger Abnormität. Da sich in ihren Reihen zahlreiche »Epileptiker«, »Hysteriker« und »Mattoide« fänden, sei in der Regel »die Irrenanstalt, nicht das Schafott oder Zuchthaus angezeigt«.[26] Lombroso gebärdete sich als Reformer und kritisierte die Abschreckungslogik der ausschließlich strafrechtlichen Verfolgung, die den Anarchisten nur neue Sympathisanten zuführe. Doch auch die von ihm vorgeschlagenen »Palliativmittel« kreisten um und radikalisierten noch das Thema der großen Einsperrung - gewechselt hatte nur die zuständige Institution. Anzustreben sei, schrieb er, »das Photographiren aller Anhänger der Anarchie, deren man habhaft werden kann, die internationale Verpflichtung, die Ortsveränderung gemeingefährlicher Personen anzuzeigen, die Einschließung aller epileptischen Monomanen und der von anarchistischen Ideen angesteckten Mattoiden in Irrenhäuser, [...] die dauernde Detention der gefährlichsten Individuen sofort nach Begehung eines ernsten gemeinen Verbrechens, wenn irgend möglich ihre Deportation nach einer der Inseln Oceaniens.« Flankiert werden sollten diese Maßnahmen noch durch eine gezielte Mobilisierung des Volkszorns – eine unverhohlene Aufforderung zur Lynchjustiz: »[F]erner wäre es angebracht, Flugschriften zu vertheilen in Tausenden von Exemplaren, die in möglichst populärer anekdotenhafter Form die Verschrobenheit einzelner Anarchistenführer darstellen, und schließlich müßte der Bevölkerung freie Hand gelassen werden, gegen die Thaten der Anarchisten selbständig zu reagiren, selbst mit Gewaltmitteln.«[27]

Schmuggler und Emissäre

Die ubiquitäre Überwachung und rigide Verfolgung zwangen die Anarchisten vielerorts zu klandestinem Vorgehen – und das keineswegs nur bei der Vorbereitung direkter Aktionen, sondern schon bei der Verbreitung ihrer Ideen. Um überhaupt aktionsfähig zu bleiben, nutzten sie das





Repressionsgefälle zwischen den europäischen Staaten und operierten über die nationalen Grenzen hinweg. Zugute kamen ihnen dabei ihre internationalen Verbindungen, »die ihrerseits wiederum durch die Emigration infolge staatlicher Verfolgungen gefördert wurden«.[28] Wo die Herstellung libertärer Druckschriften zu gefährlich war, wurden sie aus dem Ausland eingeschmuggelt, und wo noch keine anarchistischen Organisationen existierten, wie im Deutschen Reich vor und während der Zeit des Sozialistengesetzes, entsandten die Exilanten reisende Agitatoren, die sogenannten Emissäre. Meist handelte es sich um Deserteure oder Ausgewiesene, die unter falschem Namen und ohne finanzielle Unterstützung nach Deutschland zurückkehrten. Sie »zogen, immer wieder Arbeit nehmend, nach Art der Handwerksburschen zu Fuß von Ort zu Ort, agitierten an der Arbeitsstätte und sammelten um sich kleinere Gruppen, die aber meist sofort wieder zerfielen, wenn sie nach Weggang des stimulierenden Agitators sich selbst überlassen blieben. An einen längeren Aufenthalt an einem Ort aber war für die ‚Emissäre' schon deshalb nicht zu denken, weil sie ständig wieder untertauchen mußten, um dem wachsamen Auge der Polizei zu entgehen.«[29]

Zum wichtigsten Organ und organisatorischen Zentrum der illegalen Propaganda in Deutschland wurde in den 1880er Jahren die von Johann Most redigierte »Freiheit«. Der ehemalige sozialdemokratische Redakteur und Reichstagsabgeordnete war kurz nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes ins britische Exil gegangen. Nachdem ihn die SPD wegen seines vehementen Antiparlamentarismus und seiner aufrührerischen Rhetorik im August 1880 ausgeschlossen hatte, brachte er die Zeitschrift auf einen entschieden sozialrevolutionären Kurs. Mosts zu dieser Zeit noch mehr blanquistisches als anarchistisches Revolutionsprogramm lebte vom Bild der großen Insurrektion, gleichsam einer potenzierten Pariser Kommune. Es war die Vorstellung der proletarisch radikalisierten bürgerlichen Revolution. Kapitalismus und Staat begriff Most entsprechend eindimensional als Ausbeutung und Tyrannei, soziale Befreiung als Beseitigung der Despoten in Staat und Fabrik. Warum die Arbeiter sich nicht erhoben und die Soldaten brav ihren Dienst versahen, blieb ihm letztlich unverständlich. So mußte die wortgewaltige Polemik - ein »Genie des Schimpfens« nannte Gustav Landauer ihn[30] – oft ausgleichen, was an Bezug zur Realität der proletarischen Bewegung fehlte. Bei vielen Arbeitern stand die »Freiheit« jedoch gerade wegen ihrer markigen Sprache in höherem Ansehen als das im Züricher Exil herausgegebene offizielle Parteiblatt »Der Sozialdemokrat«.

Bis zu 4500 Exemplare von jeder Nummer der »Freiheit« und dazu noch unregelmäßige Flugblatt- und Broschürenlieferungen wurden von London aus nach Deutschland geschmuggelt[31] und mit Hilfe eines ausgeklügelten Verteilersystems ausgeliefert. »Für die Einführung und Verbreitung der im Ausland erscheinenden Preßerzeugnisse werden immer neue Mittel und Wege gewählt«, klagte Ende 1880 ein Geheimbericht der politischen Polizei, »so daß es trotz der größten Aufmerksamkeit unmöglich ist, derselben wirksam entgegenzutreten. Die ‚Freiheit' wird bald über Frankreich, bald über die Schweiz, bald über Belgien und Holland in allerlei Waren verpackt, in Konservenbüchsen, in

Briefen und unter Kreuzband in andere Zeitungen gehüllt, eingeführt, auch durch Agenten unter Reisegepäck versteckt und in kleineren Quantitäten von Bewohnern der Grenzorte bei Gelegenheit sonntäglicher Besuche über die Grenze gebracht und unter stets wechselnden Adressen und durch Mittelspersonen den Bestellern zugeführt, wobei die Deutschen in den Nachbarländern hilfreiche Hand leisten. [...] Ähnlich wird bei den Londoner Flugblättern verfahren. Mehrere solcher Sendungen waren z. B. in Bambusrohre versteckt, andere in Gipsfiguren, und ein für Dresden bestimmtes Quantum wurde in Sardinenbüchsen von Rouen über Pest spediert.«[32] Vieles spricht allerdings dafür, daß man von offizieller Seite gar nicht daran interessiert war, den Import der »Freiheit« nach Deutschland gänzlich zu unterbinden. Die wilden Dynamit-Elogen Mosts eigneten sich nur zu gut, um aus ihnen jene anarchistische Bedrohung zu konstruieren, die man im Berliner Innenministerium zur Legitimation der Verfolgungsmaßnahmen brauchte, besonders wenn eine Verlängerung des Sozialistengesetzes anstand.

Wichtiger, aber auch schwieriger als die Zeitschriftenpropaganda erschien den Sozialrevolutionären und Anarchisten die persönliche Agitation. Auch diese mußte vom Ausland aus organisiert werden. Ansprechpartner waren dabei vor allem die »Gastarbeiter«, die Deutschland für eine gewisse Zeit den Rücken gekehrt hatten, um jenseits der Grenzen ihr Brot zu verdienen. Ein von der »Freiheits«-Gruppe im Sommer 1880 an Schweizer Genossen versandtes Rundschreiben postulierte in einem für Antiautoritäre auffallend autoritären Duktus, es »dürfe kein deutscher junger Arbeiter, der in die Schweiz komme, dieselbe mehr verlassen, ohne eingehend über die soziale Frage und die aus ihr für jeden einzelnen resultierenden Pflichten aufgeklärt zu sein, um selbst wieder aufklärend in jenen Kreisen wirken zu können, in welche er nach Deutschland zurückkehre.«[33] Most versuchte außerdem ein Netz revolutionärer Zellen in Deutschland aufzubauen, ein Unterfangen, das die Polizei jedoch mit Hilfe ihrer auch in London wie in Bern, Basel und Zürich präsenten Spitzel sowie sozialdemokratischer Denunzianten zu verhindern wußte.

Für die Schriftenschmuggler und Emissäre war der illegale Grenzverkehr mit hohen Risiken verbunden. So verurteilte das Reichsgericht im Oktober 1881 den im Auftrag Mosts eingereisten belgischen Anarchisten Victor Dave zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus; die mitangeklagten deutschen Expedienten der »Freiheit« erhielten ebenfalls Haftstrafen. John Neve, der Hauptorganisator des Zeitschriftenschmuggels, wurde 1887 im belgischen Lüttich zusammen mit einem Genossen auf offener Straße verhaftet, rechtswidrig als »Vagabund« nach Deutschland abgeschoben, wo man ihn unter anderem wegen »Vergehen gegen das Dynamitgesetz, Aufforderung zur Ermordung des deutschen Kaisers und Kronprinzen, Anreizung zum Volksaufstand, Gotteslästerung, Majestätsbeleidigung, Verbreitung der ,Freiheit', des ,Rebell' und der ,Autonomie'«[34] anklagte und schließlich zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte. Unter härtesten Bedingungen eingekerkert und abgeschnitten von allen Außenkontakten wurde Neve schließlich wahnsinnig und verstarb 1896 in der Haft. Gerade für jüngere Aktivisten besaß die Schmuggel- und Agitationstätigkeit jedoch auch einen besonderen Reiz, ließen sich auf diese Weise doch Abenteuerlust und aufopferungsbereiter Dienst an der libertären Sache trefflich verbinden. Josef Peukert etwa »dürstete förmlich nach einer größeren und gefährlicheren Tätigkeit«, als er 1887 die sichere Schweiz verließ, um als Emissär der »Freiheit« durch Österreich zu wandern,[35] und Sepp Oerter, den der Schriftenschmuggel für acht Jahre ins Zuchthaus brachte, bekannte im Rückblick nicht ohne Sentimentalität, jene Wochen, »wo ich beständig von Gefahren umdräut war, wo ich wußte, daß ich jeden Tag und jede Stunde im Dienste der gewaltigsten, der edelsten Idee lebte, das war die schönste Zeit meines Lebens«[36].

Moralisten der Freiheit

Welche Demarkationslinien die anarchistischen Grenzgänger auch überschritten, nirgends gelangten sie ins Reich der Freiheit, sondern immer nur in einen anderen Staat. Der Grenzübertritt – ein Wechsel der Anstalt, nicht mehr. Die Mauern mochten sich höher oder weniger hoch türmen, die Anstaltsordnungen strenger oder weniger streng ausfallen, das Aufsichtspersonal ein rabiateres oder weniger rabiates Regime führen, jenseits der Grenzen blieb diesseits der Herrschaft. Das zu ändern, blieb den Anarchisten verwehrt. Sich mit Anstaltsreformen zufrieden zu geben und die Demokratisierung des Staates (oder gar die »Diktatur des Proletariats«) schon für die Befreiung vom Staat zu halten, dazu waren sie nicht bereit. So blieb ihnen nichts übrig, als der ungeliebten Wirklichkeit unter hohem persönlichen Einsatz ihren Widerspruch unversöhnlich, aber ohne Aussicht auf sichtbare Erfolge entgegenzuhalten. In ihrer Fixierung auf die unterdrückenden, disziplinierenden und strafenden Mechanismen staatlicher Macht – ein Lehrstück für das, was Foucault später die »Repressionshypothese« nennen sollte - liegt jedoch zugleich die Schwäche der anarchistischen Kritik: Daß die Anstaltsinsassen gehorchten und sich für die Verteidigung ihrer Mauern sogar begeistern ließen, war mit Einschüchterung und Manipulation nur unzureichend erklärt. An der offensichtlichen Sehnsucht nach strenger Autorität mußte selbst die leidenschaftlichste Beschwörung der Freiheit abprallen. Daß schließlich das Anstaltsmodell des Staates selbst in die Krise geraten und flexibleren Kontrolltechnologien weichen könnte, das lag jenseits ihres – doch längst nicht nur ihres! – Denkhorizonts.

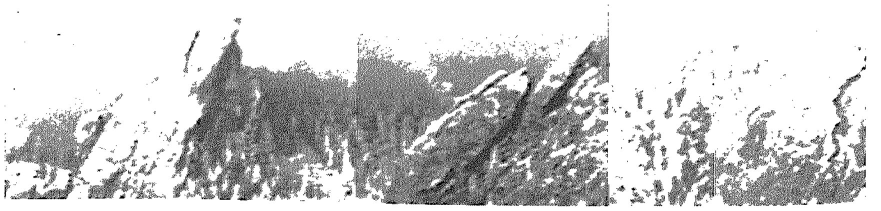
Die antietatistischen Theorien des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts reichen an die Praktiken und Rationalitäten staatlicher Machtausübung im 21. Jahrhundert nicht mehr heran. Eine Welt ohne Pässe, Abschiebungen und Einreiseverbote ist gleichwohl ferner denn je. Auch der gelebte Nonkonformismus der Anarchisten erscheint aus gut hundert Jahren Abstand so beeindruckend wie fremd. Gegenüber dem, was sich heute tagtäglich auf den Flughäfen, in den Flüchtlingscamps und an den Außengrenzen der Wohlstandsstaaten abspielt, wirkt die Geschichte einer gescheiterten Einwanderung, die Rudolf Rocker in seinen Memoiren berichtet, wie eine Anekdote wenn schon nicht aus der sprichwörtlichen guten alten, so doch zumindest aus einer weniger schrecklichen Zeit: Im Mai 1898 bestieg der frischverliebte Anarchosyndikalist zusammen mit seiner späteren Lebensgefährtin Milly Witkop ein Schiff, um von England in die USA auszuwandern, wo ihm eine sichere und lohnende Arbeit in Aussicht gestellt war. Angekommen in New York, hatten die beiden sich wie die

anderen Passagiere auch den Fragen der Einwanderungsbehörde zu stellen: »Nachdem man uns zwei Stühle angeboten hatte, wandte sich einer der Beamten an mich und sagte auf deutsch: ‚Sie behaupten, daß Sie Ihre Heiratspapiere vergessen haben. Aber man vergißt doch ein so wichtiges Dokument nicht, wenn man eine solche Reise antritt.' ‚Davon ist gar nicht die Rede', sagte ich ruhig. ‚Ich erklärte lediglich, daß wir uns nie darum bemüht haben. Unser Bund ist das Ergebnis einer freien Übereinstimmung zwischen mir und meiner Frau. Es handelt sich hier um eine rein private Angelegenheit, für die wir allein die Verantwortung tragen und die keiner gesetzlichen Regelung bedarf.' Der Beamte sah mich groß an, und auch den anderen konnte man die Verblüffung von den Gesichtern ablesen; offenbar war ihnen ein solcher Fall noch nicht vorgekommen. Nachdem er sich gesammelt hatte, sagte er: ‚Aber dies ist doch lediglich ihre eigene Auffassung.' ‚Ganz und gar', sagte ich, ‚und zwar deshalb, weil unser Zusammenbund auch nur unsere eigene Angelegenheit ist, die nur uns beide persönlich angeht.' Nun wurde die alte Dame plötzlich mobil, deren Gesicht sich bereits in bedenkliche Falten gelegt hatte. Sie würdigte mich keines Blickes, sondern wandte sich direkt an Milly. ‚Aber mit einer solchen Einstellung können Sie sich als Frau doch unmöglich zufrieden geben', sagte sie würdevoll. ‚Begreifen Sie denn nicht die Gefahr, der Sie sich damit aussetzen? Unter diesen Umständen kann ihr Mann Sie doch jederzeit verlassen, ohne daß Sie ihn persönlich dafür haftbar machen können.' ‚Und glauben Sie wirklich', sagte Milly mit eisiger Ruhe, ‚daß ich es mit meiner Würde als Frau und als Mensch vereinbaren könnte, einen Mann, der meiner überdrüssig ist, mit den Mitteln des Gesetzes an mich zu ketten? Ein wirkliches Zusammenleben beruht doch nur auf gegenseitiger Zuneigung. Wo diese nicht vorhanden ist, kann das Gesetz sie nicht erzwingen.' [...] ‚Aber wenn alle das Gesetz in Dingen der Ehe ignorieren wollten, wie Sie', sagte die alte Dame mit sichtlicher Erregung, ‚dann müßte die ganze Welt doch schließlich bei der freien Liebe anlangen.' ‚Das Wort ist nicht gut gewählt', entgegnete Milly, ‚denn es ist ein Widerspruch in sich selbst. Liebe ist immer frei, da man sie nicht erzwingen kann. Wo die Freiheit in der Liebe aufhört, da beginnt die Prostitution.« - Die Befragung zog sich noch länger hin, weitere Verhöre folgten. Am Ende teilte man den beiden mit, man werde ihnen die Einreise gestatten, wenn sie sich entschlössen, gesetzlich zu heiraten. – »Vielleicht hätten wir uns damit nichts vergeben, da uns kein anderer Ausweg offen blieb. Aber wir konnten uns um so weniger dazu verstehen, als damals in Amerika kein Gesetz bestand, das ein solches Eingreifen in unsere privaten Angelegenheiten rechtfertigen konnte. [...] Wir erklärten daher, daß wir in diesem Fall die Rückreise nach Europa vorzögen, da man uns durch einen derart widerrechtlichen Beschluß jedes weitere Mittel abgeschlossen hätte. Damit wäre für uns die Sache entschieden, und wir bedauerten es nicht.«[37]

Anmerkungen:

1 Wilhelm Weitling: Garantien der Harmonie und Freiheit (1842), Berlin 1955, S. 92.
2 Franz Pfemfert: »Die Presse«, in: Die Aktion, 10.4.1912, zit. n. ders.: Ich setze diese Zeitschrift wider diese Zeit. Sozialpolitische und literaturkritische Aufsätze, hg. von Wolfgang Haug, Darmstadt/Neuwied 1985, S. 78.
3 Augustin Souchy: Vorsicht Anarchist! Ein Leben für die Freiheit. Politische Erinnerungen, Reutlingen 1982, S. 16.
4 Vgl. die biographische Skizze seines Freundes Johann Most: August Reinsdorf und die Propaganda der Tat (1885), Frankfurt 1998.
5 Rudolf Oestreich: Wegen Hochverrats im Zuchthaus, Berlin 1913, S. 1.
6 Franz Jung: Der Torpedokäfer, Neuwied/Berlin 1972, S. 95.
7 Souchy, Vorsicht Anarchist, S. 19.
8 Herbert Reiter: Politisches Asyl im 19. Jahrhundert. Die deutschen politischen Flüchtlinge des Vormärz und der Revolution von 1848/49 in Europa und den USA, Berlin 1992, S. 53.
9 Ebd., S. 258.
10 Rudolf Rocker: Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten, Frankfurt/M. 1974, S. 177.
11 J. Langhard: Die anarchistische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart und die internationalen Führer, Berlin 1903, S. 313f.
12 Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913, Bd. 2, hg. von Dieter Fricke und Rudolf Knaack, Weimar 1989, S. 540.
13 Max Nettlau: Geschichte der Anarchie, Bd. V: Anarchisten und Syndikalisten, Teil 1, Vaduz 1984, S. 269; Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923, Darmstadt 1993, S. 17.
14 Rudolf Rocker: Johann Most. Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924, S. 351.
15 Johann Most: Revolutionäre Kriegswissenschaft, New York 1885.
16 Joachim Wagner: Politischer Terrorismus und Strafrecht im Deutschen Kaiserreich von 1871, Heidelberg/Hamburg 1981, S. 403.
17 Zit. n. Dieter Fricke: Bismarcks Prätorianer, Berlin 1962, S. 168.
18 Zit. n. ebd., S. 171.
19 »Ueber die Auslieferung wegen anarchistischer Verbrechen«, in: Deutsche Juristen-Zeitung, 4 (1899), Nr. 1, S. 5-8.
20 Das Geheimabkommen ist dokumentiert in: Leo Stern (Hg.): Die Auswirkungen der Ersten Russischen Revolution von 1905-1907 in Deutschland, Berlin 1955 (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2/1), S. 19-21.
21 Vgl. Richard Bach Jensen: »The International Anti-Anarchist Conference of 1898 and the Origins of Interpol«, in: Journal of Contemporary History, 16 (1981), S. 323-347, hier: 340.
22 Ulrich Linse: Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871, Berlin 1969, S. 27.
23 Ebd., S. 30f.
24 Adolf Lenz: »Der Anarchismus und das Strafrecht«, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, 16 (1896), S. 41.
25 Ebd., S. 45.
26 Cesare Lombroso: Die Anarchisten. Eine kriminalpsychologische und sociologische Studie, Hamburg 1895, S. 114.
27 Ebd., S. 124.
28 Linse, Organisierter Anarchismus, S. 24.
29 Ebd., S. 126.
30 Gustav Landauer: »Vorwort«, in: Josef Peukert: Erinnerungen eines Proletariers aus der revolutionären Arbeiterbewegung, Berlin 1913, S. V.
31 Andrew R. Carlson: Anarchism in Germany, Vol. 1: The Early Movement, Metuchen, N.J. 1972, S. 205.
32 Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 1, Weimar 1983, S. 73.
33 Zit. n. Langhard, Die anarchistische Bewegung in der Schweiz, S. 287.
34 Rocker, Johann Most, S. 285.
35 Peukert, Erinnerungen, S. 74.
36 Sepp Oerter: Acht Jahre Zuchthaus. Lebenserinnerungen, Berlin 1908, S. 30.
37 Rocker, Memoiren, S. 173-177.

Gekürzter Vorabdruck aus:
Eva Horn/Stefan Kaufmann/Ulrich Bröckling (Hg.), Grenzverletzer, Berlin, Kadmos-Verlag 2002, ISBN 3-931659-37-2



Die Ablehnung von Nationen und Staaten und damit auch von Grenzen waren in keiner politischen Bewegung des 20. Jahrhunderts so ausgeprägt wie im Anarchismus und Anarchosyndikalismus. So heißt es in der 1919 von Rudolf Rocker verfaßten Prinzipienerklärung des deutschen Syndikalismus:

»Die Syndikalisten verwerfen alle willkürlich gezogenen politischen und nationalen Grenzen; sie erblicken im Nationalismus lediglich die Religion des modernen Staates und verwerfen prinzipiell alle Bestrebungen zur Erzielung einer sogenannten nationalen Einheit, hinter der sich doch nur die Herrschaft der besitzenden Klasse verbirgt. Sie anerkennen nur Unterschiede regionaler Natur und fordern für jede Volksgruppe das Recht, ihre Angelegenheiten und ihre besonderen Kulturbedürfnisse gemäß ihrer eigenen Art und Veranlagung erledigen zu können im solidarischen Einverständnis mit anderen Gruppen und Volksverbänden.«[2]

Im folgenden soll untersucht werden, wie oberschlesische Anarchosyndikalisten versuchten ihre Ideale zu verwirklichen, in einer Region, deren Geschichte im 20. Jahrhundert wie kaum eine andere durch Grenzstreitigkeiten gekennzeichnet war. Es ist nur wenigen Insidern bekannt, daß während der Weimarer Republik in Oberschlesien eine kleine aber sehr aktive und militante anarchosyndikalistische Bewegung existierte. In den Biographien deren führender Repräsentanten spiegelt sich, wie im folgenden gezeigt werden soll, modellhaft das Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis der anarchosyndikalistischen Bewegung.

In Oberschlesien gab es vor dem Ersten Weltkrieg keine anarchistischen oder syndikalistischen Gruppen. Gegen die gemeinsame Front von Kapital, Klerus und Staat hatten schon die weniger radikalen sozialdemokratischen Gewerkschaften einen schweren Stand.[3] Jedoch stammte Augustin Souchy, einer der bekanntesten deutschen Anarcho-Syndikalisten Sohn eines der ältesten Sozialdemokraten Schlesiens, aus Ratibor.[4]

Die syndikalistische Bewegung in Oberschlesien hatte ihren Ursprung in den großen Streikbewegungen 1918/19, die zum Teil gewaltsam von den brutal vorgehenden Freikorps zerschlagen. Diese Politik wurde maßgeblich von dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionär Otto Hörsing, seit März 1919 Reichs- und Staatskommissar für Oberschlesien, getragen. Deshalb schlossen sich viele Arbeiter der KPD an, die Anfang 1919 zur stärksten Arbeiterpartei in Oberschlesien avancierte. Im Mai 1919 rief die KPD zur Bildung eines revolutionären Gewerkschaftsverbandes auf, der dann im August als »Freie Arbeiter-Union« (FAU) gegründet gegründet wurde und sich 1920 der »Freien Arbeiter-Union Deutschlands [Syndikalisten]« (FAUD) anschloß.[5]

Anarchosyndikalistisches Gedankengut wurde dabei von Franz Nowak [Pseudonym Zigeuner] in die Bewegung gebracht. Nowak, der schon vor schon vor 1914 in anarchistischen Gruppen aktiv war, war im Sommer als Maurerpolier auf Baustellen im ganzen Deutschen Reich unterwegs und lebte im Winter in Kravarn (Tschechoslowakei).[6] Es gibt keine genauen Angaben über die Zusammensetzung und Mitgliederzahl der oberschlesischen FAUD. Im Februar 1921 gehörten ihr vor allem Bau-, Berg- und Hütten- und Verkehrsarbeiter (Eisenbahner) an. Ratibor war Sitz der Agitationskommission und blieb bis 1933 das Zentrum des Syndikalismus in Oberschlesien.[7] Darüber gab es auch eine FAU der Tschechoslowakei, die zum Wirtschaftsgebiet Oberschlesien gehörte.[8] Laut Schumann hatte die oberschlesische FAUD im März 1921 ca. 20.000 Mitglieder; die Geschäftskommission der FAUD gab 1921 jedoch nur 1083 Mitglieder für ganz Schlesien an.[9] Für diese große Diskrepanz gibt es zwei Gründe. Zum einen spaltete sich 1920/21 der kommunistisch orientierte Flügel der FAUD in Oberschlesien, der nach Angaben der Polizei 15.000 Mitglieder hatte, ab und schloß sich mit anderen Organisationen im Ruhrgebiet und Mitteldeutschlands zur »Union der Hand und Kopfarbeiter« zusammen.[10] Zweitens war die oberschlesische FAUD von der 1919 zunehmenden nationalen Aufladung der Klassenauseinandersetzungen in ganz besonderer Weise betroffen. Die Syndikalisten hatte sich aus prinzipiellen Gründen gegen eine Beteiligung

an der Volksabstimmung 1921 ausgesprochen.[11]

Damit isolierten sie sich nicht nur von einem großen Teil der deutschen und polnischen Arbeiterschaft sondern wurden auch zur Zielscheibe der nationalistischer Hetze ihrer politischen Gegner. So heißt es in einem Artikel im Syndikalist: »In Oberschlesien weht die Kriegs- und Putschfackel. Die polnische und deutsche Arbeiterschaft ist daran sich für die polnischen und deutschen Kapitalisten, für den polnischen und deutschen Staat den Schädel und die Knochen entzwei zu schlagen. (...) Uns Syndikalisten nannte man von deutscher Seite die ‚polnischen Stoßtrupps'. Die Polnisch-Nationalen aber nannten uns, 'deutsche Heimattreue unter der Maske internationaler Völkerverbrüderung'. Und ein Wutgeheul ertönte, als wir beschlossen, daß wir uns an der Abstimmung nicht beteiligen. Die Gewerkschaftsbeamten schimpften uns ‚Heimatverräter'. (...) Die syndikalistischen Versammlungen wurden immer mehr gemieden, da die Arbeiterschaft die Wahrheit nicht hören wollte.«[12]

Und nach ihrer eigenen Darstellung wurden vor allem die Syndikalisten von den Freikorps brutal unterdrückt: »Oberschlesien ist zu einem«Tummelplatz aller nationalistischen Parteien und der Orgeschbanden [Organisation Escherich, D.N.] ganz Deutschlands geworden. Und damit häuften sich die Anschläge und Pogrome gegen die Sozialisten, die mit Staaten und Nationalitätenfrage nichts zu tun haben wollten. Parolen und Schauermärchen werden in die die unwissende und nationalistisch verhetzte Arbeiterschaft getragen, um sie gegen die Syndikalisten aufzuputschen. (...) Man hört nur noch den Schrei nach Blut. Man will uns Syndikalisten ausrotten und zum Teil auch die Parteikommunisten. (...) Es ist die nationalistische Bestie, die sich in Oberschlesien austobt. (...) Alle von früher her bekannten Mörderbataillone trifft man in Oberschlesien an. (...) Uns Syndikalisten sind die Händ gebunden. Jede Aufklärungsarbeit unter den verblendeten Klassengenossen ist uns unmöglich gemacht.«[13]

Unter diesen Bedingungen blieben, wie es ein oberschlesischer Syndikalist ausdrückte, »von den großen Scharen der Arbeiterschaft«, die 1919/20 zur FAUD gestoßen waren, »nur die klassenbewußten und klaren Syndikalisten übrig.«[14] 1924 waren die meisten Ortsgruppen der FAUD aufgelöst worden und die führenden Funktionäre in den Betrieben waren spätestens in der Inflationszeit entlassen worden; von den Organisationen in Polnisch-Oberschlesien und der Tschechoslowakei blieben nur einige wenige Genossen übrig.[15] In seinem Tätigkeits- und Kassenbericht »bemerkte 1925 Theodor Bennek, der Vorsitzende der Agitationskommission in Oberschlesien: »Das Zweisprachensystem, der Klerikalismus, Nationalismus und Terror der Orgeschbanden machen Oberschlesien zu einem schweren Agitationsfeld«. Die Bewegung habe in den letzen Jahren einen »sehr schweren Stand« gehabt. Viele der besten Funktionäre hätten wegen der Arbeitslosigkeit Oberschlesien verlassen. Dennoch sei es vereinzelt gelungen »neue Mitglieder aufzunehmen und einen Einfluß auf die Gesamtbewegung auszuüben«. Die Erwerbslosen- und Freidenkerbewegung würden vor allem von syndikalistischen Funktionären getragen. Daß sich diese Aktivitäten nicht in einer größeren Mitgliederzahl niederschlugen, lag nach Meinung Benneks daran, »daß der Organisationsgedanke unter den oberschlesischen Arbeiter noch nicht festen Fuß gefaßt« habe.[16]

Dies sollte sich bis 1933 nicht ändern. Die Organisationsbereitschaft der oberschlesischen Arbeiterschaft stand oft im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Militanz bei Arbeitskämpfen. Ein wirkliches Interesse für die Arbeiterorganisationen war bei ihnen nur dann vorhanden, wenn diese als Instrument zur unmittelbaren Verbesserung ihrer Lebensbedingungen nützlich erschienen. So blieb die FAUD eine kleine und von »einzelnen Personen« getragene Kleinorganisation am linken Rand der Arbeiterbewegung. Daß die FAUD aber dennoch einen weit über ihre Mitgliederzahl hinaus weitreichenden Einfluß ausüben konnte, lag daran, daß sie über sehr engagierte und fähige Funktionäre verfügte.[17] Neben den erwähnten Nowak und Bennek ragte vor allem Alfons Pilarski heraus, den die Polizei als »geistigen Führer« der FAUD bezeichnete.[18] Der 1902 geborene Pilarski vereinte drei Fähigkeiten, die gerade für eine kleine Organisation wie die FAUD von großer Bedeutung waren waren. Er war ein mitreißender Redner, ein talentierter Journalist und fähiger Grafiker.[19]

Pilarski und mit ihm oberschlesischen FAUD-Genossen legten ein sehr großes Gewicht auf die Propaganda. Bis 1925 verfügten sie mit der »Arbeiterstimme« über ein eigenes Agitationsorgan, das dann aber aus finanziellen Gründen eingestellt werden mußte.[20] Jedoch erschien seit 1928 in Breslau die »Freiheit. Politische Wochenschrift für Schlesien und Oberschlesien«, für die Pilarski als Politischer Redakteur und Bennek für Oberschlesien verantwortlich zeichnete. Das Blatt, das als »die einzige revolutionäre Zeitung im finsteren Osten vorgestellt wurde, war ein Novum in der libertären Presse.[21] In einem aggressiven Ton verfaßt und im Boulevardstil aufgemacht, war es vor allem auf die Enthüllung von Skandalen spezialisiert [22] »Die Freiheit« stellte sofort einen »neuen Rekord« auf. Von den ersten sieben Nummern wurden zwei beschlagnahmt und die Zeitung für vier Wochen verboten.[23] Offensichtlich kam die Zeitung sehr gut bei den Lesern an; Auflage von »7.000 und mehr« war für eine radikale Provinzzeitung sehr hoch.[24]

Neben der Herausgabe der »Freiheit« stellten die unter maßgeblicher Initiative Pilarski gegründeten »Schwarzen Scharen« eine Besonderheit im deutschen Anarchosyndikalismus dar. Im Oktober 1929 gründeten Mitglieder der FAUD in Ratibor eine antifaschistische Kampforganisationen, die »Schwarze Schar«, deren »besondere Aufgabe« es war »proletarische Veranstaltungen zu schützen und den Faschismus mit allen Mitteln zu bekämpfen«.[25] Das Neue an der Schwarzen Schar war die Uniformierung, die in der anarchosyndikalistischen Bewegung sehr umstritten war. Der Aktivismus der Schwarzen Schar zeigte sich in verstärkter Propagandaarbeit in Ratibor und Umgebung.[26] Im November 1929 wurde die Schwarze Schar in Beuthen gegründet, 1930/31 kamen noch Gruppen in Rosenberg, Katscher, Gleiwitz und Bobrek-Karf hinzu. »Überall ist die S.[chwarze] S.[char] stärker als die FAUD, sondern auch stärker als die kommunistische Arbeiterwehr«, heißt es 1930 in einem Bericht der oberschlesischen FAUD und man wolle den von »von gutem Erfolg geprägten Weg« weitergehen. [27] Zur ihren Versammlungen konnten die Schwarze Scharen nach ihren eigenen Angaben bis zu 1.500 Teilnehmer mobilisieren, nach Angaben der Polizei durchschnittlich 300-400.[28]

Das Beispiel der Schwarzen Scharen in Oberschlesien zeigte, daß einige wenige fähige und überzeugte Syndikalisten reichten, um Einfluß auf die antifaschistischen Aktivitäten zu gewinnen.[29] Die Frage der nationalen Zugehörigkeit spielte in der FAUD und auch in den Schwarzen Scharen keine Rolle. In Beuthen gehörten nach Angaben Czakons »viele polnische Deserteure« der FAUD an.[30] Daß die Gründung der Schwarzen Scharen gerade von oberschlesischen Anarchosyndikalisten ausging, ist vielleicht kein Zufall. Angesichts ihrer Erfahrungen mit den Freikorps hat-

ten sie schon 1921 hellsichtig bemerkt, daß die »nationale Bestie, einmal gereizt überhaupt keine Rücksicht und Grenzen kennt«.[31] Pilarski vertrat schon 1930 die Meinung, wenn der Faschismus siege, werde die Arbeiterbewegung um 30 Jahre zurückgeworfen.[32] Dieser Einschätzung entsprechend bereiteten sich die oberschlesischen Anarchosyndikalisten auf eine gewaltsame Auseinandersetzung mit den Nazis vor. Die Schwarze Schar in Ratibor verfügte über ein Maschinengewehr und mehrere Pistolen. Im Mai 1932 entdeckte die Polizei bei einem Mitglieder Schwarzen Schar Beuthen ein geheimes »Strengstofflager«. Die in diesem Zusammenhang verhafteten Georg Bierowski, Max Basista, Roman Kaluza und Alois Kaczmierczak aus Beuthen wurden im März 1933 zu einer Zuchthausstrafe von je zehn Jahren verurteilt.[33] Paul Szakon, dem Leiter der FAUD in Beuthen, Alfons Molina und Bernhard Pacha, gegen die in diesem Zusammenhang ebenfalls ermittelt wurde, gelang dank ihres grenzüberschreitenden Netzwerkes der Anarchosyndikalisten die Flucht nach Spanien. Sie erhielten falsche Papiere von ihrem Genossen Leo Marek aus Kravarn in der Tschechoslowakei, der nicht nur ein exzellenter Paßfälscher war sondern auch Eisenbahnfahrkarten fälschen konnte.[34]

Offensichtlich geriet auch Pilarski in die Ermittlungen, denn er emigrierte im September 1932 nach Polen.[35] Die erzwungene Emigation war für Pilarski nicht so ein einschneidendes Erlebnis wie für andere Emigranten. Zum einen wegen des ausgeprägten internationalistischen Selbstverständnisses der Anarchosyndikalisten, zum anderen weil er fließend polnisch sprach und legal leben konnte, faßte er schnell in Polen.[36] Als Stipendiat des polnischen Instituts für Erforschung der nationalen Probleme studierte er1933/34 in Warschau. Von 1934–1936 war er Bezirkssekretär der Zentrale der Gewerkschaften (Central Wydzial Zawodny) ZZZ – kurz Dreizack genannt – im Dabrowa Becken. Jedrzey Moraczweski, der erste Ministerpräsident Polens 1918/19, war Vorsitzender der ZZZ, die 1937 130.000 zahlende Mitglieder zählte. 37 Innerhalb des ZZZ gab es einen konspirativ organisierten syndikalistischen Flügel, der von Pilarski geleitet wurde.[38]

Zu seinen Genossen in Ratibor und zu Souchy in Paris unterhielt Pilarski lose Verbindungen. Nach der Machtübergabe an Hitler waren vereinzelte Mitglieder der FAUD festgenommen worden.[39] Die Ratiborer brachten illegale Schriften aus Polen und der Tschechoslowakei nach Deutschland, die auch in Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg verteilt wurden.[40] Mit Beginn des Spanischen Bürgerkriegs wurden die Beziehungen zwischen den in Deutschland verbliebenen und den im Exil lebenden Anarchosyndikalisten enger geknüpft. Der bewaffnete Aufstand des spanischen Proletariats gegen das putschende Militär unter General stoppte nicht nur den Vormarsch des Faschismus in Europa, sondern war zugleich – was oft vergessen wird – der Beginn einer beispiellosen sozialen Revolution, die vor allem von getragen wurde.

Czacon, Molina und Pacha waren an der Seite ihrer spanischen Genossen am Aufstand beteiligt und kämpften später in anarchisten Einheiten.[41] Souchy, der lange Jahre Sekretär der anarchosyndikalistischen Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) avancierte in Spanien zu einer Art Außenminister der spanischen Anarchosyndikalisten. In dieser Funktion betreute er u.a. die zahlreichen ausländischen Journalisten, Politiker und Schriftsteller in Barcelona und unternahm zahlreiche Auslandsreisen, um Solidaritätsaktionen für die Spanische Republik zu organisieren. In Absprache mit Czakon bat Souchy, der fähige internationale Mitarbeiter brauchte, Pilarski nach Spanien zu kommen. Dieser Plan scheiterte letztlich am Widerstand des Vorstands der ZZZ, die offensichtlich einen so fähigen Mitarbeiter wie Pilarski nicht ziehen lassen wollten. Bis zum Kriege war Pilarski Redakteur der Redakteur der »Front Robotniczy« und im Juni 1939 wurde er als Mitglied des Präsidiums der ZZZ kooptiert.[42] Statt Pilarski machten sich aber drei andere oberschlesische Anarchosyndikalisten im Sommer 1937 auf den Weg nach Spanien: Heinrich Friedetzki, Max Piechulla und Richard Pilarski.[43] Behilflich war ihnen dabei der bereits erwähnte Marek und Johann Essler Witkowitz (Tschechoslowakei), die von Souchy die notwendigen Informationen und Papiere sowie Broschüren und Zeitungen aus Spanien erhielten.[44]

Unter dem Eindruck der Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus unterzog Pilarski zentrale anarchosyndikalistischen Prinzipien einer Revision.[45] Die »patriotischrevolutionäre Mentalität der Dreizacks«, schrieb er 1937 an Souchy, sollte nicht bekämpft werden, »denn dies wäre ebenso fehlerschwer wie die Vergeudung und Engagierung von Kräften zur Bekämpfung der Religion«.[46] Auf dem Kongreß der IAA im Oktober 1938, trat Pilarski als polnischer Vertreter vehement der Auffassung des niederländischen Delegierten Albert de Jong entgegen, daß jeder Krieg zwischen demokratischen und faschistischen Staaten »imperialistisch« sei und eine »gewisse Angst« vor der »Machtsteigerung des Nationalsozialismus« nicht »zum Eintreten für den antifaschistischen Krieg führen« dürfe. Unter Beifall der spanischen Delegierten trat Pilarski für eine »bewaffnete Verteidigung« der Tschechoslowakei ein. Er wandte sich »gegen demokratische Illusion aber für demokratische Rechte und antifaschistische Frontbildung bis zur äußersten Konsequenz«. Darüber hinaus plädierte er für »eine differenziertere Anwendung« der anarchistischen »Staatsgegnerschaft« und in einem gewissen Umfang für die »Anerkennung der nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen« in Mitteleuropa.[47]

Während des Krieges kämpfte Pilarski illegal gegen die deutschen Besatzer in einer illegalen syndikalistischen Organisation und nahm am Warschauer Aufstand teil, wo er schwer verwundet wurde. Nur »dank einem glücklichen Zufall«, schrieb er 1975, waren er und seine Familie das Todeslager Auschwitz entgangen. Nowak und Franz Wrobel, ein Veteran der FAUD aus Bismarckhütte, wurden noch kurz vor Kriegsende im KZ Groß-Rosen bzw. KZ Flossenbürg umgebracht.[48] Friedetzki überlebte die KZs Sachsenhausen und Ravensbrück, Piechulla war bis 1943 Gefangener bei Franco und konnte dann als »Pole« nach London reisen, Czakon kämpfte in der Résistance. Soweit es ihnen möglich war, nahmen die ehemaligen Genossen nach dem Kriege Kontakt zueinander auf. Pilarski korrespondierte in den ersten Jahren mit den führenden anarchosyndikalistischen Theoretikern Rudolf Rocker in den USA und Helmut Rüdiger in Stockholm.[49] Er trat 1947 der Polnischen Arbeiterpartei PPR (Polska Partia Robotnicza) und später der PZPR (Polska Zjednoczona Partia Robotncza) PPR bei, was von seinen im Ausland lebenden deutschen Genossen kritisch zur Kenntnis genommen wurde. So kritisierte Rüdiger, scharf, daß Pilarski zu weit gehe in der Anpassung an den polnischen Nationalismus. Zwar hatte er Verständnis für die »nationalen Reaktionen anderer Völker gegen Deutschland« und »weitgehende Annektionen deutschen Landes durch Polen ohne Bedenken hingenommen«. Aber kein »nationales Interesse« könne verlangen, »daß 8 Millionen Menschen aus ihren Heimen vertrieben werden«, damit könne sich kein Sozialist solidarisch erklären.[50]

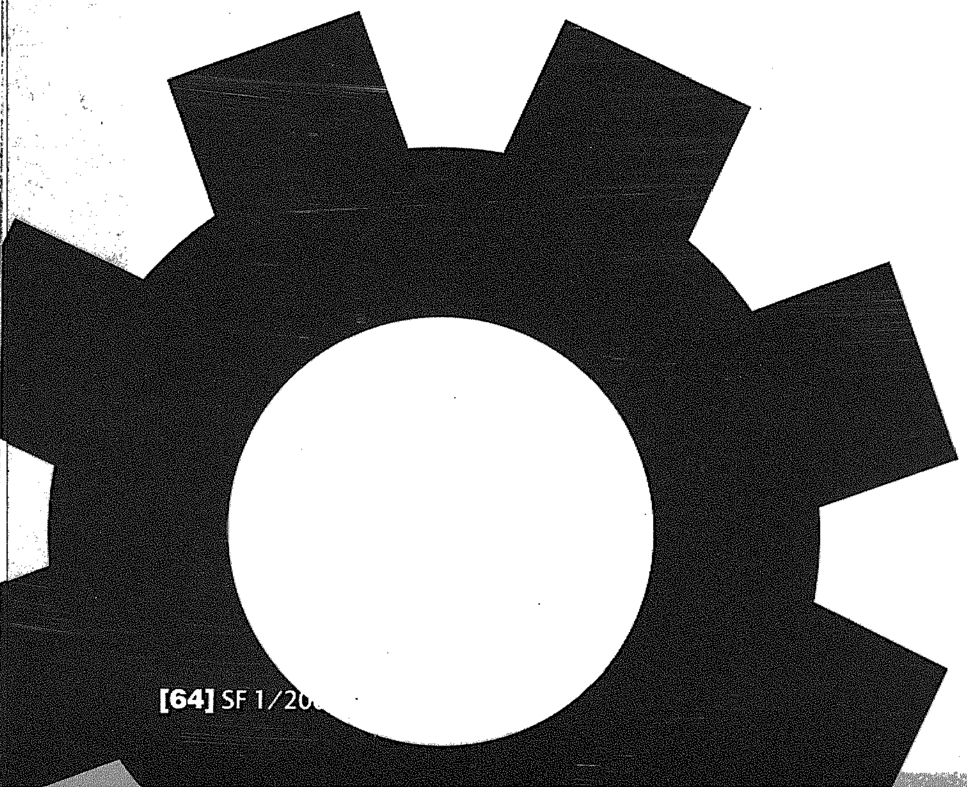
Im Januar 1950 wurde er aus politischen Gründen aus der Partei ausgeschlossen und im April 1954 verhaftet und bis zum 30. November 1954 inhaftiert. Seit 1956 war er »Reklamechef« in der staatlichen Zentrale

des Buchhandels. Nach seiner Pensionierung 1969 lebte Pilarski, von einer »schäbige[n] Rente« aber dennoch glücklich in einer »winzigen 2 Zimmerwohnung«. Er hatte »Orden- und Ehrenzeichen« stets abgelehnt und war auch dem »polnischen Kriegerverein« nicht beigetreten.[51]

Wie seinem Briefwechsel mit dem in Kanada lebenden Piechulla zu entnehmen ist, pflegte Pilarski Anfang der 70er Jahre intensive Kontakte zu den in Polen und der DDR lebenden oberschlesischen Genossen. Er hatte auch Kontakte zu Souchy in München und reiste in den kapitalistischen Westen. Jedoch scheiterten häufigere Besuche im Westen als auch Gegenbesuche, wie Pilarski es ausdrückte, an der »Bürokratie unserer devisenlüsternen Demokratie«. Vor dem Ersten Weltkrieg sei es für Handswerksburschen leichter gewesen Grenzen zu überschreiten als für Touristen im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert.[52] Gegenüber Piechulla resümierte er sein politisches Leben folgendermaßen:

»Jedenfalls habe ich (und meine hiesigen Gesinnungsfreunde) seit meinem Verlassen Deutschlands 1932 in der verschiedensten Weise und Form meine revolutionäre Pflicht erfüllt und das im Einklang mit den Idealen des freiheitlichen Sozialismus, den ich auch jetzt als 71jähriger und politisch von der herrschenden Partei ‚abgestellter Aktivist' weiterhin als einzige erstrebenswerte Organisationsform der menschlichen halte, wenn gleich ich auf Grund meiner Erfahrungen weit davon entfernt bin, das Werden der neuen Gesellschaft (...) als einen wissenschaftlich berechenbaren Prozeß anzusehen.«[53]

Als einer der wenigen noch lebenden Zeugen hatte Pilarski schon in den 50er Jahren daran gedacht, einen Beitrag zur Geschichte der syndikalistischen Bewegung Polens zu schreiben. Vermutlich hat er dieses Vorhaben nicht in die Praxis umgesetzt. Leider, denn die Aktivitäten Pilarskis und der oberschlesischen Anarchosyndikalisten stellen zwar ein marginales, aber, wie ich meine, dennoch beachtenswertes Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen dar, das näher erforscht werden sollte.



Ausgewählte Biographien oberschlesischer

Alfons Thomasz Pilarski [Pseudonym: Kompardt]

geb. am 6. Juli 1902 in Leschnitz, Kreis Groß Stehlitz als Sohn des Arbeiters Piotr und seiner Frau Rosalie, geb. Mikus. Von 1917 bis 1921 arbeitete Pilarski als Zeichner bei der Bauverwaltung des Magistrats Ratibor. 1921 absolvierte er als Externer das Abitur am Mathias Gymnasium in Breslau. Er wurde 1918 Mitglied der Kommunistischen Partei Oberschlesiens (Spartakusbund), die sich später der KPD anschloß. Nach dem Heidelberger Parteitag im Oktober 1919, auf dem sich die linkskommunistische und syndikalistische Opposition abspaltete, tat Pilarski aus der KPD aus. Er wurde Mitglied der FAUD, für die er auch reichsweit als Propagandist tätig war. Von 1921 bis 1927 arbeitete er als Zeichner und Praktikant für den anarchosyndikalistischen Fritz Kater Verlag. Seit 1928 war er politischer Redakteur der Freiheit in Breslau und Ratibor. Zwischen 1919–1932 war er mehrmals verhaftet und saß insgesamt 19 Monate im Gefängnis. Im September 1932 floh Pilarski nach Polen, weil er in Deutschland mit einer Verhaftung rechnen mußte. 1933/34 studierte er in Warschau als Stipendiat des polnischen Institutes für Erforschung der Nationalen Probleme (Instytut Badan Narodowych). Von 1934 bis 1936 war er Bezirkssekretär des ZZZ im Dabrowa Becken und bis Juni 1937 in der Hauptverwaltung der Gewerkschaften der Metallarbeiter. Von Juni 1937 bis Februar 1939 arbeitete er in der Redaktion der »Front Robotniczy« und im Juni 1939 wurde er kooptiert als Mitglied des Präsidiums der ZZZ. Er leitete die konspirativ operierende syndikalistische Opposition in der ZZZ. 1937 heiratete er seine Frau Halina, die aus einer polnischen Arbeiterfamilie stammte und in Warschau Philosophie studiert hatte. 1944 wurde ihre Tochter Joanna geboren.

Nach der deutschen Okkupation flüchtete Pilarski in den später sowjetisch besetzten Teil Polens, wo er in Mozejki bei Wilna als Arbeiter lebte. Seit Mai 1942 war er wieder in Warschau und aktiv in der geheimen syndikalistischen Organisation »Wolnosc« (Freiheit). Am Warschauer Aufstand nahm er in den Reihen der sozialistischen Wehrorganisation »Polska Armia Ludowa« (PAL) teil. Nach acht Tagen wurde er schwer verwundet. Nach der Niederschlagung des Aufstands wurde er mit seiner Familie nach Ojcow bei Krakau evakuiert.

Nach der Befreiung arbeitete Pilarski im Januar 1945 als Sekretär für Propaganda im Krakauer Bezirkskomitee der Gewerkschaften, von Juni 1945 bis Dezember 1947 war er Angestellter in verschiedenen Betrieben in Schlesien. Von Januar 1948 bis Juni 1950 arbeitete er als Beamter im Ministerium für Westliche Gebiete, später im Ministerium für Öffentliche Verwaltung. Wegen seines Parteiausschlusses mußte Pilarski das Ministerium verlassen. Danach arbeitete er bis zu seiner Pensionierung 1969 in der staatlichen Zentrale des Buchhandels »Dom Ksiazki«. Pilarski wurde im April 1954 aus politischen Gründen verhaftet und war bis zum 30. November 1954 inhaftiert. Er starb am 3. Februar 1977 in Warschau.[56]

Anarchosyndikalisten

Czakon, Paul (Max)

geb. 14.7. 1897 in Nieder-Heiduk, Schlosser. Czakon war Vorsitzender der FAUD in Beuthen/Oberschlesien und 1930 Mitbegründeter der Schwarzen Schar. Bei einer Hausdurchsuchung im Mai 1932 entdeckte die Polizei das Waffen- und Sprengstofflager der Gruppe. Czakon floh mit zwei Genossen nach Spanien. Czacon, der sich in Spanien Maximo Mas nannte, war während des Bürgerkriegs Chef des Artillerie-Bataillons ‚Sacco und Vanzetti', das der Milizkolonne Tierra y Libertad angehörte. Im September 1936 kämpfte die Kolonne in Madrid und im Frühjahr 1937 in Cuenca an der Teruelfront. Zuletzt war er Offizier im Range eines Hauptmann. Im Internierungslager Gurs in Frankreich war Szakon einer der Sprecher der sogenannten 9. Kompanie, die sich gegen die Vorherrschaft der kommunistischen Freiwilligen im Lager zur Wehr setzte. Nach der deutschen Okkupation Frankreichs schloß Szakon sich einer militärischen Einheit der Résistance an. Er kehrte nach Deutschland zurück, wo er seine Frau wieder traf, die bis zum Ende des Krieges in einem KZ gesessen hatte. Um einer Verhaftung zu entgehen, floh er aus der damaligen sowjetisch besetzten Zone nach Salzgitter, wo er 1949/50 völlig verarmt starb.[54]

Nowak, Franz [Ps.: Zigeuner]

geb. 30.8. 83 in Kravarn, Maurerpolier. Nowak arbeitete im Sommer auf Baustellen im gesamten Reichsgebiet. Seit 1907 wurde er als Anarchist von der politischen Polizei überwacht. Er wurde mehrmals verhaftet, u.a. während der Kaiserbesuche in Breslau 1909 und 1910. Von 1912–1924 lebte er im damals russichen Lodz. 1915 einige Wochen Sicherheitshaft in Hindenburg, später Armierungssoldat in Breslau. Nach 1918 war er einer der führenden Anarchosyndikalisten in Oberschlesien. Er lebte im Winter in Kravarn (Tschechoslowakei), wo er 1922 ausgewiesen wurde. Er wohnte danach in Waldorf bei Rückers (Kreis Glatz). Von März 1933 bis Dezember 1933 im KZ Esterwegen inhaftiert. Am 28.10. 1944 erneut verhaftet und im Januar 1945 im KZ Groß-Rosen ermordet.[55]

Anmerkungen:

1 Für die Zusendung von Materialien danke ich Knut Bergbauer, Hartmut Rübner und Feliks Tych

2 Prinzipienerklärung der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten) (FAUD) angenommen im Dezember 1918, in: HANS MANFRED BOCK: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik. Aktualisierte und mit einem Nachwort versehene Neuausgabe, Darmstadt 1993, S. 363-367, hier S. 367.

3 Lediglich in Breslau und Görlitz gab es vereinzelte Anarchisten. ULRICH LINSE: Organisierter Anarchismus im Kaiserreich von 1871, Berlin 1969, S. 265. Zu Gewerkschaften und Sozialdemokraten vgl. FRANCISZEK HAWRANEK: Deutsche und polnische Sozialdemokratie in Oberschlesien, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung künftig (zit. IWK), 15 (1979), S.105-114; REINHARD KRÄMER: Zur Gewerkschaftsbewegung in Oberschlesien von den Anfängen bis zur Teilung (1869-1922), in: IWK 29 (1993), H. 4, S. 471-490.

4 AUGUSTIN SOUCHY: »Vorsicht Anarchist!« Ein Leben für die Freiheit. Politische Erinnerungen, Darmstadt 177.

5 Vgl. WOLFGANG SCHUMANN: Oberschlesien 1918/19. vom gemeinsamen Kampf deutscher und polnischer Arbeiter; RAINER ECKERT: Arbeiter in der preußischen Rheinprovinz, Schlesien und Pommern 1933 bis 1939 im Vergleich, Frankfurt/Main 1997, S. 182f; RALPH SCHATTKOWSKY: Die Kommunistische Partei Oberschlesiens 1918/19 bis 1922, in Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 30 (1988), S. 26-33. Zur FAUD allgemein vgl. Bock (wie Anm. 2) und HARTMUT RÜBNER: Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin/Köln 1994.

6 Vgl. Linse (wie Anm. 2), S. 265. Auf dem Gründungskongreß der FAUD war Nowak nur als Gast anwesend. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen vom 15. Kongreß der FAUD (S). Abgehalten am 27., 28., 29. und 30. Dezember 1919 in Berlin, Berlin 1920.

7 Vgl. Syndikalistischer Kongreß in Oberschlesien, in: Der Syndikalist 3 (1921), Nr. 11.

8 Diese hatte nach eigenen Angaben Ende 1922 zwei Ortsvereine mit insgesamt 1000 Mitgliedern. Vgl. WAYNE THORPE: »The Workers Themselves«. Revolutionary Syndicalism and International Labour, 1913-1923, Dordrecht 1989, S.244, 247, 313; Der Syndikalist 4 (1922), Nr. 51.

9 Vgl. Vgl. Schumann (wie Anm. 4), S. 124; HANS MANFRED BOCK: Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, in: IWK 25 (1989), H. 3, S. 293-358, hier S. 315. Die Freien Gewerkschaften hatten 1921 134.000, die Christlichen Gewerkschaften 50.000, die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften 30.000 und die Polnischen Gewerkschaften 120.000 Mitglieder. Vgl. Krämer (wie Anm. 2), S. 490.

10 Vgl. Bock (wie Anm. 1), Syndikalismus und Linkskommunismus, S. 181.

11 Vgl. die dazu von Alfons Pilarski verfaßte Resolution der oberschlesischen FAUD in: Der Syndikalist 3 (1921), Nr. 11.

12 Brief aus Oberschlesien, in: Der Syndikalist 3 (1921), Nr. 16.

13 Weißer Terror in Oberschlesien, Der Syndikalist, Nr. 23.

14 Reichskonferenz der FAUD, in: Der Syndikalist 6 (1924), Nr. 1924. Auch im Rheinland und im Saarland wurde 1923 die nationale Frage zum Sprengsatz für die Syndikalisten,, weil sie sich geweigert hatten, die Politik der passiven Resistenz gegen die französischen Besatzer zu unterstützen. Vg. DIETER NELLES: Syndikalismus und Linkskommunismus - Neuere Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: IWK 31 (1995), S. 348-356, hier S. 354.

15 Vgl. Bolek: Aus Polnisch-Oberschlesien, in: Der Syndikalist 12 1930), Nr. 26.

16 Siebente oberschlesische Bezirkskonferenz in Ziegenhals, in: Der Syndikalist 7 (1925), Nr. 24.

17 Nowak bemerkte dazu, daß die Arbeiterbewegung in Schlesien vielleicht mehr an »einzelnen Personen« hänge, wie in anderen Teilen Deutschlands. Reichskonferenz der FAUD, in: Der Syndikalist 6 (1924), Nr. 1924. Die FAUD hatte 1933 hatte 100 Mitglieder in Oberschlesien und Ortsgruppen in Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg, Katscher und Ratibor. Vgl. Statistik über die Industrieföderations-Mitgliedschaft der FAUD (AS), in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (künftig zit. GStA), Rep. 219, Nr. 140; Stapo Oppeln an Geheimes Staatspolizeiamt, 24.2. 1938, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig zit. BAK), R 58, Nr. 319, Bl. 189-194.

18 GStA, Rep. 219, Nr. 72, Bl. 29.

19 Vgl. Kurzbiographie von Pilarski im Anhang.

20 Siebente oberschlesische Bezirkskonferenz in Ziegenhals, in: Der Syndikalist 7 (1925), Nr. 24.

21 Der Syndikalist 10 (1928), Nr. 17.

22 Von der Freiheit sind leider nur noch sehr wenige Exemplare erhalten. Vgl. RALF G. HOERIG/JOCHEN SCHMÜCK: Datenban des deutschsprachigen Anarchismus - DadA, Dok. Nr.: DA-P001709 (www.free.de/dada-p/Pooo1709.HTM). So lauteten die Schlagzeilen 1928/29 »Raiffeisen-Pleite«, »Sexual-Verbrechen eines Lehrers«, »Intimes aus Breslauer

Kriegervereinen«, Breslauer Pfarrer als Sittlichkeitsschnüffler«, Ein Casanova beim Breslauer Landgericht«, »Ein Breslauer Pfarrer treibt Nacktkultur«, »Perversitäten der Kirche«.

23 Der Syndikalist 10 (1928), Nr. 19.

24 Der Syndikalist 12 (1930), Nr. 5.

25 PAB-Konferenz Oberschlesien. Es geht vorwärts!, Der Syndikalist 12 (1930), Nr. 19.

26 Sie trugen schwarze Blusen, schwarze Baskenmützen, Koppel und Schulterriemen; Koppelschlösser und Schulterriemen und Mützenkokarden zierte das antimilitaristische Symbol des zerbrochenen Gewehrs. Falls nicht anders zitiert vgl. zur Schwarzen Schar, ULRICH LINSE: Die »Schwarzen Scharen« - eine antifaschistische Kampforganisation deutscher Anarchisten, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Nr. 9 (1989), S. 47-66; DERS.: Militante Abwehr gegen den Nationalsozialismus 1929-1933. »Schwarze Scharen« und Kampfgemeinschaften gegen Reaktion und Faschismus«,. Mauskript 1991. Ein besonderes Augenmerk legte die Schwarze Schar auch auf den Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen 218; 1930 war die FAUD-Aktivistin Albrecht wegen über 100 illegaler Abtreibungen in einem aufsehenerregenden Prozeß zu einer dreijährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden. Vgl. DIETER NELLES: Anarchosyndicalism and the Sexual Reform Movement in the Weimar Republic, in: IISG Research Papers 40. Free Love and the Labour Movement. Papers presented at the workshop ,Free Love and the Labour Movement'. Institute of Social History, Amsterdam, 6-7 October, Amsterdam 2001, S. 27-32, hier S. 31.

27 PAB-Konferenz Oberschlesien. Es geht vorwärts!, Der Syndikalist 12 (1930), Nr. 19. Das bezog sich aber zu diesem Zeitpunkt nur auf die Gruppen in Beuthen und Ratibor; die Gleiwitzer und Hindenburger FAUD lehnte die Schwarzen Scharen ab, weil sie befürchteten, daraus könne sich eine militärische Organisation entwickeln. Die Gleiwitzer änderten offensichtlich ihre Meinung.

28 Vgl. Versammlungsberichte in GStA, Rep. 219, Nr. 72, 82, 140; Der Kampf um Oberschlesien, in: Der Syndikalist 13 (1931), Nr. 40.

29 Während die FAUD wegen der Wirtschaftskrise immer mehr Mitglieder verlor, konnten in einigen Orten mit aktiven Schwarze Scharen dieser Trend umgekehrt werden. In Ratibor hatte die FAUD 1931 18 und 1932 32 Mitglieder, in Gleiwitz 13 bzw. 16 und in Katscher wurde erst 1931 eine Ortsgruppe der FAUD gegründet. Vgl. Zahlen in: GStA, Rep. 219, Nr. 140.

30 . Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des 18. Kongreß der FAUD (AS), abgehalten vom 29. Mai bis 1. Juni 1930 im »Atlantik«, Berlin Gesundbrunnen, Berlin 1930, S. 72.

31 Weißer Terror in Oberschlesien (wie Anm. 12); Interview Heinrich Friedetzki mit Dieter Nelles, 29.4. 1990. Vgl. auch: Sie werden kaputt gemacht und merken das nicht mal! Ein Gespräch mit Heinrich Friedetzki, in: direkte aktion 121, Mai/Juni 1987.

32 Interview Friedetzki (wie Am. 30)

33 Vgl. Urteil gegen Bierowski u.a., in: Bundesarchiv-Zwischenarchiv Dahlwitz Hoppegarten (künftig zit. BA-ZW), Z/C 5296.

34 Sie wurden begleitet von Pilarskis jüngerem Bruder Richard, der allerdings nicht mit Spanien ging, sondern in Paris blieb. Interview Friedetzki (wie Anm. 30).

35 Glaubt man den Erinnerungen des Berliner Gerhard Reinicke, dann lebte Pilarski einige Zeit in Berlin und plante mit anderen Oberschlesiern ein Attentat auf Hitler. Interview Gerhard Reinicke mit Dieter Nelles, 10.5. 1990. Der erwähnte Pacha hielt sich bis zur Machtübergabe an Hitler illegal in Berlin auf und folgte dann erst seinen Genossen nach Spanien. Vgl. Wiedergutmachungsakte Bernhard Pacha, Stadtarchiv Remscheid,

36 Zum anarchosyndikalistischen Exil vgl. RUDOLF BERNER, Die unsichtbare Front. Bericht über die illegale Arbeit in Deutschland (1937). hrsg. , annotiert und ergänzt durch eine Studie zu Widerstand und Exil deutscher Anarchisten und Anarchosyndikalisten von ANDREAS G. GRAF und DIETER NELLES, Berlin 1997, S. 71-129.

37 Vgl. FELIKS TYCH: Lebenslauf Alfons Tomasz Pilarski, Manuskript, 2 S.; ALBERT DE JONG: Der Syndikalismus in Polen, in: IAA-Pressedienst 1939, H. 2, S. 16-18.

38 Pilarski an Souchy, Januar 1937, in: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam (künftig zit. IISG), Archiv Federación Anarquista Iberíca - Propaganda Exterior (künftig zit. FAI-PE), Film 80.

39 Georg Bennek - nicht verwandt mit Theodor Bennek - aus Ratibor war vom März 1933 bis Juni 1934 inhaftiert, Johann Onderka aus Hindenburg von April bis Juni 1933. Vgl. Stapo Oppeln an Geheimes Staatspolizeiamt, 24.2. 1938, in: Bundesarchiv Koblenz (BAK), 58, Nr. 319, 189-193.

40 Interview mit Heinrich Friedetzki, 29.4. 1990; Gespräch mit Heinrich Friedetzki (wie Anm. 31) Ob die Verhaftung von fünf Anarchosyndikalisten 1935 damit in Zusammenhang standen, ist nicht geklärt. Die Brüder Ignatz und Johann Stoklossa waren von Mai 1935 bis Dezember 1936 inhaftiert; Johann Onderka von Mai bis Dezember 1935. Theodor Bennek war seit Oktober 1935 im KZ Sachsenhausen. Vgl. Stapo Oppeln an Geheimes Staatspolizeiamt, 24.2. 1938, in: BAK, R 58, Nr. 319, 189-193.

41 Vgl. DIETER NELLES: Deutsche Anarchosyndikalisten und Freiwillige in anarchistischen Milizen im Spanischen Bürgerkrieg, in: IWK 33. (1997), S. 500-519.

42 Souchy an Pilarski, 18.12. 1936, in: IISG, Film 80.

43 Richard Pilarski, der jüngere Bruder von Alfons, blieb in Paris, da anarchistische Genosse aus Perpignan sie nicht illegal über die Grenze nach Spanien brachten. Da sie nun nicht mehr die Möglichkeit hatten in einer anarchistischen Einheit zu kämpfen und auch nicht als Emigranten in Paris oder Schweden leben wollten, meldeten sich Friedetzki und Piechulla als Freiwillige bei den Internationalen Brigaden. Ihr Mißtrauen gegenüber den deutschen Kommunisten war berechtigt. So heißt es in einem Dossier des geheimen Nachrichtendienstes der KPD in Spanien: »In Spanien stand er [Piechulla] unter Kontrolle, weil der Verdacht bestand, daß er sowie Friedetzki mit bestimmten Aufträgen von der deutschen Gestapo nach Spanien geschickt wurden.« Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv, Berlin (künftig zit. SAPMO), RY 1, I 2/3/89, Bl. 11. Friedetzki und Piechulla gerieten im März 1938 in Gefangenschaft. Es unterstreicht das internationalistische Selbstverständnis, daß sich Friedetzki dort als Tscheche und Piechulla als Pole ausgab. Interview Friedetzki (wie Anm. 30); Gestapo-Akte Friedetzki, BA-ZW, NJ 3494.

44 Vgl. Leo Marek an Augustin Souchy, 7.1. 1937, in: IISG, Archiv FAI-PE, Film 80. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß auch Nowak [Zigeuner] nach Spanien gehen wollte. Möglicherweise lebte Nowak zu dieser Zeit in der Tschechoslowakei, da dieser in den Listen der Gestapo nicht mehr auftaucht.

45 In den zwanziger Jahren hatte Pilarski einen eher dogmatischen Standpunkt vertreten. Aus prinzipiellen Erwägungen hatten er dagegen protestiert, daß die FAUD an der Volksabstimmung über die Fürstenenteignung teilgenommen hatte. Vgl. ALFONS PILARSKI: Front gegen den Reformismus, in: Der Syndikalist 8 (1926), Nr. 8.

46 Pilarski an Souchy, Januar 1937, IISG, Archiv FAI-PE, Film 80.

47 Helmut Rüdiger: Kurzer Bericht über den Kongreß der IAA 1938, in: IISG, Nachlaß Emma Goldmann, XXXVI Annex, Bl. 25124-25135

48 Pilarski an Max Piechulla, August 1973, in: IISG, Nachlaß Souchy, Nr. 18.

49 Pilarski plante 1946 in einer von ihm gegründeten Verlagsgenossenschaft in Lodz Rockers Buch »Nationalismus und Kultur« herauszugeben. Vgl. IISG, Archiv Rocker, Nr. 179.

50 Helmut Rüdiger an Werter Genosse [Pilarski], 31.1. 1947, in: IISG, Nachlaß Rüdiger, Nr. 57.

51 Pilarski an Max Piechulla, August 1973, in: IISG, NL Souchy, Nr. 18

52 Pilarski an Piechulla, Februar 1975, ebd.

53 Pilarski an Piechulla, August 1973, ebd.

54 Vgl. Theodor Bennek: Theodor Bennek: Paul Czakon, in: Die freie Gesellschaft 3 /1952), Nr. 33/34, S. 66; Nelles (wie Anm. 41), Deutsche Anarchosyndikalisten im Spanischen Bürgerkrieg; Ders. Die Unabhängige Antifaschistische Gruppe 9. Kompanie im Lager Gurs. Zur gruppenspezifischen Aktion nach dem Spanischen Bürgerkrieg, hrsg. v. HELGA GREBING / CHRISTL WICKERT, Das »andere Deutschland« im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Essen 1994, S. 56-85.

55 Auskunft von Knut Bergbauer.

56 Vgl. Tych (wie Anm. 37)

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied des Verein zur Förderung libertärer Bildungsarbeit e.V. werden.

Den Mitgliedsbeitrag über € ...... (mindestens € 24,00) überweise ich innerhalb eines Monats auf das Konto:

W. Haug / Verein zur Förderung libertärer Bildungsarbeit e.V.
Postscheck Stuttgart
Konto 574 63 – 703
BLZ 600 100 70

Persönliche Angaben

Name/Vorname: ....

Adresse: ....

PLZ/Ort: ....

Tel/Fax: ....

e-mail: ....

Ort/Datum: ....

Unterschrift: ....



Postvertriebsstück *E9860* Entgelt bezahlt*
ISSSN 0722-8988
Trotzdem Verlag, PF1159, 71117 Grafenau



Foto: Christian Ditsch/version